

Rheinland-Pfalz

Statistisches Landesamt



Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

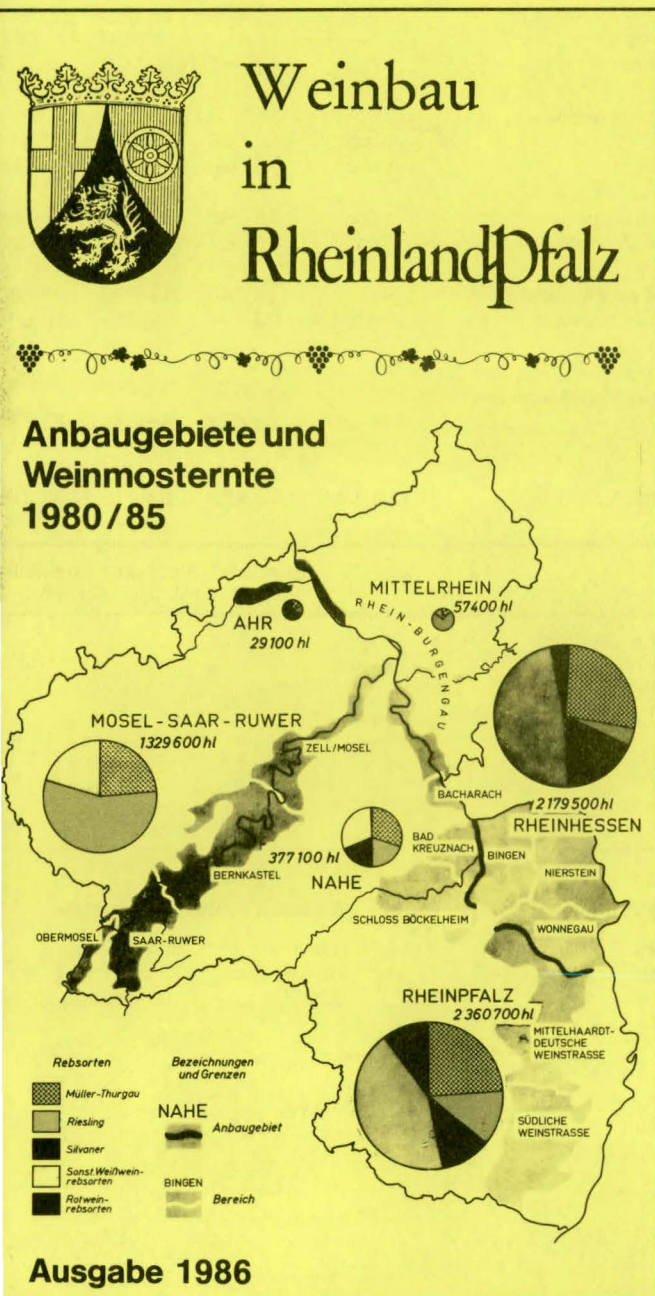
Dezember

1986

Inhalt

Ausbildungsplätze im Mai 1986 – Angebot und Nachfrage	137	Rückläufige Schulabgängerzahlen führen zu einer allmählich sinkenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Da weiterhin große Ausbildungsanstrengungen der Betriebe erwartet werden, ist in Rheinland-Pfalz 1986 erstmals mit einem quantitativen Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt zu rechnen.
Umweltschutzausgaben und -einnahmen 1980 bis 1984	145	Mit steigendem Umweltbewußtsein nehmen die Ausgaben für die Beseitigung von Abwasser und Abfall in den Haushalten der kommunalen Körperschaften einen immer breiteren Raum ein. 1984 wurden hierfür insgesamt 514 Mill. DM zur Verfügung gestellt.
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe	150	Der Auftragseingang ist ein wichtiger Indikator zur Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung.
Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1984	155	Die in dreijährigem Turnus stattfindenden Arbeitskostenerhebungen in Industrie und im Dienstleistungsbereich zeigen vor allem die Entwicklung der Personalnebenkosten auf, die zunehmend an Bedeutung gewinnen.
Wohngeld und Wohngeldempfänger 1985	159	Die Struktur der Wohngeldempfänger hat sich seit Mitte der 70er Jahre grundlegend gewandelt. Zugenommen hat der Anteil arbeitsloser Bezieher, die früher dominierenden Rentner und Pensionäre machen heute weit weniger als 50% aus.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Zwei aktuelle Prospekte aus dem Statistischen Landesamt



**Rheinland-
Pfalz**

**heute
Jetzt vorbestellen!**

**Erscheint im
September 1986**

1986

Bestellkarte auf der Rückseite



Weinbau in Rheinland-Pfalz

Mit zwei Dritteln der gesamten Rebfläche ist Rheinland-Pfalz das bedeutendste Weinbaugebiet in der Bundesrepublik. Aus verschiedenen statistischen Quellen hat das Statistische Landesamt ein Faltblatt mit Informationen über den Weinbau zusammengestellt. Es enthält auf vier Seiten ausgewählte Daten über die Weinbaubetriebe und die Arbeitskräfte, über die Rebflächen, die Rebsorten, die Weinmesternten und -erträge, die Weinbestände sowie den vorhandenen Faß- und Tankraum. Neben dem Land sind die Verhältnisse in den Anbaugebieten und Bereichen berücksichtigt. Die jeweils neuesten Ergebnisse werden ergänzt um Vergleichszahlen aus früheren Jahren.

- In dem Faltblatt ist unter anderem zu lesen,
- daß es in Rheinland-Pfalz fast 38 000 Weinbaubetriebe gibt,
 - daß vier von zehn Betrieben ihre gesamte Ernte selbst ausbauen,
 - daß Rheinhessen mit gut 25 000 Hektar Rebfläche das größte und die Ahr mit 450 Hektar das kleinste rheinland-pfälzische Anbaugebiet ist,
 - daß weniger als 3 Prozent der Weingärten nur von Hand bearbeitet werden können,
 - daß der Silvaner in den letzten 20 Jahren von einem Drittel auf weniger als ein Zehntel der Fläche reduziert wurde,
 - daß gleichzeitig der Anfang der 60er Jahre noch unbekannte Kerner einen Höhenflug erlebte und heute fast 10 Prozent der Rebfläche einnimmt,
 - daß 1982 mit weit über 10 Millionen Hektoliter die bisher größte Weinmesternte eingebracht wurde,
 - daß sich der Faß- und Tankraum für Wein in den vergangenen 17 Jahren von 9,4 Millionen Hektoliter auf über 18 Millionen Hektoliter fast verdoppelt hat.

Rheinland-Pfalz heute 1986

ist eine vierfarbige Broschüre. Auf 20 Seiten gibt sie einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten der amtlichen Statistik für das Land Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus enthält sie ausgewählte Daten über die kreisfreie Städte, Landkreise und das Bundesgebiet. Eine Sonderseite ist jeweils einem aktuellen Thema gewidmet. Das Heft wendet sich in erster Linie an den nicht ständig mit Statistik befaßten Bürger. (Erscheint jährlich).

Hier ein Auszug :

Merkmal	Einheit	1980	1984	1985
Bevölkerung				
männlich	1 000	3 642	3 624	3 615
weiblich	%	47,8	47,8	47,9
	%	52,2	52,2	52,1
Landwirtschaftliche Betriebe				
mit 1 und mehr ha LF	Anzahl	63 034	56 490	55 343
1 – 10 ha LF	%	61,3	60,0	59,8
30 und mehr ha LF	%	9,3	11,3	11,7
Bauhauptgewerbe				
Betriebe	Anzahl	3 896	3 928	3 814
Beschäftigte	Anzahl	76 020	70 015	64 760
Übernachtungen				
Mittlere Aufenthaltsdauer	1 000 Tage	18 798	18 385	18 690
		3,7	3,5	3,5
Straßenverkehrsunfälle				
mit Personenschaden	Anzahl	110 846	117 698	120 580
	Anzahl	23 174	21 759	19 559
Kredite von Kreditinstituten an Nichtbanken (Bestand am Jahresende)	Mill. DM	58 422	76 876	81 730
Sozialprodukt				
Bruttoinlandsprodukt	Mill. DM	78 968	93 219	96 148

Merkmal	Einheit	Bundesgebiet	Flächenländer	Rheinland-Pfalz
Bevölkerungsdichte (Einw. je km ²)	Anzahl	245	230	182



Bestellung Expl. Rheinland-Pfalz heute 1986
zum Preis von 70 Pfennig
ab 100 Expl. 50 Pfennig
ab 500 Expl. 45 Pfennig

..... Expl. Weinbau in Rheinland-Pfalz
zum Preis von 50 Pfennig
ab 100 Expl. 15 Pfennig
ab 500 Expl. 10 Pfennig

An das
Statistische Landesamt
Rheinland-Pfalz
Postfach

5427 Bad Ems

Name / Dienststelle / Firma :
.....
.....
.....
()
Datum Unterschrift

Mehr Ausgaben für Sozialhilfe

Im Jahre 1985 wurden in Rheinland-Pfalz rund 931 Mill. DM an 136 560 Sozialhilfeempfänger ausgezahlt. Die Zunahme der Ausgaben gegenüber 1984 betrug 81 Mill. DM (+ 9,5 %), die der Empfänger 22 534 (+ 20 %). Die Anzahl der Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit unter den Hilfeempfängern belief sich auf 11 820. Dies bedeutet einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von nahezu vier Fünftel.

Von den Ausgaben entfielen 573 Mill. DM oder knapp 62 % auf Sozialhilfe in Einrichtungen, 358 Mill. DM (38 %) auf Hilfen außerhalb von Einrichtungen.

Für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurden in 95 514 Fällen (+ 16 % gegenüber 1984) Mittel in Höhe von 329 Mill. DM (+ 18 %) aufgebracht. Als Hauptursache für die an Haushalte gewährte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wurden zu rund 23 % der Verlust des Arbeitsplatzes und zu 21 % unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche genannt.

Die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen ist gegenüber dem Vorjahr um 7 930 oder 17 % auf insgesamt 53 419 Personen angestiegen. Diesem Zuwachs des Empfängerkreises stehen Ausgaben von insgesamt 602 Mill. DM gegenüber.

Rund 318 Mill. DM oder 34 % der gesamten Sozialhilfeausgaben mußten für die Hilfe zur Pflege als größtem Einzelposten mit 24 569 Fällen aufgewendet werden. An 13 633 Personen (25 %) wurde Krankenhilfe gezahlt. Außerhalb der Sozialhilfe wurden Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz in Höhe von nahezu 80 Mill. DM an rund 10 820 Personen gezahlt, darunter an 3 945 wegen Blindheit.

Die Einnahmen belaufen sich für 1985 auf 206 Mill. DM (+ 7,9 %), so daß an reinen Ausgaben 725 Mill. DM verbleiben.

Die jährliche Ermittlung der Sozialhilfeempfänger erfolgt abwechselnd total oder als Stichprobe. Die Ergebnisse für 1985 basieren auf einer Stichprobenerhebung, die nicht die Genauigkeit einer Totalerfassung besitzt. kr

1985 erneut geringer Bevölkerungsrückgang

Ende 1985 lebten in Rheinland-Pfalz 3 615 000 Personen. Das sind etwa 8 900 Personen oder 0,2 % weniger als im Vorjahr. Der Bevölkerungsrückgang ist hauptsächlich auf einen Gestorbenenüberschuß von fast 7 700 zurückzuführen. Der Wanderungsverlust beziffert sich auf 1 200 Personen.

Besonders hohe Bevölkerungsabnahmen (zwischen 1 und 1,4 %) – sie sind fast ausschließlich durch Wanderungsdefizite bedingt – gab es im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Landkreis Birkenfeld und in den Städten Ludwigshafen und Worms. Mehr Geburten als Sterbefälle wurden in den Landkreisen Trier-Saarburg und Germersheim registriert. di

Steuereinnahmen des Landes im ersten Quartal 1986 um 5,1 % gestiegen

Bei den Gemeinden ein leichter Rückgang um 0,2 %

Im ersten Quartal 1986 erbrachten die reinen Landes- und Gemeindesteuern in Rheinland-Pfalz 733 Mill. DM und lagen damit um 3,5 % über dem gleichen Vorjahreszeitraum. Das kassenmäßige Aufkommen an reinen Landessteuern nahm gleichzeitig um 14,6 % auf 255 Mill. DM zu. Hier verzeichneten die Kraftfahrzeugsteuer einen Anstieg um 18,6 % auf 138 Mill. DM und die Vermögensteuer um 8 % auf 44 Mill. DM.

Die Gemeindesteuern mit 477 Mill. DM waren gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum leicht rückläufig (– 1,1 %). Das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Höhe von 346 Mill. DM ging um 2,1 % zurück. Die Grundsteuern erbrachten 83 Mill. DM (+ 1,2 %).

Dem Land flossen nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 2 034 Mill. DM (+ 5,1 %), den Gemeinden 768 Mill. DM (– 0,2 %) zu. kr

Nachfragesteigerung im April durch höhere Auslandsgeschäfte

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk lagen im April 1986 um 1,9 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Einer erhöhten Auslandsnachfrage (+ 8,1 %) stand eine Verringerung der Inlandsbestellungen von 2 % gegenüber. Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit + 4,9 %, wozu der Maschinenbau einschließlich ADV mit einer Steigerung von 9,6 % maßgeblich beitrug. Während sich für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie eine Zunahme von 1,6 % errechnet, kam es im Verbrauchsgüterbereich zu einem Rückgang der Ordertätigkeit um 2,1 %, da die Schuhindustrie saisonbedingt 32 % weniger Aufträge verbuchte.

Gegenüber dem Vormonat nahm im April die Bestelltätigkeit bei deutlich gestiegenen Auslandsaufträgen (+ 9,4 %) und einer konstanten Binnennachfrage (+ 0,4 %) um 3,9 % zu. fu

5,7 % weniger Einnahmen der Gemeinden im ersten Vierteljahr 1986

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände sind im ersten Vierteljahr 1986 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 3,2 % auf 1921 Mill. DM gestiegen. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den Kommunen mit 1900 Mill. DM 5,7 % weniger an Einnahmen zur Verfügung.

Die Personalausgaben verzeichneten einen Anstieg um 6,2 % auf 526 Mill. DM. Für den laufenden Sachaufwand wurden 470 Mill. DM (+ 3,4 %) und für Sozialleistungen 240 Mill. DM (+ 9,1 %) ausgegeben.

Die Zinsausgaben beliefen sich im ersten Quartal 1986 auf 91 Mill. DM und lagen damit um 12,3 % unter den Ausgaben des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.

Die Sachinvestitionen in Höhe von 362 Mill. DM waren um 2 % niedriger. Für eigene Baumaßnahmen wurden 263 Mill. DM (- 0,6 %) verausgabt, darunter für Schulen 33 Mill. DM (- 19,2 %), für Straßen 78 Mill. DM (+ 17,4 %) und für Abwasserbeseitigung 21 Mill. DM (- 19 %).

Der Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen in Höhe von 98 Mill. DM nahm um 5,6 % ab. Die Zuweisungen und Zuschüsse lagen mit 60 Mill. DM um 9,4 % unter den Zuwendungen des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes.

An Steuern (abzüglich 51 Mill. DM Gewerbesteuerumlage und zuzüglich 342 Mill. DM Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) flossen 768 Mill. DM (- 0,2 %) in die Kassen der Kommunen. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb verringerten sich um 17,4 %. An allgemeinen Finanzzuweisungen vom Land wurden 303 Mill. DM (+ 5,4 %) vereinnahmt.

Die kommunalen Schulden (ohne Eigenbetriebe und Krankenanstalten) erhöhten sich zum Vorjahr um 1,8 % und erreichten Ende März 1986 einen Stand von 7309 Mill. DM. kr

Landwirtschaftliche Grundstücke in Kusel am billigsten

Im Jahre 1985 wechselten in Rheinland-Pfalz 6587 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Fläche von mehr als 3660 ha und einem Wert von über 99 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber 1984 stieg die Zahl der verkauften Grundstücke um 2,2 % und die veräußerte Fläche um 4 %, während der gesamte Kaufwert um 0,6 % zurückging. Der durchschnittliche Kaufwert je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ermäßigte sich um

4,5 % auf 27 100 DM. 1985 betraf knapp die Hälfte der Kauffälle Grundstücke von 0,25 bis 1 ha, 38 % lagen in der Größenklasse 0,1 bis 0,25 ha und 13 % waren größer als 1 ha. Die Flächengröße pro Kauffall belief sich im Mittel auf 0,56 ha.

Am höchsten lagen die Hektarpreise der landwirtschaftlichen Grundstücke in Mainz (143 000 DM), Ludwigshafen (137 000 DM) und Frankenthal (102 000 DM). Vergleichsweise hohe Hektarpreise wurden auch im Landkreis Ludwigshafen (96 000 DM) sowie den Städten Speyer (89 000 DM), Worms (75 000 DM) und Koblenz (72 000 DM) bezahlt. Am billigsten waren landwirtschaftliche Grundstücke in den Landkreisen Kusel (7 300 DM), Birkenfeld (8 500 DM), Westerwald (9 700 DM) und Kaiserslautern (11 000 DM). br

Umsatzsteigerung im Handwerk

Der Umsatz des rheinland-pfälzischen Handwerks lag im ersten Quartal 1986 um 6,9 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, die Zahl der Beschäftigten war um 3 % niedriger.

Im Vergleich zu dem ersten Vierteljahr 1985 ergaben sich Umsatzsteigerungen im Bau- und Ausbauhandwerk (+ 11,8 %), im Metallgewerbe (+ 9,6 %), im Bereich Gesundheit und Körperpflege (+ 7,5 %) und im Holzgewerbe (+ 1,5 %). Rückläufig war die Umsatzentwicklung bei Bekleidung, Textil und Leder (- 7,5 %) sowie Glas, Papier, Keramik (- 2,8 %).

Eine Zunahme der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitraum war im Bereich Gesundheit und Körperpflege festzustellen (+ 0,4 %). In den übrigen Gewerbegruppen gab es Rückgänge zwischen 4,6 % im Bau- und Ausbaugewerbe und 1,5 % im Metallgewerbe. hw

Höhere Ausfuhren, niedrigere Einfuhren im April

Im April 1986 bezifferte sich das Außenhandelsvolumen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft auf mehr als 4,4 Mrd. DM. Das sind 2,2 % weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Exporte (2,8 Mrd. DM) nahmen um 4,2 % zu, die Importe (1,7 Mrd. DM) um 12 % ab.

Im Vergleich zum April 1985 stiegen die Ausfuhren von gewerblichen Endprodukten, die mehr als die Hälfte aller Lieferungen ausmachen, um 16 %. Die Exporte von Rohstoffen blieben unverändert, die von Agrarerzeugnissen und gewerblichen Halbwaren gingen deutlich zurück (jeweils - 17 %). pe

Jeder zehnte Rheinland-Pfälzer ist behindert

Ende 1985 gab es in Rheinland-Pfalz 345 505 Behinderte, deren nicht nur vorübergehende Minderung der Erwerbsfähigkeit mindestens 30 % betrug. Damit war jeder zehnte Rheinland-Pfälzer behindert. Es handelt sich um 143 969 Frauen (42 %) und 201 536 Männer (58 %). Die Zahl der Behinderten nichtdeutscher Staatsangehörigkeit betrug 5 038.

275 774 oder vier Fünftel aller Behinderten zählten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 % zu den Schwerbehinderten.

Jeder dritte Behinderte litt an einer Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe bzw. Organsysteme. 48 935 Personen (14,2 %) hatten eine Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, 69 881 Personen (20,2 %) eine solche der Wirbelsäule, des Rumpfes oder eine Deformierung des Brustkorbs. 28 470 Personen (8,2 %) waren wegen Querschnittslähmung, zerebraler Störung, geistig-seelischer Behinderung oder Suchtkrankheit als behindert anerkannt.

62 % der Behinderten hatten eine Krankheit, 7 % eine anerkannte Kriegs-, Wehr- oder Zivildienstbeschädigung, in 3 % der Fälle war die Behinderung angeboren, bei 2 % beruhte sie auf einem Unfall.

Im Vergleich zu 1983 lag die Zahl der Behinderten um 32 721 oder um 8,7 % niedriger. Der Rückgang ist auch auf eine Bereinigung der Datei durch die Versorgungsverwaltung zurückzuführen. Dabei wurden die Daten der Personen gelöscht, die zwischenzeitlich gestorben oder aus Rheinland-Pfalz verzogen sind. kr

Leichte Entspannung am Lehrstellenmarkt

Die zurückgehenden Schulabgängerzahlen führen allmählich zu einer sinkenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Da die Betriebe weiterhin große Ausbildungsanstrengungen unternehmen, ist für 1986 in Rheinland-Pfalz mit einem zahlenmäßigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt zu rechnen; einer zu erwartenden Nachfrage nach 42 500 Ausbildungsplätzen werden 1986 voraussichtlich 43 400 Lehrstellen gegenüberstehen.

Trotz dieses globalen Ausgleichs, der aufgrund einer im Auftrag der Landesregierung vom Statistischen Landesamt durchgeführten Betriebs- und einer Schulabgäμβerbefragung zu erwarten ist, kann auf dem Lehrstellenmarkt noch keine Entwarnung gegeben werden. Die Situation verbessert sich zwar insgesamt gesehen, doch gibt es noch regionale Engpässe und Problem-

kurz + aktuell

gruppen, insbesondere die sogenannten Altbewerber, die große Schwierigkeiten bei der Suche nach Lehrstellen haben. Außerdem ist die Ausbildungsplatzsituation in den von Mädchen bevorzugten kaufmännischen und Verwaltungsberufen weiterhin ungünstiger als in gewerblich-technischen Berufen.

Mit der Schulabgängerbefragung vom Mai 1986 waren insgesamt 65 800 voraussichtliche Schulabgänger erfaßt worden, von denen 36 500 eine Ausbildung im dualen System (Lehre) anstrebten. Diesen Lehrstellensuchenden müssen noch rund 6 000 Altbewerber hinzugezählt werden, also Schulabgänger früherer Entlassjahrgänge, die noch als Nachfrager auftreten, so daß die Gesamtnachfrage bei 42 500 liegt (Vorjahr 45 172). Von den Schulabgängern mit dem Ausbildungsziel Lehre hatten im Mai 1986 knapp zwei Drittel (24 000) einen gesicherten Ausbildungsplatz, gut ein Drittel (12 500) suchte eine Lehrstelle. Die Zahl der unversorgten Lehrstellensuchenden hatte im Mai 1985 bei 14 600 gelegen.

Nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung planen die rheinland-pfälzischen Betriebe, 1986 rund 40 800 Neueinstellungen von Auszubildenden vorzunehmen. Da in die Befragung Bundesbehörden nicht einbezogen sind und auch erfahrungsgemäß zwischen der Befragung vom Mai und dem Einstellungstermin August/September noch Ausbildungsanstrengungen unternommen werden, kann diese Zahl um weitere 2 600 Lehrstellen hochgerechnet werden, so daß ein Angebot von rund 43 400 Stellen als wahrscheinlich angesehen werden kann. Von den nach der Betriebsbefragung für 1986 geplanten 40 800 Neueinstellungen hatten die Betriebe bis Mai 1986 bereits 28 800 Ausbildungsplätze vergeben, 12 000 waren noch nicht besetzt. Die Zahl unbesetzter Stellen hatte im Mai 1985 bei 10 300 gelegen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 137

Gespaltene Entwicklung der Auftragseingänge von Januar bis Mai

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk lagen in Rheinland-Pfalz von Januar bis Mai 1986 um 0,3% niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Während die Inlandsbestellungen um 0,2% zunahmen, nahm die Auslandsnachfrage um 1% ab. Der Investitionsgüterbereich (+ 4,8%) und hier namentlich der Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte (+ 13%) verzeichneten die stärksten Zuwächse. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe kam es dagegen zu einem Rückgang um 5,5%, da sich für die chemische Industrie eine um 12,5% geringere Ordertätigkeit errechnet. fu

Ausbildungsplätze im Mai 1986 – Angebot und Nachfrage

Für eine Entwarnung ist es noch zu früh, doch die Situation am Lehrstellenmarkt stellt sich 1986 deutlich positiver dar als in den zurückliegenden Jahren. Rückläufige Schulabgängerzahlen und damit eine allmählich sinkende Ausbildungsplatznachfrage bei weiterhin hohen Ausbildungsanstrengungen der Betriebe führen langsam zu einer Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt. So ist 1986 erstmals seit 1980 beziehungsweise vor 1976 damit zu rechnen, daß in Rheinland-Pfalz global gesehen etwas mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen werden als es Lehrstellenbewerber gibt. Einer zu erwartenden Nachfrage nach 42 500 Ausbildungsplätzen werden 1986 voraussichtlich 43 400 Lehrstellen gegenüberstehen.

Diese Werte ergeben sich aus zwei Erhebungen vom Mai 1986, nämlich

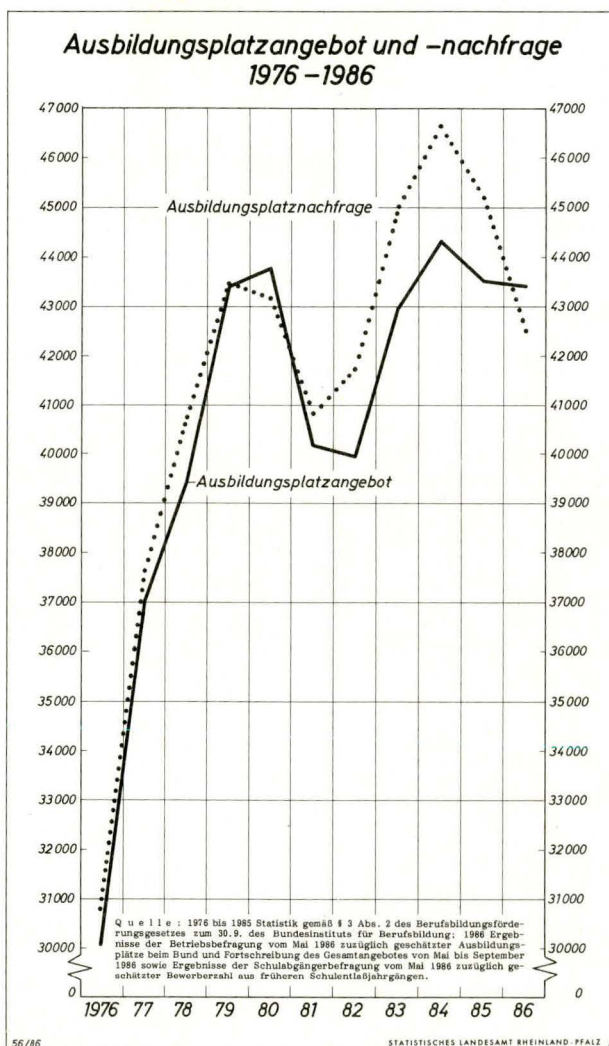
- das zu erwartende Angebot an Ausbildungsplätzen wurde im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr über die Kammern bzw. die für die Berufsbildung zuständigen Stellen mit einer Betriebsbefragung ermittelt;
- die voraussichtliche Nachfrage nach Lehrstellen wurde mit einer Befragung der Schulabgänger auf Veranlassung des Kultusministeriums festgestellt.

Sowohl die Betriebsbefragung als auch die Schulabgängerbefragung werden seit 1976 durchgeführt, also seit dem Jahr, von dem an mit der Schulentlassung der geburtenstarken Jahrgänge und damit mit Schwierigkeiten bei der Versorgung Jugendlicher mit Lehrstellen gerechnet werden mußte. Die Ergebnisse beider Befragungen sollen frühzeitig einen Überblick über die Ausbildungsplatzsituation im bevorstehenden Ausbildungsjahr geben, so daß rechtzeitig Maßnahmen zur Beseitigung besonderer Engpässe getroffen werden können.

Große Übereinstimmung mit später vorliegenden Ist-Werten

Diese Aufgabe erfüllten die beiden Erhebungen bisher. Und obwohl die Ergebnisse der beiden Befragungen mit Unsicherheiten behaftet sind, zeigen Vergleiche der daraus gewonnenen Zahlen mit den Daten, die das

Bundesinstitut für Berufsbildung zum 30. September jeden Jahres statistisch erfaßt, eine große Übereinstimmung. 1985 wichen die im Mai/Juni prognostizierten Daten über das Ausbildungsplatzangebot in Rheinland-Pfalz um 101 Lehrstellen bzw. 0,2% von den später ermittelten Ist-Werten ab. Die Nachfrage nach Lehrstellen zeigte eine Differenz von 172 Lehrstellensuchenden (0,4%) zwischen den Werten vom Mai und den Ist-Daten vom September.



Schulentlassungen ¹⁾ aus Hauptschulen,
Sonderschulen für Lernbehinderte, Realschulen,
Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen
1976 – 1995

Schul- jahr	Ins- gesamt	Aus			
		Haupt- schulen	Sonder- schulen für Lern- behinderte	Real- schulen	Gymnasien und Integrierten Gesamt- schulen
1975/76	47 727	27 293	1 591	7 103	11 740
1976/77	60 956	38 534	2 020	7 648	12 754
1977/78	63 517	37 908	2 153	10 746	12 710
1978/79	61 496	37 098	2 236	10 586	11 576
1979/80	61 740	36 189	2 442	11 326	11 783
1980/81	61 766	33 898	2 321	11 314	14 233
1981/82	60 538	31 955	2 277	11 320	14 986
1982/83	59 466	30 805	1 957	11 751	14 953
1983/84	58 511	28 759	1 983	11 838	15 931
1984/85	54 354	26 269	1 875	11 479	14 731
1985/86	50 406	23 205	1 595	10 744	14 862
1986/87	46 500	20 674	1 461	9 634	14 731
1987/88	43 450	18 788	1 316	9 106	14 240
1988/89	40 022	17 133	1 198	8 115	13 576
1889/90	37 936	16 562	1 111	7 659	12 604
1990/91	36 662	16 253	1 088	7 426	11 895
1991/92	35 260	15 920	1 090	7 364	10 886
1992/93	34 570	16 001	1 086	7 311	10 172
1993/94	34 393	16 079	1 096	7 368	9 850
1994/95	34 816	16 518	1 119	7 480	9 699

Quelle: 1975/76 bis 1984/85 Statistische Berichte Rheinland-Pfalz „Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr...“ (B 11), 1985/86 bis 1994/95 Statistische Berichte Rheinland-Pfalz „Ergebnisse der regionalen Schülerprognose für die Schuljahre 1984/85 – 1998/99 – unter Zugrundelegung des Schuljahres 1983/84 als Basisjahr“; Hrsgb.: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.

1) Schulentlassung ohne Hauptschulabschluß, mit Hauptschulabschluß, mit qualifiziertem Sekundarabschluß I, mit Abitur.

Die Daten über das zu erwartende Angebot an Lehrstellen wurden 1986 auf die gleiche Weise ermittelt wie 1985. Von ihren Kammern erhielten alle rheinland-pfälzischen Betriebe der gewerblichen Wirtschaft (Industrie, Handel, Handwerk), der Landwirtschaft, der freien Berufe und der Hauswirtschaft einen Fragebogen, ebenso die Dienststellen des öffentlichen Dienstes (ohne Bundesbehörden und ohne die der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts) von ihrer für die Berufsbildung zuständigen Stelle. Mit diesen Fragebogen wurde für jeden Ausbildungsberuf danach gefragt, wieviel Neueinstellungen jeder Betrieb für das kommende Ausbildungsjahr plant und wieviele der vorgesehenen Ausbildungsplätze bereits fest zugesagt sind. Außerdem wurde die Zahl aller Auszubildenden zum 31. Dezember 1985 erfragt sowie die Zahl der im vorangegangenen Jahr neu abgeschlossenen und der im laufenden Jahr voraussichtlich beendeten Ausbildungsverhältnisse.

Da nicht erwartet werden kann, daß alle Ausbildungsbetriebe innerhalb der vorgegebenen Frist den Erhebungsbogen zurücksenden, mußten die aus den eingegangenen Bogen gewonnenen Ergebnisse hochgerechnet werden. Basis für die Hochrechnung war die Zahl aller Ausbildungsverhältnisse am 31. Dezember 1985 je Kammer und der Bezirksregierung Rheinhesen-Pfalz als zuständiger Stelle für den öffentlichen Dienst und die Hauswirtschaft. Diese Zahlen liegen aus der Statistik nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz vor.

Sehr gute Beteiligung der Betriebe

Gemessen an der Gesamtzahl aller Ausbildungsverhältnisse war 1986 eine Rücklaufquote von über 53 % erreicht worden, die Beteiligung der Betriebe an der Befragung war damit sogar stärker als erwartet. Die Hochrechnung der daraus gewonnenen Teilergebnisse ergab, daß die Betriebe für das Ausbildungsjahr 1986/87 rund 40 800 Neueinstellungen planen. Damit liegen die aus der Betriebsbefragung ermittelten zu erwartenden Neueinstellungen nur unwesentlich unter dem entsprechenden Planungswert des Vorjahres (40 900).

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigten, daß der aus der Betriebsbefragung gewonnene Prognosewert noch ergänzt werden muß. Zum einen sind in die Betriebsbefragung nicht die Bundesbehörden und die der Aufsicht des Bundes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts einbezogen, die ebenfalls Neueinstellungen vornehmen. Ihre Zahl wird auf 750 geschätzt. Zum anderen muß berücksichtigt werden, daß die Betriebsbefragung im April/Mai stattfindet, der Einstellungstermin für Auszubildende liegt jedoch im August/September. Erfahrungsgemäß weiten die Betriebe ihr Lehrstellenangebot in dieser Zeit nochmals aus. Für 1986 ist aufgrund verstärkter Ausbildungsanstrengungen mit weiteren 1 850 Neueinstellungen zu rechnen. Damit kann für 1986 mit einem Angebot von insgesamt 43 400 Ausbildungsplätzen gerechnet werden. Das diesjährige Lehrstellenangebot wird damit weitgehend dem des Vorjahres entsprechen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hatte zum 30. September 1985 ein Angebot von 43 501 Ausbildungsplätzen ermittelt.

Das bedeutet, daß die rheinland-pfälzischen Betriebe sich weiterhin um die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze bemühen. Denn nach den Hochrechnungsergebnissen für 1986 ist damit zu rechnen, daß rund 38 800 Lehrlinge ihre Ausbildung beenden (ohne Bundesbehörden) und ersetzt werden müßten. Das zu erwartende Angebot liegt jedoch weit über dieser Zahl.

Einen Hinweis auf die für die Nachfrageseite günstiger werdende Situation gibt die Zahl der angebotenen, aber am Jahresende 1985 nicht besetzten Ausbildungsstellen. Laut Betriebsbefragung lag diese Zahl 1985 bei 3 700 und damit um 800 höher als im Vorjahr. Die allmählich nachlassende Nachfrage wird an dem Anstieg der Zahl unbesetzter Stellen deutlich.

Die Zahlen über nicht besetzte Ausbildungsplätze nach der Betriebsbefragung lagen in den zurückliegenden Jahren immer höher als die entsprechenden Werte der Arbeitsverwaltung, was bestätigt, daß die Arbeitsämter nur zum Teil in die Vermittlung von Lehrstellen eingeschaltet werden.

Noch 12 000 Lehrstellen nicht besetzt

Von den nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung 1986 angebotenen 40 800 Ausbildungsstellen waren bis Mai 1986 bereits 28 800 fest zugesagt, 12 000 Lehrstellen waren noch unbesetzt. Die Zahl der noch

Zehn Minuten, die allen helfen.

nen usw. (Der Name der Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule dient dabei lediglich als Hilfsmittel und wird nicht gespeichert.)

Die Antwort auf die Frage nach dem hauptsächlich benutzten Verkehrsmittel ermöglichen die für eine bedarfsgerechte Verkehrspolitik erforderlichen Analysen des Berufs- und Individualverkehrs. Die Bedeutung des Individualverkehrs, besonders der PKW-Nutzung, kann daraus ersehen werden, daß 1970, im Jahr der letzten Volkszählung, von den 1,5 Mill. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 0,7 Mill. Pendler waren, darunter allein 0,2 Mill. PKW-Fahrer. Im Hinblick auf die Umweltbelastungen soll durch diese Fragen das Basismaterial für die Planung und den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes geschaffen werden. Auch ist es von Interesse, welche Bedeutung heute das Fahrrad hat, das 1970 erst rund 2 % der erwerbstätigen Pendler benutzten. Für die Wahl des Verkehrsmittels ist die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte entscheidend. Die Kenntnis des Zeitaufwandes läßt eine besser auf den tatsächlichen Bedarf ausgerichtete Verkehrsplanung zu.

Anhand dieser Angaben lässt sich auch die sogenannte Wirtschaftsbevölkerung errechnen. Hierunter versteht man die Erwerbstätigen eines Gebietes einschließlich ihrer Familienangehörigen. Eine wichtige Rolle spielt diese Größe in der Regionalpolitik, wo das Sozialprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung eines der Kriterien zu Abgrenzung der Fördergebiete nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ darstellt. Von der Anerkennung als Förderregion hängt ab, ob und in welcher Höhe Investitionszuschüsse an private Investoren gewährt werden.

FÜR ERWERBSTÄTIGE UND SCHÜLER/STUDENTEN

12 Bitte Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule angeben
 * Name :

Straße/Hausnummer :

PLZ Gemeinde :

13 Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich (längste Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?
 * ☐ kein Verkehrsmittel (zu Fuß) ☐ Fahrrad ☐ Pkw ☐ U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn ☐ Eisenbahn ☐ Bus, sonst. öffentl. Verkehrsmittel ☐ sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)

14 Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?
 * ☐ entfällt, da auf gleichem Grundstück ☐ unter 15 Minuten ☐ 15 bis unter 30 Minuten ☐ 30 bis unter 45 Minuten ☐ 45 bis unter 60 Minuten ☐ 60 Minuten und mehr

Schulabgänger aus allgemein- und berufsbildenden Schulen 1986

Abgänge aus	Be-fragte Ent-läß-schüler ins-gesamt	Davon													
		streben eine Ausbildung im dualen System an	davon		streben eine Ausbildung im öffentlichen Dienst an	wollen zur Bundeswehr/ zum Bundes-grenzschutz/ in Ersatzdienst		streben einen Arbeits-platz, aber keine Ausbildung an	streben eine weitere schulische bzw. Hochschul-ausbildung an		wollen zu Hause bleiben (einschl. mithelfende Familien-angehörige)				
			mit ge-sicher-tem Ausbil-dungs-platz	suchen noch einen Ausbil-dungs-platz											
	Anzahl	%	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Hauptschulen	23 604	12 770	54,1	8 633	4 137	210	0,9	23	0,1	333	1,4	10 176	43,1	92	0,4
Sonderschulen ¹⁾	1 852	614	33,2	329	285	1	0,1	2	0,1	242	13,1	946	51,1	47	2,5
Realschulen	10 965	7 346	67,0	5 880	1 466	479	4,4	85	0,8	32	0,3	3 013	27,5	10	0,1
Gymnasien ²⁾	12 422	3 737	30,1	2 763	974	551	4,4	2 613	21,0	163	1,3	4 872	39,2	486	3,9
Integrierten Gesamtschulen ²⁾	531	284	53,5	239	45	7	1,3	2	0,4	3	0,6	141	26,6	94	17,7
Allgemeinbildende Schulen zusammen	49 374	24 751	50,1	17 844	6 907	1 248	2,5	2 725	5,5	773	1,6	19 148	38,8	729	1,5
Berufsgrund-schuljahr ³⁾	8 438	5 973	70,8	2 574	3 399	189	2,2	40	0,5	1 373	16,3	615	7,3	248	2,9
2jährigen Berufsfach-schulen (ohne höhere Berufsfachschulen)	5 997	4 736	79,0	2 794	1 942	185	3,1	73	1,2	96	1,6	897	15,0	10	0,2
Höheren Berufsfachschulen	1 458	895	61,4	655	240	44	3,0	63	4,3	207	14,2	240	16,5	9	0,6
Beruflichen Gymnasien	573	151	26,4	111	40	28	4,9	193	33,7	13	2,3	183	31,9	5	0,9
Berufsbildende Schulen zusammen	16 466	11 755	71,4	6 134	5 621	446	2,7	369	2,2	1 689	10,3	1 935	11,8	272	1,7
Insgesamt	65 840	36 506	55,4	23 978	12 528	1 694	2,6	3 094	4,7	2 462	3,7	21 083	32,0	1 001	1,5

1) Ohne Schulen für Geistigbehinderte. — 2) Einschl. Abgängern, die zum Zeitpunkt der Befragung noch unentschieden waren. — 3) Einschl. Sonderberufsgrundschuljahr, OB- und SO-Klassen in der Grundstufe der Berufsschule, einschl. Berufsvorbereitungsjahr.

offenen Stellen liegt damit bei einem gegenüber dem Vorjahr nahezu gleichgebliebenen Gesamtangebot um 1 700 höher als 1985. Auch dies weist auf eine langsam einsetzende Entspannung am Lehrstellenmarkt hin, ebenso wie die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung, die parallel zur Betriebsbefragung durchgeführt wurde und die Auskunft über die zu erwartende Nachfrage nach Lehrstellen gibt.

In diese Schulabgängerbefragung waren die Schüler einbezogen, die zum Ende des Schuljahres 1986 voraussichtlich die Schulen verlassen sollten. Die Schüler wurden gefragt, was sie für die Zeit nach ihrer Schulentlassung anstreben, das heißt, ob eine berufliche Ausbildung (Lehre), eine Ausbildung im öffentlichen Dienst, Bundeswehr-/Bundesgrenzschutz- oder Ersatzdienst oder aber eine weitere schulische oder eine Hochschul-ausbildung das nächste Ziel seien oder ob sie zu Hause bleiben wollten, beispielsweise als mithelfende Familienangehörige. Die wichtigste Frage bei dieser Erhebung war, ob die Schüler eine berufliche Ausbildung anstreben und ob dafür bereits eine Ausbildungsplatz-zusage vorlag. Einbezogen in die Schulabgängerbefragung waren die Entlaßschüler aller allgemeinbildenden Schulen (ohne Schulen für Geistigbehinderte), außerdem die voraussichtlichen Schulabgänger aus berufsbildenden Vollzeitschulen (ohne Fachoberschulen, Berufsaufbauschulen und Fachschulen).

Ein Problem bei dieser Erhebung ist, daß mit ihr nicht vollständig die zu erwartende Nachfrage ermittelt werden kann. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre besteht eine Untererfassung bei den Abiturienten, die zum Zeitpunkt der Befragung zum Teil nicht mehr

erreichbar sind. Außerdem ist als Folge der Probleme bei der Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsstellen in den Vorjahren auf der Nachfrageseite mit einer Reihe von Altbewerbern zu rechnen, also mit Schulabgängern früherer Jahre, die noch immer eine Lehrstelle suchen. Hinzu kommen Jugendliche, die eine bereits begonnene Lehre abgebrochen haben und nun wieder als Nachfrager auftreten, sowie Jugendliche, die eine Zweitausbildung absolvieren wollen. Um diese mit der Schulabgängerbefragung nicht zu erreichenden Ausbildungsplatz-nachfrager müssen die Ergebnisse der Erhebung ebenso nach oben korrigiert werden wie um die Zahl lehrstellensuchender Wehrpflichtiger nach ihrer Bundeswehr- bzw. Ersatzdienstzeit.

Zahl der Schulabgänger sinkt

Insgesamt wurden im Mai 1986 mit der Schulabgängerbefragung 65 800 voraussichtliche Schulabgänger erfaßt. Gegenüber dem Vorjahr sank ihre Zahl damit um 3 800 und gegenüber 1982, als der Höchststand der Zahl der Schulabgänger erreicht worden war, um 12 300. Die Zahl der Schulentlassenen wird in Zukunft noch weiter zurückgehen. Nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz ¹⁾ wird allein die Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen von 50 400 (1986) auf 34 600 (1992) zurückgehen. Damit wird sich auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den kommenden Jahren rückläufig entwickeln.

1) vgl. Regionale Prognosen; Methoden, Ergebnisse und Konsequenzen für die staatlichen Planungen. Bericht über die 22. Tagung des Statistischen Landes-ausschusses am 22. August 1985 in Bad Ems, Hrsg. Statistisches Landes-amt Rheinland-Pfalz, Bad Ems.

Entlaßschüler ohne Ausbildungsvertrag nach angestrebter Berufsgruppe und Arbeitsamtsbezirk 1986

Berufsgruppe	Ins- gesamt	Arbeitsamtsbezirk										
		Bad Kreuz- nach	Kai- sers- lau- tern	Ko- blenz	Lud- wigs- hafen	Mainz	Mayen	Monta- baur	Neu- stadt a. d. Wein- str.	Neu- wied	Pirma- sens	Trier
Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufe	440	36	40	30	46	54	21	24	39	32	19	99
Metallberufe	1 863	171	161	141	219	233	98	106	161	150	107	316
Elektroberufe	662	49	56	51	56	74	37	52	58	35	39	155
Bauberufe (einschl. Bauzeichner)	491	58	39	48	48	54	40	33	39	40	19	73
Holzberufe, kunststoff- verarbeitende Berufe	411	49	30	19	27	47	18	36	29	35	25	96
Textil- und Lederberufe	321	32	35	32	28	31	19	23	30	24	17	50
Druck- und Papierberufe	85	4	2	2	5	18	4	4	8	6	11	21
Chemie-, Physik-, Biologie-, Glas-, Porzellan-, Keramikberufe	230	17	11	9	51	31	11	24	20	17	6	33
Nahrungs- und Genußmittelberufe	737	64	55	78	87	82	39	41	78	58	32	123
Kaufmännische Berufe, Ver- waltungsberufe	4 149	348	420	318	412	505	208	233	375	287	286	757
Gesundheits- und Körperpflege- berufe	1 813	182	205	150	219	217	97	90	127	107	106	313
Hotel- und Gaststättenberufe	420	34	36	28	48	43	16	28	31	29	16	111
Hauswirtschaftsberufe	494	49	28	37	35	35	32	26	74	39	21	118
Gestaltende und künstlerische Berufe	354	31	31	28	37	50	16	32	28	26	19	56
Bergleute und Mineralaufbereiter	5	1	-	-	-	1	1	-	-	-	-	2
Verkehrsberufe	53	7	3	6	1	9	5	4	3	2	5	8
I n s g e s a m t	12 528	1 132	1 152	977	1 319	1 484	662	756	1 100	887	728	2 331
darunter:												
Es haben sich beim Arbeitsamt gemeldet	7 970	770	790	677	880	834	442	483	733	555	497	1 309
%	63,6	68,0	68,6	69,3	66,7	56,2	66,8	63,9	66,6	62,6	68,3	56,2

Die Mehrzahl der 1986 befragten Schulabgänger – rund zwei Drittel – plante, in einen Beruf zu gehen, 32 % strebten eine weitere schulische oder eine Hochschul- ausbildung an und 1,5 % der Befragten wollten zu Hause bleiben oder waren noch unentschlossen hinsichtlich ihres weiteren Bildungsweges.

Von den 43 800 Schulabgängern, die in einen Beruf gehen wollten, strebten 83 % eine berufliche Ausbildung im dualen System (Lehre) an, rund 4 % eine Ausbildung im öffentlichen Dienst (zum Beispiel als Beamtenanwär- ter). 7 % rechneten mit der Einberufung zur Bundes- wehr, zum Bundesgrenzschutz oder in den Ersatzdienst und knapp 6 % suchten einen Arbeitsplatz, keinen Aus- bildungsplatz.

Die Zahl der im Mai 1986 befragten Schulabgänger, die eine Lehre anstrebten, belief sich auf 36 500 und damit auf 2 700 weniger als vor einem Jahr. Rechnet man zu diesen 36 500 Lehrstellensuchenden noch die- jenigen Nachfrager hinzu, die mit der Schulabgängerbe- fragung nicht erreicht werden konnten – ihre Zahl wird auf 6 000 geschätzt –, so liegt die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen im Jahre 1986 voraussichtlich bei 42 500 und damit um 2 500 niedriger als im Vorjahr. Da andererseits das Angebot an Ausbildungsplätzen mit 43 400 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant bleiben wird, übersteigt 1986 zum ersten Mal seit 1980 das Angebot an Lehrstellen geringfügig die Nachfrage.

Die im Vergleich zu den Vorjahren günstige Ent- wicklung zeigt sich auch darin, daß 1986 prozentual mehr Schulabgänger zum Zeitpunkt der Befragung bereits einen gesicherten Ausbildungsplatz hatten als im Vorjahr. 1985 waren im Mai 63 % aller lehrstellensu-

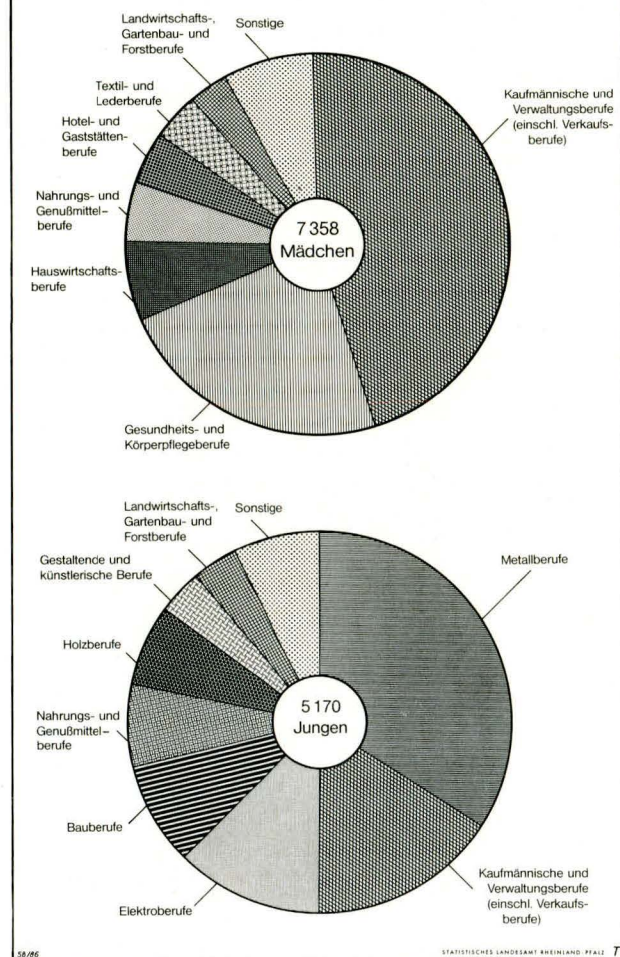
chenden Schulabgänger mit einem Ausbildungsplatz versorgt, 1986 waren es 66 %. Im Mai 1986 hatten also bereits 24 000 Schulabgänger (1985: 24 700) einen festen Vertrag über ein Berufsausbildungsverhältnis, 12 500 (Vorjahr: 14 600) suchten noch einen Ausbil- dungsplatz.

Regionale Unterschiede teilweise gravierend

Doch der langsam einsetzende Nachfragerückgang, der vorerst zu einer nur leichten Entspannung am Lehr- stellenmarkt führt, kann noch keinen Anlaß zu einer Ent- warnung auf dem Ausbildungsstellenmarkt geben. Denn noch bestehen große regionale Unterschiede, nach wie vor gibt es bei der Versorgung der Schulabgänger mit Lehrstellen die Problemgruppen Abgänger ohne Schul- abschluß, Sonderschulabgänger, Absolventen des voll- zeitschulischen Grundbildungs- und auch Berufsvorbe- reitungsjahres an Berufsschulen. Unabhängig davon haben Mädchen insgesamt nach wie vor erheblich grö- ßere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhal- ten als Jungen. Und wie bisher gibt es Berufe und Berufsgruppen, in denen die extrem hohe Nachfrage nicht befriedigt werden kann, während in anderen Beru- fen und Berufsgruppen das bestehende Angebot nicht ausgeschöpft wird.

So zeigen die Ergebnisse der Schulabgängerbefra- gung, daß im Landkreis Ludwigshafen vier von fünf lehr- stellensuchenden Schulabgängern bereits einen gesi- cherten Ausbildungsplatz hatten, in den Landkreisen Rhein-Lahn und Cochem-Zell bereits 76 bzw. 75 %. Auch in den Kreisen Südliche Weinstraße, Alzey-Worms und Bad Dürkheim war die Versorgung der lehrstellens- suchenden Schulabgänger mit Ausbildungsverträgen

Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Mai 1986 nach Berufsgruppen



mit 73% sehr hoch (Landesdurchschnitt 66%). Umgekehrt war in der Stadt Trier der Anteil der Schüler, die eine Ausbildung im dualen System anstrebten, aber im Mai noch keinen Lehrherrn gefunden hatten mit 53% sehr hoch, ebenso in den Städten Zweibrücken (51%), Koblenz (42%) und Kaiserslautern (41%) sowie in den Kreisen Birkenfeld und Daun (je 41%).

Auf Arbeitsamtsbezirke bezogen war die Versorgung der Schulabgänger mit Lehrstellen im Mai in den Arbeitsamtsbezirken Montabaur (72%), Mainz (70%), Mayen und Neustadt (je 69%) relativ gut, in den Arbeitsamtsbezirken Pirmasens (58%) und Trier (57%) dagegen sehr ungünstig.

Neben den regionalen Unterschieden bestehen auch deutliche Abweichungen bei der Versorgung der Schulabgänger mit Lehrstellen je nach der besuchten Schulart. Nach wie vor zählen die Schulabgänger aus Sonderschulen zu den Problemgruppen. Von ihnen hatten nur wenig mehr als die Hälfte (54%) der Lehrstellensuchenden im Mai schon einen Vertrag. Noch schlechter war die Situation der Abgänger aus dem Berufsgrundschuljahr / Sonderberufsgrundschuljahr / Berufsvorbereitungsjahr, von denen im Mai 1986 erst 43% einen Ausbildungsvertrag hatten.

Sonderschulabgänger treten allerdings auch nicht in dem Umfang als Nachfrager am Ausbildungsstellenmarkt auf wie die Abgänger aus Berufs-/Sonderberufsgrundschuljahr/Berufsvorbereitungsjahr. Von ihnen wollten nur 46% in einen Beruf (Berufsgrundschuljahr 90%), aber 51% strebten eine weitere schulische Ausbildung an (Berufsgrundschuljahr 7%), wobei erfahrungsgemäß überwiegend eine Ausbildung in einem Vollzeitschuljahr an einer Berufsschule vorgesehen wird.

Ähnlich wie bei den Abgängern aus Sonderschulen strebt auch ein relativ hoher Prozentsatz von Hauptschulabsolventen (43%) eine weitere schulische Ausbildung an. Die weitere schulische Ausbildung kann hier insbesondere als Versuch gewertet werden, die Chancen zu verbessern.

Situation männlicher Realschulabsolventen am günstigsten

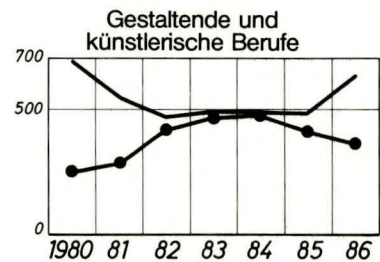
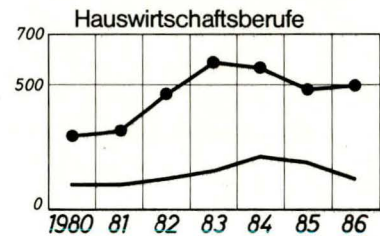
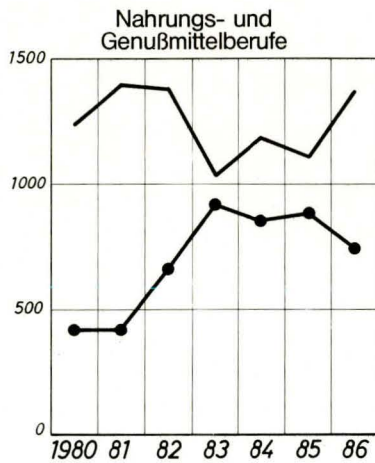
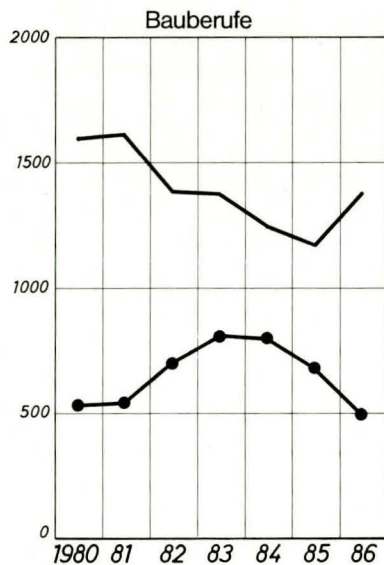
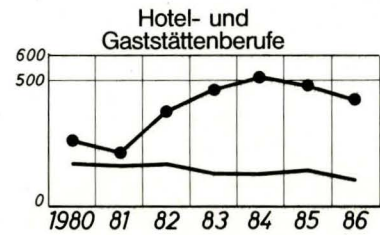
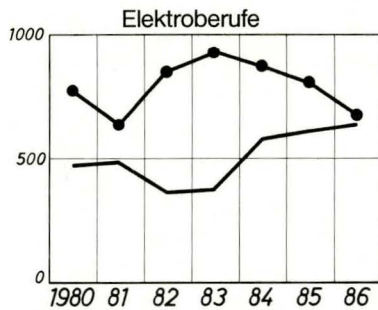
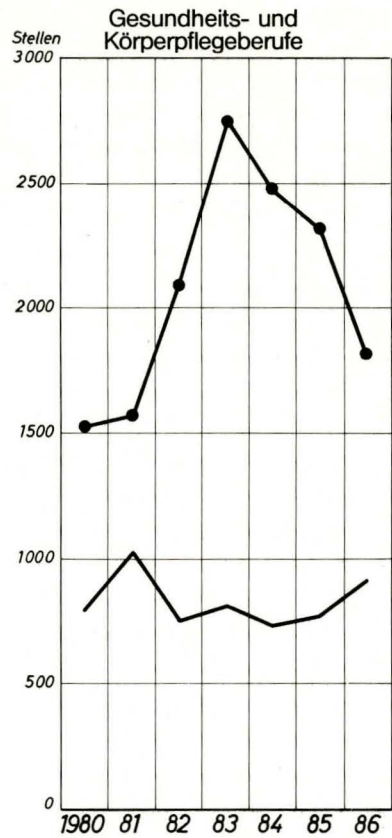
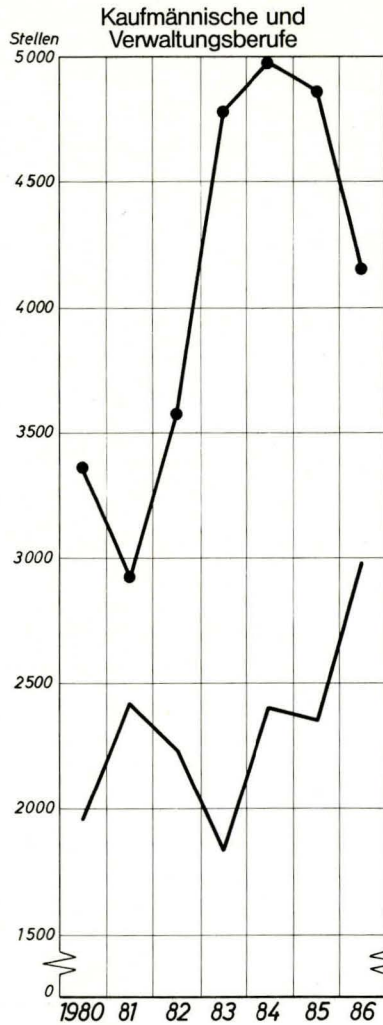
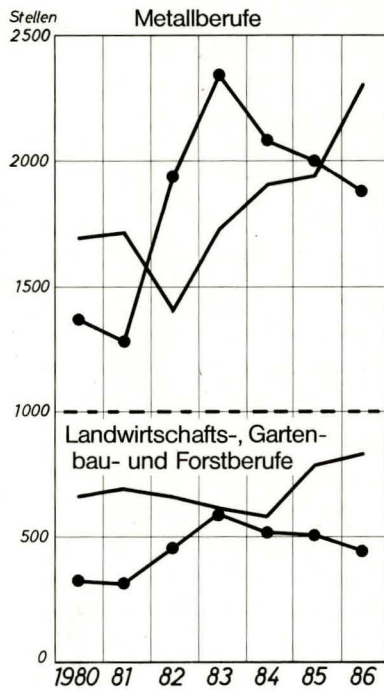
Nach wie vor günstige Startbedingungen am Lehrstellenmarkt haben die Realschulabsolventen und Gymnasiasten sowie die Schüler aus höheren Berufsfachschulen. Vier von fünf lehrstellensuchenden Realschulabgängern hatten im Mai eine feste Ausbildungsplatzzusage, bei den Gymnasiasten aus dem Sekundarbereich I lag dieser Anteil sogar noch höher (82%). Auch bei den voraussichtlichen Schulabgängern aus dem Sekundarbereich II der Gymnasien, aus beruflichen Gymnasien und aus höheren Berufsfachschulen war der Versorgungsgrad mit jeweils über 70% sehr hoch.

Gleichgültig, aus welchen Schularten die voraussichtlichen Schulabgänger kommen, zeigt sich generell, daß die Situation der Jungen deutlich günstiger ist als die der Mädchen. Von allen befragten Schulabgängern strebten 58% der Jungen, aber nur 53% der Mädchen eine berufliche Ausbildung im dualen System an. Doch während von den Jungen im Mai bereits 72% einen Lehrherrn gefunden hatten, waren es bei den Mädchen nur 59%.

Dabei verstärkten sich die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen bei den Mädchen aus den Gruppen von Schulabgängern, die ohnehin zu den Problemgruppen zählen; nur vier von zehn Abgängerinnen aus dem Berufsgrundschuljahr/Sonderberufsgrundschuljahr/Berufsvorbereitungsjahr mit dem Ziel einer beruflichen Ausbildung hatten bis Mai eine Zusage für eine Lehrstelle (Jungen 47%), bei der vergleichbaren Gruppe aus Sonderschulen waren es immerhin 53% (Jungen 54%).

Doch auch bei den Schulabgängern, für die sich die Suche nach einer Ausbildungsstelle weniger schwierig gestaltet, ist der Versorgungsgrad der Jungen deutlich besser als der der Mädchen. So lag er im Mai 1986 bei den männlichen Realschulabsolventen, die eine berufliche Ausbildung anstrebten, bei 88%, bei den weiblichen nur bei 72%, bei den männlichen Absolventen aus beruflichen Gymnasien bei 79% gegenüber 70% bei ihren Mitschülerinnen. Relativ hoch war der Abstand auch bei den Schülern aus dem Sekundarbereich I der

Anzahl offener und gesuchter Stellen in ausgewählten Berufsgruppen 1980-1986



— offene Stellen
●—●—● gesuchte Stellen

Gymnasien, wo einer Versorgung von 86 % bei den lehrstellensuchenden Jungen ein entsprechender Wert von 77 % bei den Mädchen gegenüberstand. Besonders auffallend ist die Diskrepanz zwischen Jungen und Mädchen bei den Hauptschulabsolventen. Dort hatten bis Mai 73 % der Jungen, die eine berufliche Ausbildung nachsuchten, eine Zusage für einen Ausbildungsplatz, aber nur 56 % der Mädchen.

Bemerkenswert ist, daß nach der Schulabgängerbefragung vom Mai 1986 der Anteil der befragten Schüler aus dem Sekundarbereich II der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschule, die eine Lehre absolvieren wollten, nicht mehr weiter angestiegen ist. Nachdem dieser Anteil von 12 % im Schuljahr 1981 auf 25 % im Mai 1985 angestiegen war, ergab sich für 1986 keine Veränderung mehr. Da die Erfassung der Abiturienten bei der Schulabgängerbefragung nicht vollständig ist, kann daraus nicht unbedingt gefolgert werden, daß der Zustrom von Abiturienten in die berufliche Ausbildung nicht mehr weiter ansteigen wird. Doch eine Erhebung bei den Abiturienten nach dem Hochschulstatistikgesetz Anfang 1986 läßt darauf schließen, daß die Studienneigung der Abiturienten aus den Gymnasien wieder zunimmt (1985: 64 %, 1986: 67 %), während der Anteil derjenigen ohne Studienabsicht mit 19 % gleich blieb. Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der Unentschlossenen unter den Abiturienten von 17 auf 14 %. Aus diesen Daten läßt sich folgern, daß der Trend hin zur beruflichen Ausbildung sich nicht weiter verstärkt.

Berufsspezifische Abweichungen

Der zahlenmäßige Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt bedeutet nicht, daß der Markt insgesamt ausgeglichen ist. Neben den regionalen, geschlechtsspezifischen und auch schulartbezogenen Problemen bei der Versorgung von Schulabgängern mit Ausbildungsstellen zeigt auch der Vergleich der nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung noch offenen 12 000 Stellen mit den laut Schulabgängerbefragung noch gesuchten 12 500 Stellen nach Berufsgruppen starke berufsspezifische Abweichungen.

So war die Nachfrage nach kaufmännischen und Verwaltungsberufen (einschließlich Verkaufsberufen) im Mai noch wesentlich höher als das Angebot. Bei Gesundheits- und Körperpflegeberufen wurden doppelt so viele Lehrstellensuchende gezählt als Ausbildungsplätze zur Verfügung standen. Bei Hotel- und Gaststättenberufen und bei Hauswirtschaftsberufen war die Nachfrage viermal so hoch wie das Angebot. Auch in Holz- und in kunststoffverarbeitenden Berufen, in Textil- und Lederberufen sowie in Chemie-, Physik- und Biologie-, Glas-, Porzellan- und Keramikberufen lag die Zahl der gesuchten Stellen höher als die der noch unbesetzten Plätze. Dagegen standen dreimal so viele offene Lehrstellen in Bauberufen zur Verfügung als es Bewerber

gab, und auch in Landwirtschafts-, Gartenbau- und Forstberufen sowie in Metallberufen überstieg das Angebot die Nachfrage bei weitem, ebenso wie in gestaltenden und künstlerischen Berufen. Ausgeglichen waren Angebot und Nachfrage bei Elektroberufen sowie Druck- und Papierberufen.

Die Aufschlüsselung der Zahl der im Mai noch unversorgten Lehrstellenbewerber aus der Schulabgängerbefragung macht deutlich, woher die Probleme bei der Lehrstellensuche vielfach kommen. So strebten allein 45 % aller Mädchen ohne Lehrstelle eine Ausbildung in kaufmännischen- oder Verwaltungsberufen (einschließlich Verkaufsberufen) an, knapp ein Viertel der Mädchen suchte Gesundheits- und Körperpflegeberufe nach und jedes 15. Mädchen wollte in einen Hauswirtschaftsberuf. Damit konzentrierten sich drei Viertel aller im Mai noch unversorgten weiblichen Lehrstellenbewerber mit ihren Ausbildungswünschen auf nur drei Berufsgruppen – und zwar auf Berufsgruppen, in denen das Angebot weit hinter der Nachfrage zurückbleibt.

Bei den Jungen ist die Konzentration nicht so stark. Gut ein Drittel der Lehrstellensuchenden vom Mai suchte in einem Metallberuf einen Ausbildungsplatz, jeder sechste eine Stelle in einem kaufmännischen- oder Verwaltungsberuf und jeder achte interessierte sich für einen Elektroberuf. Relativ hohe Zahlen von Interessenten gab es auch für Bauberufe, Nahrungs- und Genussmittelberufe und Holzberufe sowie kunststoffverarbeitende Berufe. Mit Ausnahme derjenigen, die kaufmännische- und Verwaltungsberufe ergreifen wollten, waren die unversorgten männlichen Lehrstellenbewerber damit auf Berufsgruppen verteilt, in denen das Angebot an Stellen im Mai höher lag als die Nachfrage oder zumindest ein Ausgleich gegeben war. Die Chance, ihre Ausbildungsvorstellungen realisieren zu können, dürfte damit bei den Jungen wesentlich größer sein als bei den Mädchen.

Mit der Gegenüberstellung der Daten aus Betriebs- und Schulabgängerbefragung wird deutlich, daß trotz des zahlenmäßigen Ausgleichs weitere Anstrengungen notwendig sind, damit 1986 alle Bewerber mit Ausbildungsplätzen versorgt werden können. Doch nicht nur seitens der Betriebe sind Anstrengungen erforderlich. Die starken berufsspezifischen Abweichungen von Angebot und Nachfrage können nur dann bereinigt werden, wenn sich die Lehrstellensuchenden umorientieren, insbesondere von den kaufmännischen- und Verwaltungsberufen hin zu gewerblich-technischen Berufen. Mit dem rein quantitativen Ausgleich von Angebot und Nachfrage sind die Engpässe bei der Versorgung von Problemgruppen mit Ausbildungsplätzen ebenso wenig beseitigt wie regionale Unterschiede und die bestehende Diskrepanz zwischen den Ausbildungswünschen der Jugendlichen und dem Angebot der Betriebe.

Diplom-Volkswirtin Gertraud Kernich-Möhringer

Umweltschutzausgaben und -einnahmen 1980 bis 1984

Unsere Umwelt ist vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Um die natürlichen Lebensbedingungen zu sichern, zu verbessern und zu erhalten, bedarf die Umwelt des Schutzes. Die Bedeutung des Umweltschutzes hat in den letzten Jahren eher zugenommen. Konsens herrscht dahingehend, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Neben privaten Haushalten und Wirtschaft sind daran auch das Land, die Kommunen, die Zweckverbände und öffentlichen Einrichtungen beteiligt. Die Tätigkeit der Gebietskörperschaften findet ihren Niederschlag im Erlaß von Gesetzen, Richtlinien und Handlungsempfehlungen zum Schutz der Umwelt sowie im Vollzug der Haushaltspläne, während Eigenbetriebe die ihnen übertragenen Aufgaben ausführen. Letzteres gilt auch für Zweckverbände, die darüber hinaus über eine Satzung und einen Haushaltsplan verfügen.

Abgrenzung von Umweltschutzmaßnahmen bzw. -einrichtungen

Weder die staatliche noch die kommunale Haushaltssystematik weist den Umweltschutz als eine eigenständige Aufgabe nach. Es ist also notwendig, aus dem Funktionenplan bzw. Gliederungsplan Aufgabengebiete zu isolieren, die unter dem Oberbegriff Umweltschutz zu subsumieren wären. Die Entscheidung, ob eine Maßnahme oder Einrichtung dem Umweltschutz zuzurechnen ist oder nicht, kann nur für die Funktionsziffer bzw. Gliederungsnummer als Ganzes erfolgen, da sie Anknüpfungspunkt für die statistische Aufbereitung ist.

Hierbei ist zu beachten, daß die Zuordnung einer Maßnahme oder Einrichtung zu einer bestimmten Funktionsziffer bzw. Gliederungsnummer nach dem Schwerpunkt erfolgt. Das führt dazu, daß Beträge, die den Bereich des Umweltschutzes nur tangieren, dort nicht nachgewiesen werden. Dies dürfte beispielsweise bei Verkehrswesen, Raumordnung, Städtebau, Wasserwirtschaft und Energiewirtschaft zutreffen. Andererseits führt das Schwerpunktprinzip dazu, daß Beträge dem Umweltschutz zugeordnet werde, die nicht mit Umweltschutz in Zusammenhang gebracht werden dürfen. Dies gilt beispielsweise für die Teilaufgabe Winterdienst und Schneeräumung innerhalb des Aufgabenbereichs Straßenreinigung. Ein umfassender Überblick über die verschiedenen Umweltschutzaktivitäten kann also kaum vermittelt werden. Auch wenn die Haushaltsstellen und ihre Zweckbeschreibungen bzw. Erläuterungen als Anknüpfungspunkt gewählt würden – ein Weg, der zumindest bei der Vielzahl der Gemeinden wegen des damit verbundenen Aufwands nicht zu realisieren wäre –, könnte kein genaueres Bild erreicht werden, da in zahlreichen Fällen der Umweltschutzeffekt nur durch Schätzung errechnet werden kann. Zudem würde bei einer Auswertung der Haushaltspläne das Problem zu lösen sein, daß Titel gegenseitig deckungsfähig sein können, so daß trotzdem keine exakte Zuordnung zum Umweltschutz möglich wäre. Hinzu kommt, das bei einer Darstellung der Aktivitäten von Land und Kommunen nach Aufgabenbereichen bestimmte Ausgabearten unberücksichtigt bleiben müssen, da sie zentral veranschlagt werden. Es handelt sich hierbei um Zins- und Tilgungsausgaben.

Umsatzerlöse, Personal- und laufender Sachaufwand sowie Sachinvestitionen der kommunalen Entsorgungsbetriebe nach Rechtsformen 1980 – 1983

Rechtsform ¹⁾	1980	1981	1982	1983	1980	1981	1982	1983
	1 000 DM				Veränderung zum Vorjahr in %			
Abwasserbeseitigung								
Umsatzerlöse								
Kommunale Regiebetriebe	173 799	179 505	188 715	217 138	3,2	3,3	5,1	15,1
Kommunale Eigenbetriebe	84 913	102 503	141 978	166 544	34,2	20,7	38,5	17,3
Personal- und laufender Sachaufwand								
Kommunale Regiebetriebe	208 628	222 913	239 036	247 101	4,4	6,8	7,2	3,4
Kommunale Eigenbetriebe	37 131	44 728	62 420	71 508	40,9	20,5	39,6	14,6
Sachinvestitionen								
Kommunale Regiebetriebe	327 793	301 209	266 072	225 617	14,7	- 8,1	- 11,7	- 15,2
Kommunale Eigenbetriebe	155 079	162 329	247 341	210 451	59,0	4,7	52,4	- 14,9
Abfallbeseitigung								
Umsatzerlöse								
Kommunale Regiebetriebe	160 923	181 194	199 494	213 958	3,2	12,6	10,1	7,3
Kommunale Eigenbetriebe	5 429	9 632	17 307	18 977	5,2	77,4	79,7	9,6
Personal- und laufender Sachaufwand								
Kommunale Regiebetriebe	160 647	182 752	197 602	209 869	6,3	13,8	8,1	6,2
Kommunale Eigenbetriebe	4 858	9 532	6 416	7 082	9,8	96,2	- 32,7	10,4
Sachinvestitionen								
Kommunale Regiebetriebe	16 005	14 278	18 003	18 809	23,7	- 10,8	26,1	4,5
Kommunale Eigenbetriebe	355	2 675	1 808	1 145	- 31,1	653,5	- 32,4	- 36,7

1) Kommunale Regiebetriebe einschl. der kommunalen Zweckverbände mit kameralistischer Buchführung; kommunale Eigenbetriebe einschl. der als Eigenbetriebe geführten kommunalen Zweckverbände.

Ausgaben und Einnahmen der kommunalen Körperschaften für die Abwasserbeseitigung 1980 – 1984

Ausgabe- /Einnahmeart	1980	1981	1982	1983	1984	1980	1981	1982	1983	1984
	1 000 DM					Veränderung zum Vorjahr in %				
Ausgaben										
Unmittelbare Ausgaben (ohne Zahlungen an andere Bereiche)	410 414	392 675	368 725	331 086	318 375	14,5	- 4,3	- 6,1	- 10,2	- 3,8
Personalausgaben	37 702	40 640	42 471	43 936	44 110	2,9	7,8	4,5	3,4	0,4
Laufender Sachaufwand	39 721	43 942	50 076	57 304	63 915	10,5	10,6	14,0	14,4	11,5
Sachinvestitionen	327 793	301 209	266 072	225 617	208 212	14,7	- 8,1	- 11,7	- 15,2	- 7,7
Zahlungen an andere Bereiche	3 121	7 666	6 348	4 967	6 992	38,0	145,6	- 17,2	- 21,8	40,8
darunter Zuschüsse für Investitionen	1 001	4 943	3 894	3 407	4 975	- 9,9	393,8	- 21,2	- 12,5	46,0
Unmittelbare Ausgaben	413 535	400 341	375 073	336 053	325 367	14,7	- 3,2	- 6,3	- 10,4	- 3,2
Zahlungen an öffentlichen Bereich	23 937	30 910	27 235	24 172	35 355	- 0,5	29,1	- 11,9	- 11,2	46,3
darunter Zuweisungen für Investitionen	12 303	15 662	14 331	10 142	21 176	- 10,3	27,3	- 8,5	- 29,2	108,8
Bruttoausgaben	437 472	431 251	402 308	360 225	360 722	13,7	- 1,4	- 6,7	- 10,5	0,1
abzüglich Zahlungen von der gleichen Ebene des öffentlichen Bereichs	30 152	39 243	52 501	48 506	56 597	- 8,9	30,2	33,8	- 7,6	16,7
Gesamtausgaben	407 320	392 008	349 807	311 719	304 125	15,8	- 3,8	- 10,8	- 10,9	- 2,4
abzüglich Zahlungen von anderen Ebenen des öffentlichen Bereichs	93 867	89 687	82 130	84 220	74 363	- 6,2	- 4,5	- 8,4	2,5	- 11,7
Nettoausgaben	313 453	302 321	267 677	227 499	229 762	24,6	- 3,6	- 11,5	- 15,0	1,0
Einnahmen										
Unmittelbare Einnahmen	246 948	266 456	266 451	300 518	285 869	7,3	7,9	- 0,0	12,8	- 4,9
darunter Gebühren und sonstige Entgelte	175 181	179 544	188 891	218 667	218 930	2,7	2,5	5,2	15,8	0,1
Zahlungen vom öffentlichen Bereich	124 019	128 930	134 631	132 726	130 960	- 6,9	4,0	4,4	- 1,4	- 1,3
Bruttoeinnahmen	370 967	395 386	401 082	433 244	416 829	2,1	6,6	1,4	8,0	- 3,8
abzüglich Zahlungen von der gleichen Ebene des öffentlichen Bereichs	30 152	39 243	52 501	48 506	56 597	- 8,9	30,2	33,8	- 7,6	16,7
Gesamteinnahmen	340 815	356 143	348 581	384 738	360 232	3,2	4,5	- 2,1	10,4	- 6,4

Das Volumen der öffentlichen Umweltschutzausgaben und -einnahmen könnte zutreffender dargestellt werden, wenn es gelänge, ein sogenanntes Umweltschutz-Querschnittsbudget zu bilden, in dem alle umweltschutzrelevanten Ausgaben und Einnahmen zusammengeführt werden. Eine erste Voraussetzung hierfür wäre, daß Konsens darüber herrscht, welche Positionen der Haushaltssystematik vollständig und welche gegebenenfalls nur anteilmäßig berücksichtigt werden sollen. Insbesondere die Anteilschätzung dürfte sehr problematisch sein, da subjektive Bewertungen vorgenommen werden müßten. Derartige Umweltbudgets liegen nicht vor, so daß auf die Haushaltsrechnungstatistiken von Land und Kommunen bzw. auf die Jahresrechnungstatistiken der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen zurückgegriffen werden muß.

Der Umweltschutz in der Abgrenzung der Haushaltsrechnungstatistik des Landes umfaßt die Bereiche Forschungstätigkeiten zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz (Funktionsziffer 173), Naturschutz und Landschaftspflege (FZ 185), Maßnahmen und Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz (FZ33), Ortsentwässerung (FZ 432), Müllbeseitigung und -verwertung (FZ 433). Die Kommunen sind hauptsächlich im Bereich der Abwasserbeseitigung (Gliederungsnummer 70) und Abfallbeseitigung (Gliederungsnummer 72) für den Umweltschutz tätig. Zusätzlich müssen die aus den

kommunalen Haushalten ausgegliederten und als Eigenbetriebe geführten Entsorgungsunternehmen in die Betrachtung einbezogen werden. Das gleiche gilt auch für die in diesen Bereichen tätigen Zweckverbände, die im Falle einer kameralistischen Buchführung zusammen mit den Kommunen nachgewiesen werden und die bei kaufmännischer Buchführung bei den Eigenbetrieben erfaßt werden.

Steigende Umweltschutzausgaben des Landes

In der dargestellten finanzstatistischen Abgrenzung gab das Land 1984 insgesamt 33 Mill. DM für den Umweltschutz aus. Das Hauptgewicht lag bei den Maßnahmen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, wofür rund 26 Mill. DM ausgegeben wurden, davon 20 Mill. DM in Form von Darlehen an die Gemeinden. Ein zweiter Schwerpunkt lag beim Naturschutz und der Landschaftspflege mit 5,7 Mill. DM, von denen ebenfalls ein Großteil (2 Mill. DM) als Zuweisungen an die Gemeinden weitergeleitet wurde. 1,6 Mill. DM aus diesem Bereich wurde hauptsächlich für Gutachtertätigkeiten verwandt. Bei der Müllbeseitigung und -verwertung, für die 1,4 Mill. DM bereitgestellt wurde, flossen 918 000 DM als Investitionszuweisungen an die Gemeinden und 451 000 DM als Entgelt an Gutachter.

Den Ausgaben standen Einnahmen von gut 28 Mill. DM gegenüber, die zu 95 % aus der Abwasserabgabe

Ausgaben und Einnahmen der kommunalen Körperschaften für die Abfallbeseitigung 1980 – 1984

Ausgabe- / Einnahmeart	1980	1981	1982	1983	1984	1980	1981	1982	1983	1984
	1 000 DM					Veränderung zum Vorjahr in %				
Ausgaben										
Unmittelbare Ausgaben (ohne Zahlungen an andere Bereiche)	139 575	158 039	171 889	182 870	200 841	4,8	13,2	8,8	6,4	9,8
Personalausgaben	30 830	32 964	33 987	35 147	37 081	5,3	6,9	3,1	3,4	5,5
Laufender Sachaufwand	92 740	110 792	119 892	128 914	142 768	2,0	19,5	8,2	7,5	10,7
Sachinvestitionen	16 005	14 278	18 003	18 809	20 992	23,6	- 10,8	26,1	4,5	11,6
Zahlungen an andere Bereiche	421	296	243	210	197	- 77,6	- 29,7	- 17,9	- 13,6	- 6,2
darunter Zuschüsse für Investitionen	-	-	-	-	-	.	-	-	-	-
Unmittelbare Ausgaben	139 996	158 335	172 132	183 080	201 038	3,7	13,1	8,7	6,4	9,8
Zahlungen an öffentlichen Bereich	16 168	16 927	15 158	15 370	15 050	10,1	4,7	- 10,5	1,4	- 2,1
darunter Zuweisungen für Investitionen	-	199	150	-	89	.	.	- 24,6	.	.
Bruttoausgaben	156 164	175 262	187 290	198 450	216 088	4,3	12,2	6,9	6,0	8,9
abzüglich Zahlungen von der gleichen Ebene des öffentlichen Bereichs	1 448	2 024	3 117	3 733	5 970	- 50,3	39,8	54,0	19,8	59,9
Gesamtausgaben	154 716	173 238	184 173	194 717	210 118	5,4	12,0	6,3	5,7	7,9
abzüglich Zahlungen von anderen Ebenen des öffentlichen Bereichs	807	789	273	478	777	32,9	- 2,2	- 65,4	75,1	62,6
Nettoausgaben	153 909	172 449	183 900	194 239	209 341	5,3	12,0	6,6	5,6	7,8
Einnahmen										
Unmittelbare Einnahmen	165 236	183 228	201 638	217 352	225 290	2,4	10,9	10,0	7,8	3,7
darunter Gebühren und sonstige Entgelte	161 827	178 656	196 722	211 126	220 417	3,5	10,4	10,1	7,3	4,4
Zahlungen vom öffentlichen Bereich	2 255	2 813	3 390	4 211	6 747	- 36,0	24,7	20,5	24,2	60,2
Bruttoeinnahmen	167 491	186 041	205 028	221 563	232 037	1,6	11,1	10,2	8,1	4,7
abzüglich Zahlungen von der gleichen Ebene des öffentlichen Bereichs	1 448	2 024	3 117	3 733	5 970	- 50,3	39,8	54,0	19,8	59,9
Gesamteinnahmen	166 043	184 017	201 911	217 830	226 067	2,5	10,8	9,7	7,9	3,8

stammten. Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist zweckgebunden für den Gewässerschutz zu verwenden. Sie bestimmte damit nahezu ausschließlich Struktur und Entwicklung der Umweltschutzaktivitäten des Landes, die in der hier benutzten Abgrenzung lediglich 0,3% der Gesamtausgaben ausmachten. Die Zahlen deuten auf ein relativ geringes Niveau der vom Land ergriffenen Umweltschutzmaßnahmen hin. Allerdings darf die Tatsache, daß das Land zum Beispiel für Ortsentwässerung (FZ 432) keine Beträge verausgabt hat, nicht zu dem Schluß verleiten, es hätte für die Abwasserbeseitigung keine Mittel bereitgestellt. Das Land stellt vielmehr Jahr für Jahr im Rahmen der Aufgabenerfüllung Wasserwirtschaft und Kulturbau den kommunalen Körperschaften und öffentlichen Einrichtungen Investitionszuweisungen für Abwasseranlagen zur Verfügung; im Haushaltsplan waren 1984 dafür 151 Mill. DM vorgesehen. Diese Mittel sind bei der Funktion 623 Wasserwirtschaft und Kulturbau veranschlagt, weil die zur Zeit gültigen Zuordnungsvorschriften dies vorsehen. Hier werden nicht nur die Ausgaben und Einnahmen für die Abwasserbeseitigung verbucht, sondern auch die der Wasserversorgung, Erschließungsmaßnahmen, Meliorationen, Flußregulierungen, Schleusen, gewässerkundliche Arbeiten und Gewässerschutz. Durch eine Aufspaltung dieses Aufgabenbereichs durch Abtrennung der Abwasserbeseitigung und des Gewässerschutzes, die dann der Funktion 432 Ortsentwässerung bzw. 33 Reinhaltung von Wasser zugeordnet werden müßten, ließen sich die staatlichen Umweltschutzmaßnahmen realistischer darstellen.

Die Umweltschutzaktivitäten des Staates und der öffentlichen Körperschaften finden nicht ausschließlich im fiskalischen Bereich ihren Niederschlag. Durch Bekanntgabe von bestimmten Umweltstandards kann der Gesetzgeber Private zwingen, Ausgaben zum Schutz der Umwelt zu tätigen, ohne daß dies direkte finanzielle Auswirkungen beim Staat hat. Indirekt ist er davon aber dennoch insofern betroffen, als die dadurch induzierten zusätzlichen Investitionen einen Akzeleratorprozeß auslösen können, der das Steueraufkommen erhöht. Dessen Volumen ist allerdings kaum zu quantifizieren. Die Ausgaben des Unternehmensbereichs für den Umweltschutz werden im Zuge der Statistik des produzierenden Gewerbes insofern erfaßt, als die Investitionen für Umweltschutz nachgewiesen werden. Hiernach ergibt sich für 1984, daß die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes 152 Mill. DM oder 4,9% ihrer Investitionen für den Umweltschutz ausgaben. Auch die Betriebe der Energie- und Wasserversorgung tätigten mit 23 Mill. DM einen erheblichen Teil ihrer Investitionen für den Umweltschutz (2,9%), während die Unternehmen des Baugewerbes nur geringe Beträge dafür verwandten. Im Zeitablauf zeigen die Investitionen für den Umweltschutz im verarbeitenden Gewebe zunächst eine rückläufige Entwicklung, steigen aber seit 1982 stark an (+ 35%). Bei der Energie- und Wasserversorgung verzeichnen die Umweltschutzinvestitionen in den einzelnen Jahren relativ starke Schwankungen, die einen einheitlichen Trend nicht erkennen lassen.

Umweltschutz – eine Pflichtaufgabe der Kommunen

Im Jahre 1983 wurden 1 031 öffentliche Kläranlagen betrieben, in denen 393 Mill. m³ Abwasser gereinigt wurden. Es konnte das Abwasser von über 92 % der rheinland-pfälzischen Wohnbevölkerung in öffentliche Sammelkanalisationen geleitet und von 81 % in öffentlichen Kläranlagen gereinigt werden. Verglichen mit den Werten für 1963 ist eine erhebliche Verbesserung erreicht worden, denn seinerzeit waren nur 67 % der Wohnbevölkerung an eine Sammelkanalisation und nur 29 % an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen.

Bei den öffentlichen Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen wurden 1982 insgesamt 5,3 Mill. Tonnen Abfall angeliefert, darunter befanden sich 2,4 Mill. Tonnen Hausmüll. Verglichen mit 1975, dem Jahr der erstmaligen statistischen Erhebung, hat sich das Volumen um 24 % erhöht, wobei sich beim Hausmüll nur eine Steigerung um 9,3 % errechnet. Von den Körperschaften wurden 1982 insgesamt 82 Anlagen zur Beseitigung und Behandlung von Abfall unterhalten. Seit 1975 wurden vier zusätzlich eingerichtet. Überwiegend wird der Abfall in den 70 Deponien gelagert, von denen seit 1975 fünf zusätzlich angelegt wurden.

Die Abwasserbeseitigung ist eine Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung, und zwar der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden. Abfallbeseitigungspflichtige Gebietskörperschaften sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Entsprechend der Gemeindeordnung können die Kommunen diese Aufgabenbereiche aus ihrem Haushalt ausgliedern und sie durch Eigenbetriebe oder Zweckverbände erfüllen lassen. Große Bedeutung hat diese Bestimmung für die Abwasserbeseitigung erlangt, als mit dem

Übergang der Wasserversorgung von den Ortsgemeinden auf die Verbandsgemeinden Eigenbetriebe zur Erledigung dieser Aufgabe errichtet wurden. Es ist deshalb notwendig, neben den kommunalen Haushalten auch die Wirtschaftsrechnungen dieser Einrichtungen in die Betrachtung einzubeziehen.

Die im folgenden dargestellten Daten beruhen auf den Ergebnissen der Haushaltsrechnungsstatistiken der Gemeinden. Darin einbezogen sind die kommunalen Zweckverbände mit kameralistischer Buchführung, von denen es 1983 im Bereich der Abwasserbeseitigung 44 und der Abfallbeseitigung zwei gab. Darüber hinaus müssen die Angaben der Eigenbetriebe berücksichtigt werden, da sie insbesondere im Entsorgungsbereich zunehmende Bedeutung erreicht haben. Ihre Zahl ist einschließlich der kaufmännisch buchenden Zweckverbände von 1978 bis 1983 um 58 auf 95 gestiegen. Da sie nicht in das kameralistische System der Haushaltsrechnungsstatistik einbezogen sind, werden sie separat dargestellt. Allerdings sind ihre Angaben nicht voll mit denen der Kommunen und Zweckverbände vergleichbar, da sie anders abgegrenzt sind.

Der mit der Beseitigung von Abwasser und Abfall verwirklichte Umweltschutz hat einen hohen Stellenwert. Im Jahre 1984 verwandten die Kommunen und Zweckverbände für diesen Zweck 514 Mill. DM. Dies entspricht dem Betrag, der für Gesundheit, Sport und Erholung aufgewandt wurde (518 Mill. DM). Die Umweltschutzausgaben übersteigen damit bei weitem diejenigen des Landes und auch der Privatwirtschaft. Hier entstand auch der ganz überwiegende Teil der unmittelbaren, aus der Aufgabenerfüllung resultierenden Einnahmen, nämlich 511 Mill. DM, die insbesondere durch die Landeszuweisungen für Investitionen um 138 Mill. DM zusätzlich aufgestockt wurden.

Gesamtausgaben und -einnahmen des Landes nach ausgewählten Aufgabengebieten 1980 – 1984

Aufgabengebiet	1980	1981	1982	1983	1984
1 000 DM					
Ausgaben					
Forschung zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	–	–	–	12	–
Naturschutz und Landschaftspflege	5 999	5 501	5 080	4 276	5 698
Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	2 679	3 388	3 138	19 597	25 935
Ortsentwässerung	–	–	–	–	–
Müllbeseitigung und -verwertung	366	451	618	628	1 369
Insgesamt	9 044	9 330	8 826	24 513	33 002
außerdem: Unter FZ 623 Wasserwirtschaft und Kulturbau im Haushalt veranschlagte Beträge für zentrale Abwasseranlagen	172 790	123 540	132 965	147 065	150 907
Einnahmen					
Forschung zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	–	–	–	–	–
Naturschutz und Landschaftspflege	32	38	95	30	19
Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	1 178	955	13 265	20 434	28 091
Ortsentwässerung	–	–	–	–	–
Müllbeseitigung und -verwertung	–	–	–	–	–
Insgesamt	1 210	993	13 360	20 464	28 110

Schwerpunkt liegt bei der Abwasserbeseitigung

Insgesamt 304 Mill. DM oder fast 60% der gesamten Umweltschutzausgaben von Gemeinden (Gv.) und Zweckverbänden entfielen 1984 auf die Abwasserbeseitigung. Die Ausgaben wurden überwiegend finanziert durch Gebühren und sonstige Entgelte sowie durch die Landeszuweisungen. Insgesamt erreichten die Einnahmen 360 Mill. DM und übersteigen damit die Ausgaben um 56 Mill. DM. Die Überdeckung, die erstmals 1983 registriert wurde, ist in erster Linie eine Folge der verringerten Investitionen und von Gebührenerhöhungen. Dieser Überschuß ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Gewinn aus der Aufgabenerfüllung, sondern er ist haushaltssystematisch bedingt. Es fehlen beispielsweise die Zins- und Tilgungsleistungen ebenso wie die Schuldendiensthilfen, da sie zentral veranschlagt werden. Auch sind die Ausgaben insofern nicht periodengerecht abgegrenzt, als die in dem jeweiligen Haushaltsjahr getätigten Sachinvestitionen und nicht die Abschreibungen berücksichtigt werden. Darüber hinaus wird ein wesentlicher kalkulatorischer Kostenbestandteil, nämlich die Zinsen auf das Anlagekapital, die sich 1984 auf gut 76 Mill. DM beliefen, nicht nachgewiesen. Auf der Einnahmeseite sind diese Beträge jedoch in den Gebühren enthalten, weil sie bei der Kalkulation von laufenden Entgelten gemäß § 90 Gemeindeordnung zu berücksichtigen sind.

Die Ausgaben der kommunalen Körperschaften für die Abwasserbeseitigung sind seit Jahren rückläufig. Sie verringerten sich von 1980 bis 1984 um ein Viertel. Dies ist vor allem auf die nachlassende Investitionstätigkeit zurückzuführen, die zu Minderausgaben von über 36% führte. Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich der Umstand, daß die Kommunen die Abwasserbeseitigung aus ihren Haushalten ausgegliedert und die Erfüllung dieser Aufgabe neu gegründeten Eigenbetrieben übertragen haben. Allerdings konnten die Eigenbetriebe den Rückgang der kommunalen Investitionen nicht vollständig ausgleichen. Sie investierten 1983 – Angaben für 1984 liegen noch nicht vor – über 210 Mill. DM und damit 55 Mill. DM (+ 36%) mehr als 1980, aber im gleichen Zeitraum reduzierten die Gemeinden (Gv.) einschließlich Zweckverbände ihre Investitionen um 102 Mill. DM. Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen zeigen steigende Tendenz. Die Körperschaften überwiesen für diesen Zweck 1984 insgesamt über 21 Mill. DM an den öffentlichen Bereich, dies sind 72% mehr als 1980. Solche Zuweisungen sind erforderlich, weil andere öffentliche Körperschaften an der Aufgabenerfüllung beteiligt sind. Auch der nichtöffentliche Bereich, hier insbesondere wohl die Eigenbetriebe, erhielten 1984 Investitionszuschüsse von 5. Mill. DM, 1980 hatte der Wert 1 Mill. DM betragen.

Unmittelbar aus der Aufgabenerfüllung erwirtschafteten die Gemeinden (Gv.) und Zweckverbände 286 Mill. DM, das sind fast 16% mehr als 1980. Die Entwicklung wird maßgeblich durch die Gebühren und sonstigen Entgelte geprägt, die um ein Viertel stiegen und sich 1984 auf 219 Mill. DM beliefen. Bei der Finanzierung der Abwasserbeseitigung leistet auch das Land seinen Beitrag, indem es den kommunalen Körperschaften 1984 Zuweisungen, und zwar nahezu ausschließlich für Investitionen, in Höhe von gut 73 Mill. DM zur Verfügung

stellte. Die Investitionszuweisungen des Landes sind gegenüber 1980 um rund 21% zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum sind auch die Investitionsausgaben der kommunalen Körperschaften gesunken, und zwar erheblich stärker. Verglichen mit 1980 hat deshalb der Beitrag des Landes 1984 zugenommen; er stieg von 28% im Jahre 1980 auf 35% im Jahre 1984.

Die Umsatzerlöse der kommunalen Eigenbetriebe, die in etwa vergleichbar sind mit den Gebühreneinnahmen und sonstigen Entgelten, beliefen sich 1983 auf über 166 Mill. DM. Sie verdoppelten sich seit 1980. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Eigenbetriebe um 21 auf nunmehr 90 Einheiten, so daß die Steigerung der Umsatzerlöse auch durch diese Entwicklung mit begründet wird.

Steigende Ausgaben für Abfallbeseitigung

Während die Bedeutung der Abwasserbeseitigung für die Kommunalhaushalte nicht zuletzt wegen der Ausgliederung und Übertragung auf Eigenbetriebe sinkt, ist bei der Abfallbeseitigung ein steigender Anteil festzustellen. Seit 1980 haben sich die Gesamtausgaben um 36% auf 210 Mill. DM erhöht.

Zur Finanzierung der Aufgabe standen 1984 Einnahmen in Höhe von 226 Mill. DM zur Verfügung, die überwiegend aus Gebühren und sonstigen Entgelten (220 Mill. DM) stammten. In allen Jahren des Beobachtungszeitraums überstiegen die Gesamteinnahmen die Gesamtausgaben. Im Jahre 1984 wurde ein Überschuß von 16 Mill. DM erzielt, der nicht mit einem Gewinn im betriebswirtschaftlichen Sinn gleichzusetzen ist, da hier die gleichen Einschränkungen gelten, die bereits bei der Abwasserbeseitigung erläutert wurden. Bei der Abfallbeseitigung ist darüber hinaus eine Besonderheit zu beachten, die dazu führt, daß die Ausgaben in der hier benutzten Abgrenzung unterzeichnet werden. Die Abfallbeseitigung in den Städten Ludwigshafen, Mainz, Kaiserslautern, Zweibrücken und seit 1982 auch Pirmasens ist so organisiert, daß ein Hilfsbetrieb der Verwaltung (Fuhrpark) sie ausführt und die Leistung durch innere Verrechnungen abgegolten wird, die definitionsgemäß in den unmittelbaren Ausgaben nicht enthalten sind. Darüber hinaus haben auch die anderen kreisfreien Städte in größerem Umfang Leistungsverrechnungen mit anderen Haushaltsabschnitten vorgenommen. Die inneren Verrechnungen der kreisfreien Städte betrugen 1984 insgesamt 16,5 Mill. DM, 1980 waren es 12,4 Mill. DM.

Die Struktur der Ausgaben für Abfallbeseitigung weicht erheblich von derjenigen für Abwasserbeseitigung ab. Bei der anlagenintensiven Abwasserbeseitigung hatten die Investitionsausgaben den größten Anteil, während bei der Abfallbeseitigung die im laufenden Sachaufwand enthaltenen Erstattungen an sonstige Bereiche dominieren. Hierunter sind die Beträge subsumiert, die die Landkreise, mit Ausnahme des Westerwaldkreises, der die Abfallbeseitigung auf einen Eigenbetrieb übertragen hat, an die mit der Beseitigung des Abfalls beauftragten privaten Unternehmen überwiesen. Im Jahre 1984 waren es 123 Mill. DM, 69% mehr als 1980. Diese Ausgabeart ist damit nahezu doppelt so

stark gestiegen wie die Ausgaben insgesamt. Die kreisfreien Städte leisten keine Erstattungen an sonstige Bereiche, da sie, mit Ausnahme von Trier, wo ein Zweckverband die Abfallbeseitigung übernimmt, die Müllabfuhr in eigener Regie durchführen.

Andere öffentliche Körperschaften sind im Aufgabengebiet Abfallbeseitigung weniger involviert als bei der Abwasserbeseitigung. Hierauf deuten die wesentlich niedrigeren Zahlungen an den öffentlichen Bereich hin.

1984 wurden hierfür 15 Mill. DM oder 7,2% der Gesamtausgaben verwandt. Bei der Abwasserbeseitigung betrug der Wert gut 35 Mill. DM oder gut 12% der Gesamtausgaben. Auch die Zusammensetzung der Zahlungsströme ist je nach Aufgabengebiet verschieden. Überwiegen bei der Abwasserbeseitigung die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, so dominieren bei der Abfallbeseitigung die Zuweisungen und sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe

Unter den im Rahmen des kurzfristigen Berichtssystems im verarbeitenden Gewerbe erfragten Tatbeständen gibt der Auftragseingang besonders gut Aufschluß über die Konjunkturlage. Während die Umsatzentwicklung die durch bestehende Kapazitäten begrenzte Abgebotsseite der Unternehmen wiedergibt, wird durch die Auftragseingänge die Nachfrageseite dargestellt. Eine gute Konjunkturlage ist dadurch gekennzeichnet, daß die Bestellungen in einem bestimmten Zeitraum höher liegen als der Umsatz.

Da in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern der Auftragseingang (mit Ausnahme des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes) für alle Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes ermittelt wird, ist hier eine Beobachtung dieses Merkmals in absoluter Größe und damit neben der Entwicklung auch eine Darstellung der Struktur möglich. Die Zuordnung der Erhebungsmerkmale zu den einzelnen Wirtschaftszweigen erfolgt in der Auftragseingangsstatistik über den fachlichen Betriebsteil. Bei Betrieben, die mehrere

Beschäftigung, Umsatz und Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe 1985
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Fachliche Betriebs- teile	Be- schäftigte	Umsatz		Auftragseingang		
			insgesamt	Anteil	insgesamt	Anteil	im Ver- hältnis zum Umsatz
			1 000 DM	%	1 000 DM	%	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	679	103 103	29 475 064	45,9	30 223 636	46,5	102,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	312	14 431	2 631 560	4,1	2 331 474	3,6	88,6
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	23	6 902	3 009 636	4,7	2 942 473	4,5	97,8
Gießereien	33	5 630	502 693	0,8	526 102	0,8	104,7
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	32	2 091	506 144	0,8	491 566	0,8	97,1
Chemische Industrie	111	60 923	19 924 786	31,0	21 100 665	32,5	105,9
Holzbearbeitung	124	3 150	567 188	0,9	523 379	0,8	92,3
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	18	3 065	779 397	1,2	760 326	1,2	97,6
Gummiverarbeitung	21	6 310	1 038 838	1,6	1 032 827	1,6	99,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 246	138 973	22 380 277	34,8	22 469 668	34,6	100,4
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	117	7 026	672 372	1,0	698 190	1,1	103,8
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	321	45 899	6 435 815	10,0	6 675 222	10,3	103,7
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	347	41 653	9 551 598	14,9	9 475 218	14,6	99,2
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	9	1 591	96 954	0,1	82 743	0,1	85,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	180	18 180	2 114 784	3,3	2 101 837	3,2	99,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	61	3 853	420 647	0,7	423 811	0,7	100,8
Stahlverformung	41	3 643	535 929	0,8	548 762	0,8	102,4
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	170	17 128	2 552 178	4,0	2 463 885	3,8	96,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	926	86 570	12 387 131	19,3	12 265 567	18,9	99,0
Feinkeramik	59	4 858	478 533	0,7	496 484	0,8	103,8
Herstellung und Verarbeitung von Glas	23	7 819	1 247 774	1,9	1 264 140	2,0	101,3
Holzverarbeitung	144	11 550	1 471 494	2,3	1 510 902	2,3	102,7
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren usw.;							
Edelsteingewerbe	49	2 285	294 601	0,4	274 956	0,4	93,3
Papier- und Pappeverarbeitung	59	5 492	1 208 474	1,9	1 178 906	1,8	97,6
Druckereien, Vervielfältigung	96	7 323	1 104 695	1,7	1 033 918	1,6	93,6
Herstellung von Kunststoffwaren	170	14 716	2 642 776	4,1	2 695 431	4,1	102,0
Ledererzeugung	6	317	104 284	0,2	97 036	0,1	93,0
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	34	2 472	235 869	0,4	230 876	0,4	97,9
Herstellung von Schuhen	144	16 923	1 847 707	2,9	1 726 911	2,7	93,5
Textilgewerbe	48	7 068	1 070 793	1,7	1 086 278	1,7	101,4
Bekleidungsgewerbe	94	5 747	680 131	1,1	669 729	1,0	98,5
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)	2 851	328 646	64 242 472	100,0	64 958 871	100,0	101,1

unterschiedliche wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, werden diese unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes den betreffenden Wirtschaftszweigen zugeordnet.

Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen übertrifft Umsatz

In den rheinland-pfälzischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) mit 20 und mehr Beschäftigten gingen im Jahre 1985 Bestellungen in Höhe von 65 Mrd. DM ein. Der Nachfrage nach Produkten des verarbeitenden Gewerbes stand ein Umsatz von 64 Mrd. DM gegenüber. Damit lag der Wert der von den Kunden erteilten Aufträge um 1,1 % über den in diesem Zeitraum erzielten Erlösen. Dieses Ergebnis ist vor allem auf die chemische Industrie zurückzuführen, auf die 1985 nahezu ein Drittel des Auftragswertes im verarbeitenden Gewerbe entfiel. Hier wurden um 5,9 % höhere Auftragseingänge als Umsätze verzeichnet. Seit 1983 gestaltet sich die Auftragslage im Bereich Chemie besonders günstig. Nach einem relativ geringen Wachstum im Jahre 1982 von 2,3 % wiesen die Auftragseingänge in den Folgejahren Zuwachsraten von zum Teil über 10 % auf. Ohne die Chemie lag der Gesamtwert der Bestellungen im verarbeitenden Gewerbe in diesem Zeitraum teilweise unter dem der Umsätze.

Wegen ihres hohen Anteils wirkte sich das Ergebnis der chemischen Industrie auch positiv auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe aus, in welchem 1985 der Gesamtwert der Auftragseingänge die Umsätze um 2,5 % übertraf. Außer der Chemie trugen hier jedoch nur die Gießereien mit einem Überhang von 4,7 % zu dem positiven Ergebnis bei, während bei den bedeutenderen Zweigen Steinen und Erden sowie eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung die Nachfrage hinter dem Umsatz zurückblieb.

Im Investitionsgüterbereich war das Verhältnis des Auftragseingangs zum Umsatz im Saldo ausgeglichen. Hier stand 1985 einem Überhang beim Maschinenbau einschließlich ADV von 3,7 % ein Defizit beim Straßenfahrzeugbau (0,8 %), der Elektrotechnik (0,6 %) und der EBM-Warenindustrie (3,5 %) gegenüber. Während sich im Maschinenbau die Situation gegenüber den vorausgegangenen Jahren deutlich gebessert hat, wirkten sich im Straßenfahrzeugbau die weniger günstigen Absatzchancen auf dem Nutzfahrzeugmarkt negativ aus.

Am ungünstigsten gestaltete sich die Auftragslage im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe. Hier lagen die Auftragseingänge im vergangenen Jahr um 1 % niedriger als die erzielten Umsätze. Hierzu trug mit einem Defizit von 6,5 % vor allem die Schuhindustrie bei. Nach einem Rückgang Anfang der 80er Jahren ist hier ab 1983 jedoch eine deutliche Verbesserung der Auftragsentwicklung zu beobachten. Ein positives Verhältnis zwischen Auftragseingang und Umsatz verzeichneten im Verbrauchsgüterbereich die Kunststoffverarbeitung (2,0 %) und die Textilindustrie (1,4 %).

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe nach Monaten 1980 – 1986 – Index 1980 = 100 –

Jahr Monat	Rheinland-Pfalz		Bundesgebiet	
	Wert- index	Volumen- index	Wert- index	Volumen- index
1980				
Januar	114,6	117,1	102,1	104,6
Februar	110,0	111,4	105,6	107,4
März	107,5	108,2	114,5	115,5
April	99,8	100,0	102,7	102,8
Mai	89,9	89,9	99,1	99,0
Juni	113,4	113,3	97,8	97,6
Juli	98,0	97,8	95,2	94,7
August	80,9	80,7	82,7	82,2
September	98,2	97,9	100,8	100,1
Oktober	105,7	105,0	109,0	108,0
November	87,4	86,5	95,1	94,2
Dezember	94,6	93,2	95,5	94,4
1981				
Januar	100,5	98,3	97,4	95,6
Februar	111,5	108,0	103,9	101,2
März	107,4	103,3	114,8	111,1
April	101,9	97,4	111,9	107,6
Mai	98,8	93,9	98,0	93,7
Juni	109,8	103,8	100,6	95,7
Juli	106,7	100,3	102,7	97,2
August	95,2	88,8	90,4	85,2
September	108,4	101,0	108,4	102,0
Oktober	111,5	104,0	111,5	104,6
November	108,7	101,3	107,0	100,2
Dezember	107,3	99,8	107,3	100,0
1982				
Januar	105,4	96,8	100,1	92,2
Februar	103,6	94,8	104,8	96,1
März	120,6	110,1	123,9	113,0
April	106,4	96,6	106,3	96,5
Mai	103,0	93,5	97,3	88,2
Juni	115,8	104,8	102,9	93,3
Juli	102,7	92,6	95,8	86,7
August	96,8	87,2	88,1	79,7
September	99,0	88,9	102,2	92,3
Oktober	99,6	89,4	101,3	91,6
November	102,8	92,2	105,7	95,6
Dezember	111,1	99,8	112,4	101,7
1983				
Januar	118,9	106,6	109,5	98,8
Februar	95,2	85,5	101,4	91,4
März	113,5	102,2	120,9	108,7
April	99,8	89,4	101,9	91,5
Mai	105,8	94,6	102,0	91,3
Juni	109,2	97,4	107,2	95,9
Juli	99,9	89,0	95,8	85,6
August	94,3	83,5	96,5	86,0
September	107,6	95,0	113,6	101,0
Oktober	105,9	93,4	113,8	101,0
November	104,8	92,3	116,8	103,5
Dezember	104,3	91,6	115,5	102,1
1984				
Januar	106,8	93,3	117,2	103,1
Februar	116,6	101,6	122,8	107,6
März	120,5	104,8	130,7	114,1
April	106,5	92,3	113,8	99,0
Mai	112,1	96,9	119,1	103,4
Juni	107,3	92,8	104,4	90,5
Juli	109,2	94,3	111,9	96,8
August	98,8	85,3	108,1	93,4
September	104,3	89,6	117,9	101,6
Oktober	121,9	104,3	133,0	114,3
November	111,1	95,0	123,8	106,3
Dezember	99,6	85,1	115,9	99,4
1985				
Januar	114,8	97,5	129,4	110,4
Februar	110,5	93,4	126,4	107,5
März	120,2	101,3	138,7	117,5
April	116,7	98,2	129,9	109,5
Mai	116,3	97,7	126,6	106,5
Juni	114,4	96,3	120,2	101,1
Juli	125,4	105,6	128,2	107,6
August	100,6	84,9	112,5	94,5
September	110,9	93,5	128,2	107,7
Oktober	122,6	103,7	141,1	118,7
November	113,4	96,0	129,8	109,4
Dezember	100,0	85,0	122,1	102,9
1986				
Januar	119,7	101,8	131,2	110,3
Februar	112,1	95,8	130,3	109,5
März	114,5	98,2	131,5	110,6 ^p
April	119,0 ^p	102,2 ^p	139,1 ^p	

Auslandsmarkt bestimmt Nachfrageentwicklung

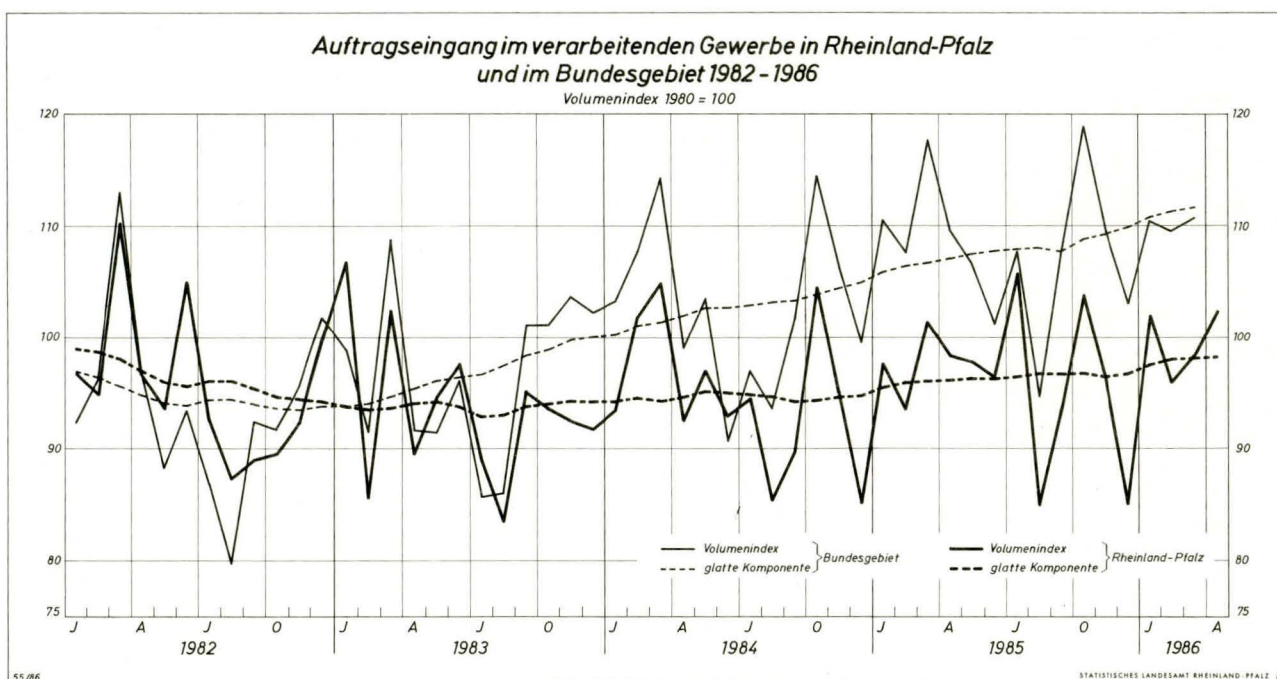
In der Entwicklung der Auftragseingänge der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes der letzten fünf Jahre spiegelt sich die allgemeine Konjunkturlage wider. Nach einem deutlichen Anstieg im Jahre 1981 stagnierten die Bestellungen bzw. gingen sogar in den beiden folgenden Flautejahren leicht zurück. In den Jahren 1984 und 1985 wies die Nachfrage wieder eine deutlich steigende Tendenz auf. Im Jahre 1982 wurde das Ergebnis der Auftragseingänge vom Investitionsgüter und vom Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe beeinflusst, die beide eine rückläufige Auftragsentwicklung aufwiesen, während sich beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe das Wachstum des Vorjahres abgeschwächt fortsetzte. Der Rückgang der Auftragseingänge von 1983 war dagegen ausschließlich durch den Investitionsgüterbereich und hier insbesondere vom Straßenfahrzeugbau bedingt. In den folgenden beiden Jahren waren Auftragssteigerungen in allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes festzustellen.

Die Richtung der Entwicklung der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe wurde vom Auslandsmarkt bestimmt, der 1985 einen Anteil an den Bestellungen bei der rheinland-pfälzischen Industrie von 39,1 % hatte. An den Auslandsbestellungen waren wiederum die chemische Industrie, der Maschinenbau einschließlich ADV und der Straßenfahrzeugbau mit mehr als drei Viertel beteiligt. Der ungewöhnlich starke Anstieg von 21 % im Jahre 1981 wurde in den beiden folgenden Jahren durch Rückgänge von 1 bzw. 6,2 % teilweise kompensiert. In den Jahren 1984 und 1985 folgte eine Expansion, die in einem Auftragseingangswert gipfelte, der noch deutlich über dem hohen Stand von 1981 lag. Die Inlandsauftragseingänge schwächten in den Jahren 1981 bis 1983 durch einen entgegengesetzten Verlauf die starken Ausschläge der Auslandsauftragseingänge erheblich ab. In den beiden jüngsten Jahren wiesen beide Komponenten jedoch einen gleichgerichteten Verlauf auf.

Im Juli 1983 konjunkturelle Talsohle durchschritten

Genauer als die Jahresergebnisse geben die Monatszahlen den Konjunkturverlauf und damit die Wendepunkte der Konjunktur wieder. Beiden Zeitreihen haftet jedoch der Mangel an, daß ihr Verlauf von der Preisentwicklung überlagert ist. Das bedeutet, daß bei Preissteigerungen ein Rückgang der Nachfrage abgeschwächt, ein Anstieg jedoch überhöht dargestellt wird. Ein Vergleich des Wertindex mit dem preisbereinigten Volumenindex in den Jahren 1982 bis 1985 zeigt ein deutliches Auseinanderdriften der beiden Zeitreihen. Lag im Januar 1982 der Wertindex des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe um 8,6 Punkte über dem Volumenindex, betrug der Abstand im Juli 1985 mit 19,8 Punkten bereits mehr als das Doppelte. In den darauf folgenden Monaten setzte sich die Tendenz jedoch nicht fort, was auf eine Abschwächung der Preisentwicklung hinweist. So ist die Spanne zwischen dem Wertindex und dem Volumenindex im März 1986 wieder auf 16,3 Punkte geschrumpft.

Die Entwicklung des Wertindex sowie diejenige des Volumennindex, die im folgenden näher betrachtet werden soll, werden sehr stark von jährlich wiederkehrenden saisonalen und zufälligen Schwankungen bestimmt, die das Erkennen des Konjunkturverlaufs erheblich erschweren. Hierfür eignet sich besser die sogenannte glatte Komponente, die sich aus dem gleitenden Zwölf-Monats-Durchschnitt errechnen läßt. Danach erreichte die 1982/83 beobachtete Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz nach zwei vorläufigen Tiefpunkten im Juni 1982 und im Februar 1983 im Juli 1983 mit einem Auftragseingangswert von 92,8 den unteren Wendepunkt. In den folgenden Monaten erhöhte sich die Nachfrage mit geringen Ausnahmen bis Mai 1984, als sie mit einem Index von 95 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Danach setzte wieder eine kurze rückläufige Phase ein, die jedoch bereits im September desselben Jahres (94,1) endete. Ab Oktober 1984 scheint sich die kon-



Auftragseingang und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe (fachliche Betriebsteile) 1980 – 1985
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

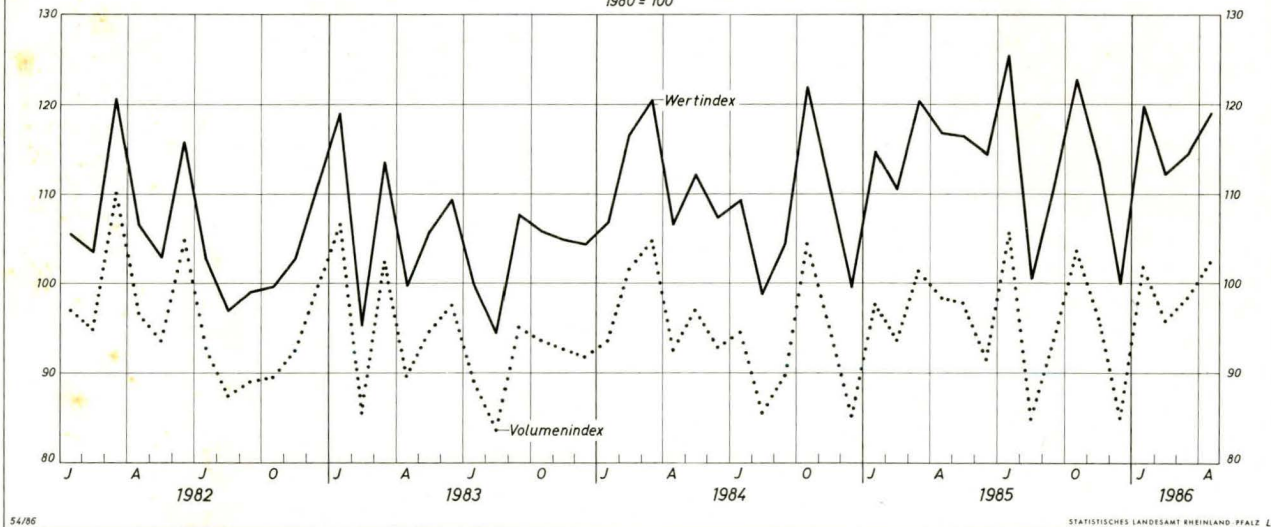
Wirtschaftszweig	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Index 1980 = 100						
Auftragseingang						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	100,0	107,6	108,4	117,3	126,1	133,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	100,0	99,4	96,0	99,9	100,3	93,9
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	100,0	97,4	98,2	109,5	110,0	121,1
Gießereien	100,0	101,2	92,3	84,7	93,7	102,3
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	100,0	100,4	135,3	152,0	167,4	173,8
Chemische Industrie	100,0	109,9	112,4	126,5	143,3	152,7
Holzbearbeitung	100,0	90,2	72,3	66,2	66,3	69,7
Zellstoff-, Holzschnitz-, Papier- und Pappeherzeugung	100,0	111,5	120,8	140,5	137,9	155,2
Gummiverarbeitung	100,0	118,7	106,8	108,8	108,9	119,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	105,6	105,5	93,3	93,6	94,6
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	100,0	93,7	95,8	95,0	98,5	102,6
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	100,0	88,8	89,1	78,4	80,7	90,9
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	100,0	118,8	116,2	94,8	90,5	84,1
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	100,0	80,9	86,9	65,5	64,1	44,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100,0	103,7	114,2	127,3	142,5	151,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	100,0	103,7	101,5	103,3	108,2	117,3
Stahlverformung	100,0	105,3	115,5	118,0	124,4	139,6
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	100,0	101,5	103,9	110,4	116,1	115,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	101,5	99,7	104,6	109,8	114,9
Feinkeramik	100,0	101,2	99,4	101,8	104,0	100,7
Herstellung und Verarbeitung von Glas	100,0	105,1	108,0	115,4	121,0	128,6
Holzverarbeitung	100,0	91,1	85,8	88,8	91,2	91,2
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren usw.;						
Edelsteingewerbe	100,0	109,0	100,1	118,3	135,5	133,6
Papier- und Pappeherarbeitung	100,0	113,4	116,6	115,8	124,6	137,6
Druckereien, Vervielfältigung	100,0	103,7	104,6	102,7	109,4	114,9
Herstellung von Kunststoffwaren	100,0	100,9	100,9	107,5	115,1	117,6
Lederherzeugung	100,0	132,6	154,4	169,4	171,1	172,9
Lederherarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	100,0	98,2	90,3	85,8	88,9	93,4
Herstellung von Schuhen	100,0	99,2	95,4	105,8	104,7	112,2
Textilgewerbe	100,0	106,9	101,3	106,9	118,5	121,7
Bekleidungsgewerbe	100,0	100,6	95,1	99,3	101,0	122,2
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)	100,0	105,6	105,6	104,9	109,6	113,8
Umsatz						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	100,0	107,7	106,8	112,5	122,3	128,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	100,0	99,1	97,7	100,5	102,8	99,9
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	100,0	100,2	98,0	106,2	116,1	120,8
Gießereien	100,0	97,8	95,4	85,9	88,6	96,4
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	100,0	96,0	132,5	141,5	153,8	170,7
Chemische Industrie	100,0	110,0	109,7	119,9	136,5	144,2
Holzbearbeitung	100,0	90,7	73,8	66,4	68,1	73,5
Zellstoff-, Holzschnitz-, Papier- und Pappeherzeugung	100,0	112,7	118,8	125,1	136,2	150,6
Gummiverarbeitung	100,0	117,9	106,6	109,0	108,3	120,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	110,6	109,7	103,6	98,4	104,5
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	100,0	107,3	103,0	109,8	100,0	95,6
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	100,0	105,2	102,6	95,9	96,6	103,9
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	100,0	116,2	113,8	101,9	90,7	95,5
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	100,0	100,3	120,5	80,6	79,6	59,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100,0	115,0	121,9	141,5	140,0	156,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	100,0	102,7	98,4	98,6	104,6	113,6
Stahlverformung	100,0	97,2	107,7	102,6	108,6	117,8
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	100,0	104,0	107,4	110,3	110,7	117,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	99,8	99,3	102,2	107,8	112,9
Feinkeramik	100,0	103,4	100,5	104,3	105,3	98,7
Herstellung und Verarbeitung von Glas	100,0	96,4	97,2	99,3	104,3	114,6
Holzverarbeitung	100,0	90,5	86,6	91,4	92,8	89,5
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren usw.;						
Edelsteingewerbe	100,0	98,8	95,8	113,1	127,6	124,9
Papier- und Pappeherarbeitung	100,0	110,4	112,0	109,3	116,1	129,5
Druckereien, Vervielfältigung	100,0	103,2	107,0	104,0	111,2	118,4
Herstellung von Kunststoffwaren	100,0	99,3	99,6	104,3	111,7	115,5
Lederherzeugung	100,0	116,7	127,5	148,0	140,1	149,0
Lederherarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	100,0	104,9	94,3	93,7	97,9	106,4
Herstellung von Schuhen	100,0	99,6	101,3	104,1	110,9	117,0
Textilgewerbe	100,0	106,3	101,5	105,9	113,4	119,3
Bekleidungsgewerbe	100,0	96,9	94,5	95,9	98,8	114,7
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)	100,0	107,3	106,4	107,0	110,2	116,1

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (fachliche Betriebsteile) aus dem In- und Ausland 1980 – 1985
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Index 1980 = 100						
Inland						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	100,0	102,8	102,1	107,3	110,6	116,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	100,0	97,3	93,4	97,9	97,5	88,6
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	100,0	98,4	98,6	107,3	110,4	117,6
Gießereien	100,0	99,0	89,7	88,4	94,6	102,2
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	100,0	95,6	113,6	135,2	140,2	145,8
Chemische Industrie	100,0	102,8	103,2	114,3	125,6	136,1
Holzbearbeitung	100,0	91,2	73,6	70,2	69,1	68,5
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	100,0	102,8	115,7	132,5	122,0	133,0
Gummiverarbeitung	100,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	89,8	94,6	94,7	98,6	99,6
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	100,0	.	.	.	100,9	102,6
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	100,0	78,6	77,3	68,4	65,4	71,4
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	100,0	89,8	99,3	101,8	109,1	104,9
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	100,0	89,8	99,3	101,8	109,1	104,9
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100,0	104,8	116,4	129,7	140,2	146,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	100,0	101,2	99,1	99,2	101,7	106,7
Stahlverformung	100,0	.	.	.	122,8	138,9
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	100,0	99,6	101,8	106,5	111,8	109,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	99,2	95,3	99,7	102,6	105,3
Feinkeramik	100,0	100,8	101,3	106,4	108,1	100,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	100,0
Holzverarbeitung	100,0	90,0	82,3	84,5	85,6	84,3
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren usw.; Edelsteingewerbe	100,0	98,4	95,8	115,5	125,8	120,4
Papier- und Pappeverarbeitung	100,0	111,1	111,3	108,7	116,7	127,7
Druckereien, Vervielfältigung	100,0
Herstellung von Kunststoffwaren	100,0	98,1	95,8	101,6	105,9	103,6
Ledererzeugung	100,0	108,4	107,6	154,8	153,8	168,2
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	100,0	96,4	87,1	84,3	86,5	91,0
Herstellung von Schuhen	100,0	98,2	92,8	101,3	100,1	100,8
Textilgewerbe	100,0	99,5	85,1	92,6	98,6	103,6
Bekleidungsgewerbe	100,0	99,2	95,4	98,9	98,2	114,6
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)	100,0	97,1	97,7	100,8	104,2	107,5
Ausland						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	100,0	115,6	119,0	134,1	152,2	162,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	100,0	111,0	110,1	111,2	116,1	123,3
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	100,0	95,6	97,7	113,2	109,4	126,7
Gießereien	100,0	111,2	104,1	67,4	89,6	102,6
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	100,0	136,6	299,6	279,4	372,8	385,7
Chemische Industrie	100,0	117,9	123,0	140,4	163,4	171,7
Holzbearbeitung	100,0	86,1	66,9	49,4	54,7	74,4
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	100,0	134,9	134,8	162,3	180,6	215,2
Gummiverarbeitung	100,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	126,5	119,9	91,4	87,1	88,1
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	100,0	.	.	.	51,9	102,9
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	100,0	101,6	103,9	90,9	99,9	115,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	100,0	142,5	129,8	87,8	73,6	65,1
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	100,0	142,5	129,8	87,8	73,6	65,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100,0	99,2	105,2	117,6	151,8	172,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	100,0	114,8	111,9	121,7	137,0	164,3
Stahlverformung	100,0	.	.	.	136,9	145,2
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	100,0	109,6	112,6	126,7	134,4	141,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100,0	115,2	124,8	132,9	151,4	170,8
Feinkeramik	100,0	102,2	94,9	91,1	94,4	100,3
Herstellung und Verarbeitung von Glas	100,0
Holzverarbeitung	100,0	103,8	125,0	135,9	152,7	166,5
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren usw.; Edelsteingewerbe	100,0	131,0	108,8	124,1	155,6	161,0
Papier- und Pappeverarbeitung	100,0	156,1	215,9	247,8	272,5	322,0
Druckereien, Vervielfältigung	100,0
Herstellung von Kunststoffwaren	100,0	112,2	121,6	131,7	152,4	174,4
Ledererzeugung	100,0	289,2	457,8	263,8	283,6	203,3
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	100,0	113,6	118,9	99,5	110,0	114,8
Herstellung von Schuhen	100,0	108,6	118,6	146,8	146,5	215,5
Textilgewerbe	100,0	133,3	158,2	157,7	188,7	185,8
Bekleidungsgewerbe	100,0	112,1	92,8	102,8	123,4	183,3
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe)	100,0	121,1	119,9	112,4	119,2	125,4

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe 1982 – 1986

1980 = 100



junkturelle Erholung endgültig durchgesetzt zu haben, wenn sie auch mit unterschiedlicher Intensität abließ. So setzte jeweils zur Jahreswende 1984/85 und 1985/86 eine verstärkte Wachstumsphase ein, während sich die Auftragseingänge in der Zwischenzeit nur sehr langsam erhöhten. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die glatte Komponente wegen der beim Zwölf-Monats-Durchschnitt fehlenden Randwerte ab November 1985 geschätzt werden mußte.

Abweichend vom rheinland-pfälzischen Auftragseingangsindex erreichte der Bundesindex bereits acht

Monate früher, nämlich im November 1982 die konjunkturelle Talsohle. Während sich der Bundesindex vor dem Wendepunkt noch unterhalb des rheinland-pfälzischen Index bewegte, lag er ab Februar 1983 über dem Rheinland-Pfalz-Index und stieg in den folgenden Monaten mit deutlich höheren Zuwachsraten an, wodurch sich der Abstand zwischen beiden Indizes ständig vergrößerte. Seit Dezember 1985 ist in Rheinland-Pfalz wieder ein Wachstum der Auftragseingänge zu beobachten, das weitgehend dem Bundesdurchschnitt entspricht.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1984

Zur Bestandsaufnahme der gesamten Arbeitskosten (Personalkosten und Personalnebenkosten) wurde für 1984 eine Arbeitskostenerhebung von der EG angeordnet und 1985 durchgeführt. Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EWG) Nr. 3149/83 des Rates vom 4. November 1983 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe. Über die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe wurde bereits berichtet¹⁾. Im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe wurden in Rheinland-Pfalz 739 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten befragt. Der Auswahlsatz im Dienstleistungsbereich betrug 26%. Zuvor hatten Arbeitskostenerhebungen im Dienstleistungsbereich in den Jahren 1970, 1974, 1978 und 1981 stattgefunden. Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebungen im Dienstleistungsbereich sind seit 1978 uneingeschränkt vergleichbar, längerfristige Vergleiche sind nur für zusammengefaßte Aufwandsarten möglich.

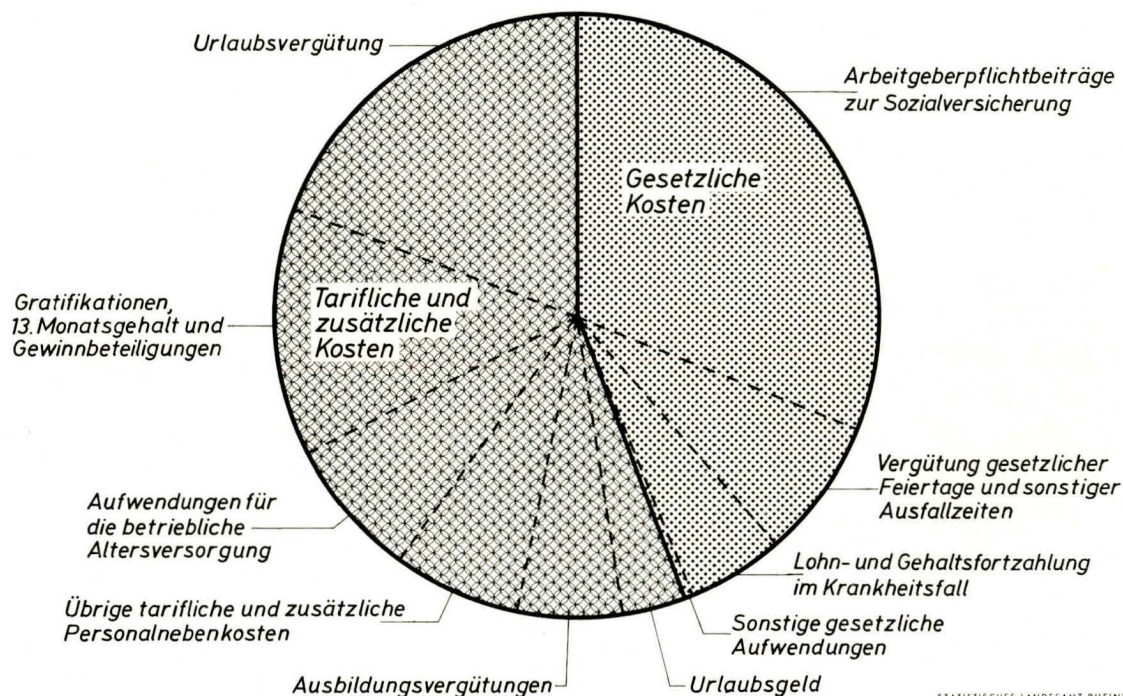
1) A. Wachweger: Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1984. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 39, Heft 6, Juni 1986.

Die Erhebung ergänzt die laufenden Verdiensterhebungen, mit denen die Bruttolöhne und -gehälter erfaßt werden, durch Zahlenmaterial über Art und Umfang der gesamten Arbeitskosten, insbesondere der Personalnebenkosten. Da wegen der geringen Zahl der in die Erhebung einbezogenen Versicherungsunternehmen aus Gründen des Datenschutzes die Angaben für das Versicherungsgewerbe allein unveröffentlicht bleiben müssen, beziehen sich die folgenden Darlegungen auf den Groß- und Einzelhandel sowie zusammengefaßt auf das Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Personal- und Personalnebenkosten im Dienstleistungsbereich deutlich niedriger als im produzierenden Gewerbe

Im gesamten erfaßten Dienstleistungsbereich wurden für 1984 durchschnittliche Arbeitskosten je Arbeitnehmer von 44 800 DM ermittelt. Sie lagen um 16% niedriger als im produzierenden Gewerbe. Innerhalb des Dienstleistungsbereichs fielen im Bank- und Versicherungsgewerbe die Arbeitskosten je Arbeitnehmer mit 55 840 DM am höchsten aus. Die Kosten lagen deutlich

**Personalnebenkosten je Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel,
Bank- und Versicherungsgewerbe 1984**
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)



53/86

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

unter denen für Angestellte im produzierenden Gewerbe (70310 DM). Im Großhandel blieben sie mit 44710 DM geringfügig unter denen für Arbeiter im produzierenden Gewerbe (45610 DM) und im Einzelhandel waren sie mit 36870 DM am niedrigsten.

Auch die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitskosten entwickelte sich im untersuchten Zeitraum von 1981 bis 1984 in den einzelnen Zweigen des Dienstleistungsbereichs unterschiedlich. Während sie im Bank- und Versicherungsgewerbe mit +15% unter der des produzierenden Gewerbes (+16%) blieb, erreichte die Steigerungsrate im Großhandel +22% und im Einzelhandel +25%. Die relativ starke Erhöhung der Arbeitskosten im Handel dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß sich die strukturelle Zusammensetzung der Arbeitnehmer infolge von Rationalisierungsmaßnahmen stärker verändert hat als bei Banken, Sparkassen, sonstigen Kreditinstituten und Versicherungen.

Als Folge dieser nicht zuletzt durch den Konjunkturverlauf eingetretenen Entwicklung verringerte sich der Abstand in der Kostenbelastung zwischen dem Handel und dem Kredit- und Versicherungsgewerbe. Mit durchschnittlichen Lohn- und Gehaltszahlungen von 35600 DM im Jahre 1984 verdienten die Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich über ein Zehntel weniger als diejenigen im produzierenden Gewerbe. Die Verdienste im Bank- und Versicherungsgewerbe lagen mit durchschnittlich 42500 DM geringfügig über denen im produzierenden Gewerbe (40800 DM), während sie im Großhandel (36350 DM) und Einzelhandel (29970 DM) deutlich niedriger ausfielen.

Im Einzelhandel stiegen die Personalnebenkosten am stärksten an

Die Personalnebenkosten sind bei Banken und Versicherungen am höchsten. Sie beliefen sich im Berichtsjahr auf 26860 DM je Arbeitnehmer (+17% gegenüber 1981), im Großhandel auf 17060 DM (+24%) und im Einzelhandel auf 14050 DM (+29%). Die Anstiegsrate war im Einzelhandel am höchsten, aber auch das Entgelt für geleistete Arbeit verzeichnete mit +23% die kräftigste Zunahme. Auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit kamen somit je Arbeitnehmer zusätzlich 61,60 DM (1981: 58,60 DM) an Personalnebenkosten, hingegen auf 100 DM an Löhnen und Gehältern, die sich aus Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage zusammensetzen, nur noch 23,02 DM (1981: 22,95 DM) an weiteren Personalnebenkosten. Da das Entgelt für geleistete Arbeit nur etwas schwächer angestiegen ist als die gesamten Arbeitskosten, hat sich die relative Belastung mit Nebenkosten kaum geändert. Das Entgelt für geleistete Arbeit ist gleich dem Stundenlohn, während die Personalnebenkosten den Betrag darstellen, der hinzukommt, wenn man die Gesamtkosten der Arbeitsstunde ermitteln will.

Im Einzelhandel erhöhten sich die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde auf 20,48 DM (+34% gegenüber 1981), im Großhandel auf 24,50 DM (+23%) und im Bank- und Versicherungsgewerbe auf 31,33 DM (+15%). Die besonders starke Verteuerung der Arbeitsstunden im Einzelhandel wird insofern relativiert, als im Zeitraum 1978 bis 1981 mit +8,7% ein sehr geringer Kostenanstieg ermittelt worden war. In allen erfaßten

Zweigen des Dienstleistungsbereichs überstiegen zwar die Arbeitskosten in Großunternehmen die in Kleinunternehmen, es läßt sich jedoch, abgesehen vom Großhandel, kein kontinuierlicher Anstieg mit der Unternehmensgröße feststellen. Vor allem den großen Unternehmen des Einzelhandels dürfte es gelingen sein, durch Rationalisierung die Kostenerhöhung einzudämmen.

Die Analyse der Personalnebenkosten im Einzelhandel zeigt erneut, daß der Anteil der gesetzlichen Nebenkosten mit 50 % ebenso hoch ist wie derjenige der tariflichen und zusätzlichen. Die gesetzlichen Personalnebenkosten umfassen die Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. Letztere betreffen Aufwendungen nach dem Schwerbehindertengesetz, dem Mutterschutzgesetz und die Umlage für das Konkursausfallgeld.

Von 1981 bis 1984 verzeichneten vor allem die Sonderzahlungen, die im davorliegenden Dreijahreszeitraum nur wenig erhöht worden waren, einen überdurch-

schnittlich hohen Anstieg. Mußten für Gratifikationen, 13. Monatsgehalt und Erfolgsbeteiligungen je Arbeitnehmer im Jahre 1981 erst 794 DM aufgebracht werden, so waren es 1984 bereits 1062 DM (+ 34 %). Das Urlaubsgeld erhöhte sich um nahezu drei Fünftel, und zwar von 497 DM auf 781 DM. Damit erreichte der Anteil der Sonderzahlungen, bezogen auf das Entgelt für geleistete Arbeit, 9,2 % und näherte sich deutlich der für den Großhandel ermittelten Quote (9,9 %).

In absoluten Beträgen machen die Sonderzahlungen im Einzelhandel nur ein Drittel derjenigen im Bank- und Versicherungsgewerbe aus. Die Gründe hierfür liegen in den tarifvertraglichen Regelungen, die für das Bank- und Versicherungsgewerbe wesentlich höhere Jahressonderzahlungen, Urlaubsvergütungen und vermögenswirksame Leistungen vorsehen als für den Handel. Außerdem dürften auch übertarifliche Zahlungen bei Banken und Versicherungen häufiger erfolgen.

Im Einzelhandel läßt sich im Berichtsjahr weiterhin eine deutliche Zunahme der Aufwendungen zur Vergütung arbeitsfreier Tage beobachten, wobei vor allem die Urlaubsvergütung auf 3050 DM (+ 40 % gegenüber 1981) anstieg. Mit der aufgezeigten Entwicklung dieser

Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1984¹⁾
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)

Art der Arbeitskosten	Insgesamt		Großhandel		Einzelhandel		Bank- und Versicherungsgewerbe	
	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾
Entgelt für geleistete Arbeit	26 130	100,0	27 654	100,0	22 813	100,0	28 978	100,0
Personalnebenkosten insgesamt ³⁾	18 668	71,4	17 058	61,7	14 053	61,6	26 864	92,7
dar.: Gesetzliche Personalnebenkosten ³⁾	8 263	31,6	8 446	30,5	7 038	30,9	9 745	33,6
Sonderzahlungen	3 515	13,5	2 737	9,9	2 097	9,2	6 356	21,9
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Erfolgsbeteiligungen u.ä.	2 490	9,5	1 649	6,0	1 062	4,7	5 415	18,7
Urlaubsgeld	675	2,6	677	2,4	781	3,4	528	1,8
Vermögenswirksame Leistungen	350	1,3	411	1,5	253	1,1	414	1,4
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 959	22,8	5 962	21,6	5 056	22,2	7 201	24,9
Urlaubsvergütung	3 559	13,6	3 592	13,0	3 051	13,4	4 224	14,6
Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	988	3,8	960	3,5	945	4,1	1 080	3,7
Zusätzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	20	0,1	8	0,0	2	0,0	59	0,2
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 391	5,3	1 402	5,1	1 057	4,6	1 839	6,3
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	7 199	27,6	6 977	25,2	5 216	22,9	10 189	35,2
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 820	22,3	6 043	21,9	4 977	21,8	6 731	23,2
Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge	5 542	21,2	5 678	20,5	4 705	20,6	6 543	22,6
Unfallversicherungsbeiträge	278	1,1	364	1,3	272	1,2	187	0,6
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	1 364	5,2	908	3,3	237	1,0	3 437	11,9
dar.: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁴⁾	542	2,1	432	1,6	120	0,5	1 248	4,3
Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen	15	0,1	27	0,1	1	0,0	22	0,1
Sonstige Personalnebenkosten	1 995	7,6	1 382	5,0	1 685	7,4	3 117	10,8
Entlassungsschädigungen	93	0,4	141	0,5	74	0,3	64	0,2
Sonstige gesetzliche Aufwendungen ⁵⁾	63	0,2	41	0,1	58	0,3	96	0,3
Familienunterstützungen	167	0,6	12	0,0	10	0,0	558	1,9
Wohnungsfürsorge	21	0,1	3	0,0	1	0,0	70	0,2
Beihilfen im Krankheitsfall	33	0,1	0	0,0	1	0,0	115	0,4
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u.ä. ⁶⁾	107	0,4	138	0,5	38	0,2	167	0,6
Naturalleistungen	27	0,1	15	0,1	10	0,0	63	0,2
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen	42	0,2	33	0,1	19	0,1	85	0,3
Ausbildungsvergütungen	1 042	4,0	742	2,7	1 183	5,2	1 190	4,1
Sonstige Aufwendungen für die berufl. Aus- und Weiterbildung	319	1,2	187	0,7	257	1,1	554	1,9
Sonstige Zuwendungen	81	0,3	71	0,3	35	0,2	157	0,5
Arbeitskosten insgesamt	44 798	171,4	44 711	161,7	36 866	161,6	55 842	192,7
dar.: Löhne und Gehälter ⁷⁾	35 604	136,3	36 353	131,5	29 966	131,4	42 536	146,8

1) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende. — 2) Des Entgelts für geleistete Arbeit. — 3) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. — 4) Differenz der Pensionsrückstellungen nach § 6 A Estg am 31. 12. und 1. 1. 1984. — 5) Nach dem Schwerbehindertengesetz, Mutterschutzgesetz, Umlage für das Konkursausfallgeld u.ä. — 6) Ohne Ersatz betriebsbedingter Aufwendungen. — 7) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Handel, Bank- und Versicherungsgewerbe 1981 und 1984¹⁾
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)

Art der Arbeitskosten	Groß- und Einzelhandel			Bank- und Versicherungsgewerbe		
	1981	1984	Veränderung	1981	1984	Veränderung
	DM	DM	%	DM	DM	%
Entgelt für geleistete Arbeit	20 693	24 997	20,8	25 811	28 978	12,3
Personalnebenkosten insgesamt	12 321	15 409	25,1	22 979	26 864	16,9
dar.: Gesetzliche Personalnebenkosten ²⁾	6 198	7 673	23,8	8 585	9 745	13,5
Sonderzahlungen	1 963	2 385	21,5	5 386	6 356	18,0
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Erfolgsbeteiligungen u.ä.	1 148	1 327	15,6	4 459	5 415	21,4
Urlaubsgeld	508	734	44,5	492	528	7,3
Vermögenswirksame Leistungen	307	324	5,5	436	414	-5,0
Vergütung arbeitsfreier Tage	4 204	5 465	30,0	6 650	7 201	8,3
Urlaubsvergütung	2 391	3 295	37,8	3 656	4 224	15,5
Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	776	952	22,7	1 223	1 080	-11,7
Zusätzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	6	5	-16,7	42	59	40,5
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 032	1 213	17,5	1 729	1 839	6,4
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	4 810	6 010	24,9	8 399	10 189	21,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4 345	5 458	25,6	5 550	6 731	21,3
Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge	4 079	5 144	26,1	5 389	6 543	21,4
Unfallversicherungsbeiträge	265	314	18,5	161	187	16,1
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	459	540	17,6	2 825	3 437	21,7
dar.: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ³⁾	243	261	7,4	968	1 248	28,9
Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen	7	13	85,7	24	22	-8,3
Sonstige Personalnebenkosten	1 343	1 548	15,3	2 544	3 117	22,5
Entlassungsentschädigungen	37	104	181,1	56	64	14,3
Sonstige gesetzliche Aufwendungen ⁴⁾	46	50	8,7	83	96	15,7
Familienunterstützungen	13	11	-15,4	541	558	3,1
Wohnungsfürsorge	1	2	100,0	55	70	27,3
Beihilfen im Krankheitsfall	0	1	-	140	115	-17,9
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u.ä. ⁵⁾	88	83	-5,7	169	167	-1,2
Naturalleistungen	20	12	-40,0	55	63	14,5
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen	24	25	4,2	76	85	11,8
Ausbildungsvergütungen	926	984	6,3	945	1 190	25,9
Sonstige Aufwendungen für die berufl. Aus- und Weiterbildung	143	225	57,3	275	554	101,5
Sonstige Zuwendungen	45	51	13,3	150	157	4,7
Arbeitskosten insgesamt	33 013	40 406	22,4	48 790	55 842	14,5
dar.: Löhne und Gehälter ⁶⁾	26 860	32 847	22,3	37 846	42 536	12,4

1) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende. — 2) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. — 3) Differenz der Pensionsrückstellungen nach § 6 A Estg am 31. 12. und 1. 1. 1984. — 4) Nach dem Schwerbehindertengesetz, Mutterschutzgesetz, Umlage für das Konkursausfallgeld u.ä. — 5) Ohne Ersatz betriebsbedingter Aufwendungen. — 6) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

Personalnebenkosten verringerte sich der Abstand zu den höheren Aufwendungen im produzierenden Gewerbe sowie bei Banken und Versicherungen. Unter den Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen verzeichneten die Nettozuführungen zu den Pensionsrückstellungen eine erhebliche Zunahme, für die im Berichtsjahr je Arbeitnehmer 120 DM (+ 69%) bereitgestellt wurden. Unter den sonstigen Nebenkosten konnten die höchsten Steigerungsraten für Entlassungsentschädigungen, die je Arbeitnehmer auf 74 DM (+ 393%) zunahmen und die sonstigen Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, für die durchschnittlich 257 DM (+ 47%) ermittelt wurden, beobachtet werden.

Im Großhandel deutlicher Anstieg der Urlaubsvergütung und des Urlaubsgeldes

Im Großhandel kamen im Berichtsjahr auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeitnehmer zusätzlich 61,70 DM (1981: 60,40 DM) an Personalnebenkosten hinzu und auf 100 DM an Löhnen und Gehältern zusätzlich 22,99 DM (1981: 22,90 DM) an weiteren Personalnebenkosten. Anders als im Einzelhandel sowie bei Banken und Versicherungen zeigt im Großhandel die Auf-

gliederung der durchschnittlichen Arbeitskosten nach Betriebsgrößenklassen einen kontinuierlichen Anstieg zu den größeren Unternehmen. Beliefen sich in Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten die Arbeitskosten auf 42 500 DM und die Personalnebenkosten auf 15 540 DM je Arbeitnehmer, so waren es in Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten schon 48 700 DM bzw. 18 530 DM und in solchen mit 200 bis 499 Beschäftigten 49 230 DM bzw. 20 700 DM. In den größeren Unternehmen des Großhandels erhöhten sich vor allem die Beträge für Sonderzahlungen und Vorsorgeeinrichtungen. Dies trifft meist auch für die Großunternehmen der anderen Wirtschaftszweige zu. Wurden hierfür in Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten erst 2 370 bzw. 6 330 DM ermittelt, so waren es in Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten bereits 3 570 bzw. 9 070 DM. Während die gesetzlichen Personalnebenkosten in den großen Unternehmen nur geringfügig höher waren, stiegen die tariflichen und zusätzlichen Nebenkosten nennenswert an.

Ein Vergleich der Personalnebenkosten im Groß- und im Einzelhandel zeigt, daß im Großhandel die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung mit durchschnittlich 910 DM erheblich höher ausfielen. Dagegen mußte im Einzelhandel mit 1 180 DM deutlich mehr für

**Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe
nach Unternehmensgrößenklassen 1981 und 1984**

Wirtschaftszweig	Insgesamt		Unternehmen mit ... Arbeitnehmern ¹⁾											
			10—49		50 und mehr		50—99		100—199		200—499		500—999	
	1981	1984	1981	1984	1981	1984	1981	1984	1981	1984	1981	1984	1981	1984
Großhandel	19,89	24,50	18,11	23,17	21,72	25,72	20,99	26,84	.	.	23,18	27,18	.	.
Einzelhandel	15,30	20,48	14,14	19,38	16,89	21,26	15,49	21,92	.	.	16,50	20,55	19,45	23,76
Bank- und Versicherungsgewerbe	27,21	31,33	24,17	28,75	27,61	31,64	24,58	30,56	25,38	29,15	25,92	30,08	.	.
Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe	19,97	24,85	16,47	21,90	22,66	26,43	20,85	26,62	20,39	24,60	22,66	26,46	21,74	25,27

1) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende.

Ausbildungsvergütungen bereitgestellt werden. Ebenso wie der Einzelhandel verzeichnete auch der Großhandel hohe Zuwachsraten bei Urlaubsvergütung und Urlaubsgeld. Von 1981 bis 1984 erhöhte sich die Urlaubsvergütung je Arbeitnehmer um 38 % auf 3 590 DM und das Urlaubsgeld um 30 % auf 680 DM, wobei strukturelle Verschiebungen in der Zusammensetzung der Beschäftigten das Ergebnis beeinflusst haben dürften. Als bedeutendste gesetzliche Personalnebenkosten mußten durchschnittlich aufgewendet werden für Sozialversicherungsbeiträge 6 040 DM (+ 24 % gegenüber 1981), Vergütung gesetzlicher Feiertage einschließlich sonstiger Ausfallzeiten 1 400 DM (+ 24 %) und für gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit 960 DM (+ 15 %).

Bei Banken und Versicherungen hohe Aufwendungen für Sonderzahlungen und betriebliche Altersversorgung

Bei Banken, Sparkassen, sonstigen Kreditinstituten und den Versicherungen verzeichneten die durchschnittlichen Personalnebenkosten, die schon 1981 mit Abstand die höchsten in allen erfaßten Zweigen des Dienstleistungsbereichs waren, im Dreijahreszeitraum bis 1984 einen weiteren Anstieg um fast 17 % auf 26 860 DM. Er fiel damit erheblich geringer aus als im Einzel- und Großhandel und blieb auch unter der Zuwachsrate im produzierenden Gewerbe. Verursacht wurde der relativ geringe Kostenanstieg vorwiegend dadurch, daß

zur Entwicklung im Handel, nur noch eine Zunahme um gut 15 bzw. 7 % errechnet wurde. Hinzu kommt, daß für die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, die sich im Handel ebenfalls stark erhöhte, eine Kostenreduzierung um nicht weniger als 12 % auf 1 080 DM je Arbeitnehmer eintrat und die vermögenswirksamen Leistungen auf 414 DM eingeschränkt wurden. Erheblich höhere Beträge verzeichneten bei Banken und Versicherungen die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung mit 3 440 DM (+ 22 % gegenüber 1981) sowie die Ausbildungsvergütungen mit 1 190 DM (+ 26 %) und die sonstigen Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung mit 550 DM (+ 102 %).

Allgemein läßt sich feststellen, daß die Sonderzahlungen und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung die wichtigsten Positionen sind, die zur Differenzierung der Personalnebenkosten zwischen den Wirtschaftszweigen beitragen. Die durchschnittlichen Personalnebenkosten im Bank- und Versicherungsgewerbe setzten sich im Berichtsjahr zusammen aus Sonderzahlungen 6 360 DM (24 %), Vergütung arbeitsfreier Tage 7 200 DM (27 %), Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen 10 190 DM (38 %) und sonstige Personalnebenkosten 3 120 DM (11 %). Anders als im Handel überwiegen bei Banken und Versicherungen die tariflichen und zusätzlichen Nebenkosten. Im Berichtsjahr hat sich die Relation der tariflichen und zusätzlichen Nebenkosten zu den gesetzlichen leicht zugunsten der ersteren verschoben (64 % : 36 %).

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

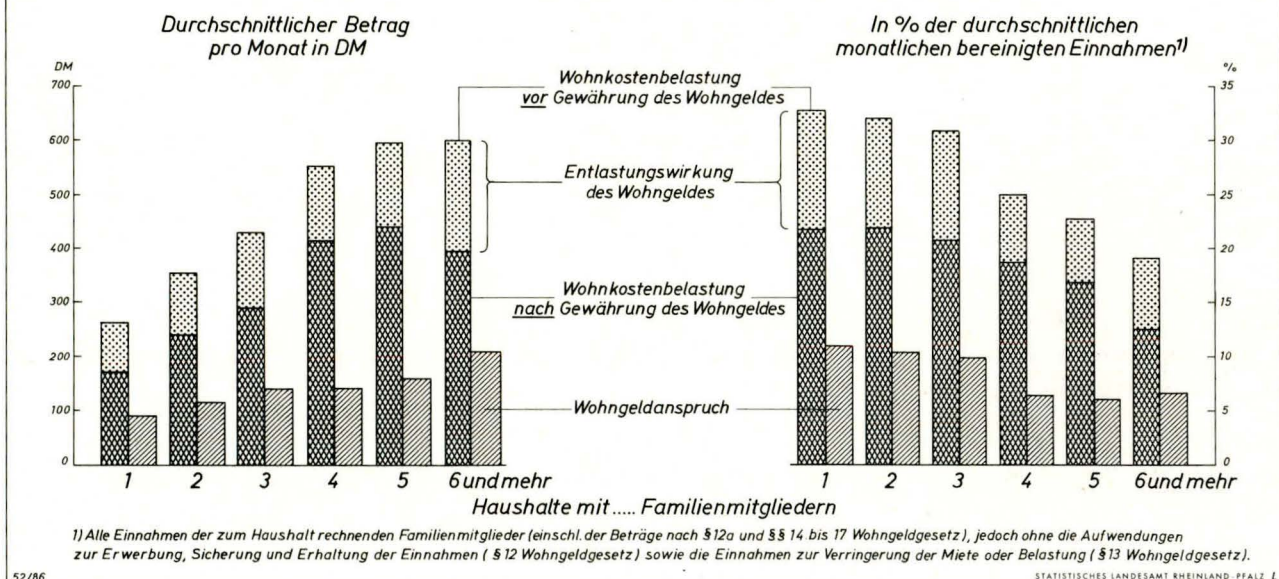
Wohngeld und Wohngeldempfänger 1985

Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuß zu den Aufwendungen für Wohnraum. Sind die Voraussetzungen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, besteht ein Rechtsanspruch auf Zahlung des Wohngeldes. Hierdurch sollen soziale Härten bei finanziell weniger günstig gestellten Bevölkerungsschichten verhindert oder gemildert und den anspruchsberechtigten Haushalten eine angemessene familiengerechte Wohnung

zu einer für sie tragbaren Belastung gesichert werden. Diese Aufgabe ist nur dann zu erfüllen, wenn die Wohngeldbezieher bei gleichbleibenden persönlichen Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der durch das Wohngeld bewirkten Entlastung ausgehen können. Daher werden die Wohngeldbeträge von Zeit zu Zeit an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt. Ohne diese Verfahrensweise würden die Wohngeldlei-

Wohngeldanspruch und Wohnkostenbelastung der Empfänger von Wohngeld 1985 nach der Haushaltsgröße

Einschließlich der rückwirkenden Bewilligungen aus dem 1. Quartal 1986



stungen sowie die Zahl der Wohngeldbezieher ständig zurückgehen. Bis Ende 1985 galt die am 1. Januar 1981 in Kraft getretene fünfte Wohngeldnovelle. Anfang des laufenden Jahres traten mit der sechsten Novelle weitere Verbesserungen ein.

fängerzahlen bis zur nächsten Wohngeldanpassung zurückgingen. Die Ausgabenentwicklung verlief parallel zu den Schwankungen der Empfängerzahlen. Normalerweise steigen die Wohngeldausgaben nach den Novellen in den ersten beiden Jahren deutlich an, danach gehen sie in der Regel zurück.

Entwicklung des Wohngeldes

Die sozialen und finanziellen Auswirkungen, die sich auf Grund der Änderungen und Anpassungen des Wohngeldgesetzes ergeben, spiegeln sich deutlich in der Wohngeldstatistik wider. In der längerfristigen Entwicklung zeigt sich, daß die Zahl der Empfänger bis Mitte der 70er Jahre stetig zugenommen hat. Einem Rückgang folgte 1978 ein erneuter Anstieg. Dieser Sachverhalt ist ebenso wie in den Jahren 1971, 1974 und 1981 auf die Wohngeldnovellen zurückzuführen. Ab dem zweiten Jahr nach den Novellen begann der Prozeß des Herauswachsens aus der Förderung, das heißt bedingt durch nominale Einkommenserhöhungen überschritten die Wohngeldbezieher die gesetzlich vorgesehenen Höchstbeträge. Dies führte dazu, daß die Emp-

Methodische Umstellung ab 1985

In der amtlichen Wohngeldstatistik wurden bis einschließlich 1984 bei der Jahresaufbereitung nur die Empfänger von Wohngeld berücksichtigt, die zum Erhebungsstichtag 31. Dezember bezugsberechtigt waren und deren Anträge bereits berechnet waren. Da die Wohngeldberechnungsstellen für die Bearbeitung der Anträge eine gewisse Zeit benötigen, wird ein Teil der zum Jahresende vorliegenden Fälle erst nach dem Erhebungsstichtag bewilligt. Diese sogenannten rückwirkenden Bewilligungen blieben in der Jahresstatistik unberücksichtigt. Hierdurch ergab sich bundesweit eine systematische Untererfassung von etwa 15%.

Empfänger von Wohngeld nach Höhe des Wohngeldes 1982 - 1985

Jahr	Ins- gesamt	Mit monatlichem Wohngeld von ... bis unter ... DM									
		unter 25	25 — 50	50 — 75	75 — 100	100 — 150	150 — 200	200 — 250	250 — 300	300 — 400	400 und mehr
	Anzahl	%									
1982	70 367	11,3	15,4	17,0	14,0	20,8	11,0	5,5	2,7	1,8	0,5
1983	62 657	5,5	17,2	18,1	15,1	22,5	11,9	5,4	2,4	1,5	0,4
1984	60 547	3,1	16,7	18,2	15,9	23,5	12,3	5,9	2,5	1,5	0,4
1984 ¹⁾	69 979	3,0	16,2	17,7	15,8	23,4	12,6	6,2	2,8	1,8	0,5
1985 ¹⁾	70 695	2,9	15,6	17,3	15,4	24,2	13,3	6,1	2,8	1,9	0,5

1) Einschl. rückwirkender Bewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres.

Durch Umstellung des Berichtssystems wurde erstmals für das Jahr 1984 neben dem bisherigen Stichtagsergebnis, das dem jährlichen Statistischen Bericht zugrunde liegt, auch das neue Verfahren durchgeführt. Da die rückwirkenden Bewilligungen nahezu vollständig innerhalb des ersten Quartals des Folgejahres anfallen, steht ein Jahresergebnis zur Verfügung, das fast die Gesamtheit aller Wohngeldempfänger beinhaltet. Die geringe Zahl der Fälle (rund 1 %), die durch spätere Berechnung nicht in der Statistik berücksichtigt werden kann, ist zu vernachlässigen. Ab 1985 werden nur noch Ergebnisse mit rückwirkenden Bewilligungen erstellt und veröffentlicht. Aus den dargelegten Gründen sind Vergleiche mit den Vorjahren nur eingeschränkt durchführbar.

70 700 Wohngeldempfänger

Einschließlich der rückwirkenden Bewilligungen aus dem ersten Quartal 1986 erhielten Ende 1985 in Rheinland-Pfalz insgesamt 70 695 Haushalte Wohngeld. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der vergleichbare Wert um 716. Die Größenordnung der rückwirkenden Bewilligungen läßt sich an dem 1984er Stichtagsergebnis aufzeigen. Am 31. Dezember 1984 wurden 60 547 Bezieher von Wohngeld ermittelt, einschließlich der nachträglichen Gewährungen waren es 69 979 oder knapp 16 % mehr.

Die in Rheinland-Pfalz ausgezahlten Wohngeldbeträge erreichten 1985 rund 105 Mill. DM, die je zur Hälfte vom Bund und Land aufgebracht wurden. Auf Mietzuschüsse entfielen 94,7 Mill. DM oder 90 %. Der Anteil der Mieter an dem gesamten Empfängerkreis lag bei 91 %.

Diese Relation blieb in den letzten Jahren nahezu konstant. Mitte und Ende der 70er Jahre errechneten sich Werte von 92 bis 94 %. Der Verlauf läßt erkennen, daß gegenüber den Ergebnissen vor rund zehn Jahren die Zahl der Wohngeld beziehenden Hausbesitzer zugenommen hat.

Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch 113 DM

Ende 1985 wurde der höchste bisher gezahlte durchschnittliche monatliche Anspruch auf Wohngeld mit 113 DM ermittelt. Ein Jahr zuvor waren es 111 DM. Im einzelnen erhielten 19 % der Bezieher weniger als 50 DM monatlich, 33 % kamen auf 50 bis 100 DM. Jedem vierten Empfänger konnte monatlich ein Betrag von 100 bis 150 DM überwiesen werden und jedem fünften 150 bis 250 DM. Insgesamt 3 663 Beziehern oder 5,2 % standen mehr als 250 DM im Monat zu.

Jeder sechste Bezieher von Wohngeld ist arbeitslos

Ein beachtlicher Wandel ist in der sozialen Struktur der Wohngeldempfänger festzustellen. Noch Mitte der 70er Jahre waren es überwiegend Rentner und Pensionäre, die in der Statistik als Bezieher ausgewiesen wurden. Ihr Anteil lag damals bei rund 70 %. Stetig verringerte sich dieser Wert bis auf 56 % im Jahre 1983. Im Rahmen der methodischen Umstellung ergab sich eine weitere Reduzierung; einschließlich der rückwirkenden Bewilligungen bringen es Rentner und Pensionäre jetzt auf Quoten von 47 (1984) bzw. 43 % (1985).

Empfänger von Wohngeld nach Ausstattung, Bezugsfertigkeit und öffentlicher Förderung der Wohnung sowie Höhe der monatlichen Miete bzw. Belastung am 31. Dezember 1985¹⁾

Ausstattung Bezugsfertigkeit Öffentliche Förderung	Ins- gesamt	Mit monatlicher Miete bzw. Belastung von			Durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung je m² DM
		unter 5 DM	5 – 7 DM	7 und mehr DM	
	Anzahl	%			DM
Insgesamt					
Empfänger von Wohngeld	70 695	39,2	37,6	23,2	5,53
davon:					
Mietzuschuß	63 923	38,4	39,1	22,5	5,53
darunter:					
Hauptmieter	60 332	39,5	40,1	20,4	5,48
Lastenzuschuß	6 772	47,2	22,7	30,1	5,57
Nach der Ausstattung der Wohnung					
Mit Sammelheizung	36 587	23,7	47,7	28,6	6,00
und mit Bad / Duschraum					
Mit sonstiger Ausstattung	23 745	63,7	28,5	7,8	4,56
Nach der Bezugsfertigkeit von Wohnraum					
Bis 20.6.1948	16 097	58,5	28,6	12,9	4,67
Nach 20.6.1948 – 1965	20 748	47,4	39,9	12,7	5,18
1966 – 1971	7 386	26,7	51,3	22,0	5,83
1972 – 1977	8 664	18,8	45,6	35,6	6,29
1978 und später	7 437	12,7	48,4	38,9	6,58
Nach der öffentlichen Förderung der Wohnung					
Nicht öffentlich gefördert	42 541	44,2	35,3	20,5	5,30
Öffentlich gefördert	17 791	28,2	51,6	20,2	5,94

1) Einschl. rückwirkender Bewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres.

Die Verschiebungen in der sozialen Struktur der Wohngeldempfänger tangierte sehr stark die Gruppe der Arbeitslosen. Insbesondere weisen die rückwirkenden Bewilligungen einen weitaus höheren Anteil arbeitsloser Wohngeldbezieher auf als die im Berichtsjahr erteilten Bewilligungen. Ausschlaggebend dürfte hierfür vor allem die saisonale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Von den jeweils rund 70 000 Beziehern zählten 1984 gut 10 600 bzw. 1985 sogar 11 800 zu dieser Gruppe. Die Anteile erhöhten sich von 15 auf zuletzt 17%. In den beiden letzten Jahren stagnierten die Anteile der Arbeiter (13%), der Beamten und Angestellten (5,1%) sowie der Selbständigen (0,6%).

In der Unterscheidung nach der Zahl der Familienmitglieder und der sozialen Stellung überrascht es nicht, daß bei den Einpersonenhaushalten mit großem Vorsprung die Rentner und Pensionäre an erster Stelle ste-

hen. Von den 30 700 Beziehern besteht in 76% der Fälle der Haushalt nur aus einer Person. Die stärkste Gruppe der Vier- bzw. Fünf- und Mehrpersonenhaushalte stellen die Beamten bzw. Arbeiter mit 59 bzw. 34%.

Jeder vierte Wohngeldempfänger lebt in einer Altbauwohnung

Aufschlußreiche Aussagen liefert eine Unterscheidung der von den Wohngeldbezieher belegten Räume hinsichtlich der Kriterien Baualter und Ausstattung. Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Wohnungsversorgung in den letzten Jahren weiter verbessert hat. Bewohnte im Jahr 1976 noch jeder Dritte eine sogenannte Altbauwohnung, die bis zur Währungsreform im Juni 1948 erbaut worden war, so sind es zehn Jahre später nur noch 27%. In den nächsten Jahren dürfte dieser landesspezifisch geprägte Wert noch verhältnismäßig hoch sein, da Rheinland-Pfalz über einen relativ hohen Altbaubestand verfügt. Die Verbesserung dieser Relation ist nicht zuletzt auf die Bautätigkeit im Lande zurückzuführen. So konnten nach 1976 insgesamt knapp 200 000 Wohnungen in Neubauten bezogen werden.

Die von Wohngeldbezieher belegten Wohnungen verfügen im allgemeinen über eine gute Ausstattung. Nur in 7,3% der Fälle haben bis 1965 errichtete Wohnungen weder eine Sammelheizung noch ein Bad oder eine Dusche. Dagegen sind in sechs von zehn Wohnungen diese Einrichtungen vorhanden.

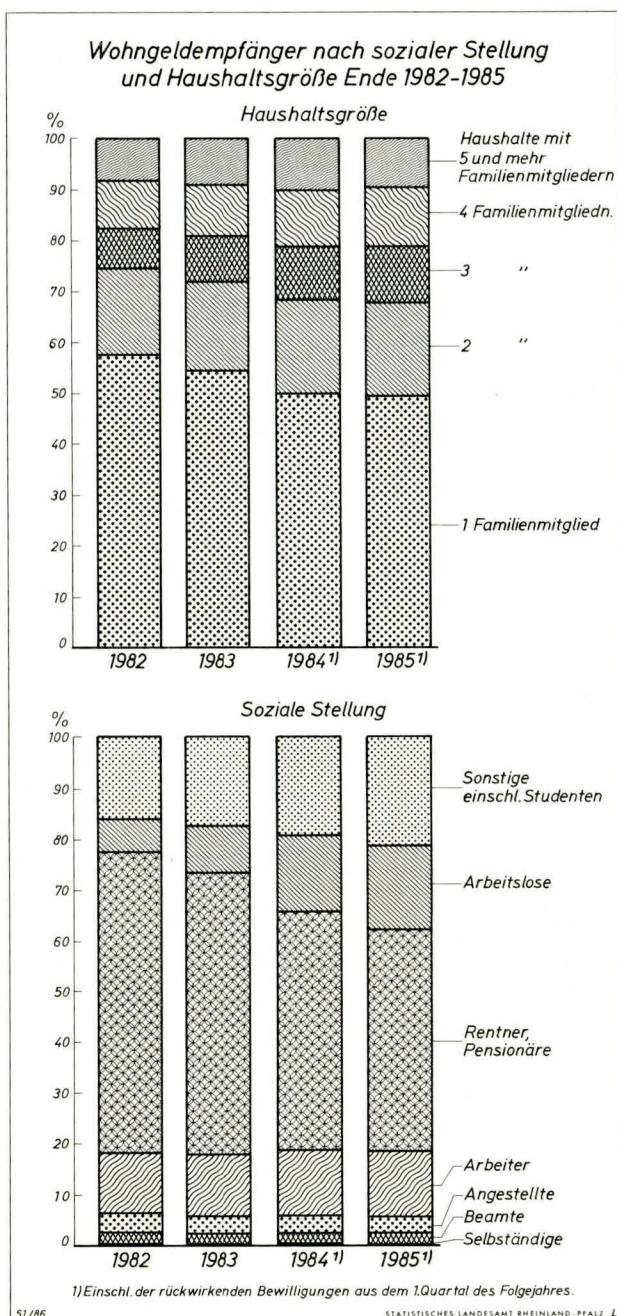
Analog dem Empfängerkreis überwiegen Wohnungen mit einer kleineren Quadratmeterzahl. Am häufigsten sind solche mit 40 bis 60 sowie 60 bis 80 m² vorhanden (30 bzw. 27%).

Mietbelastung variiert

Im Sinne des Wohngeldgesetzes ist die Miete das Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum. Bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, rechnen zur zuschufähigen Miete. Für Haus- und Wohnungsbesitzer zählen zur Belastung der Kapitaldienst wie Zinsen, Tilgung usw. sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittlichen Wohnkosten je Quadratmeter Wohnfläche der Wohngeldbezieher lagen im Dezember 1985 bei 5,53 DM. Der gleiche Wert errechnet sich für Mietzuschußempfänger. In vier von zehn Fällen lag die Miete bzw. Belastung unter 5 DM, in 38% der Fälle zwischen 5 und 7 DM. Für immerhin 23% der Bezieher errechnen sich Quadratmeterkosten von 7 und mehr DM. Besitzer von Eigentum hatten mit 5,57 DM eine nur geringfügig höhere Belastung als die Mieter.

Von den 60 300 Hauptmietern besaßen 36 600 oder 61% eine Wohnung der qualitativ höchsten Ausstattungsstufe mit Sammelheizung und Bad oder Dusche. Im Mittel mußten hierfür 6 DM je Quadratmeter Miete bezahlt werden. Bei geringerwertiger Ausstattung waren es nur 4,56 DM je Quadratmeter.



Empfänger von Wohngeld nach Haushaltsgröße, monatlichen Einnahmen und Miete bzw. Belastung 1985 ¹⁾

Berichtsmerkmal	Ins- gesamt	Mit monatlicher Miete / Belastung von ... DM									Durch- schnittliche monatliche Miete / Belastung
		unter 100	100 — 150	150 — 200	200 — 250	250 — 300	300 — 400	400 — 500	500 — 600	600 und mehr	
	%										DM
Familienmitglieder											
1	49,3	2,6	10,3	16,3	18,9	18,3	24,1	7,5	1,5	0,5	261
2	18,5	0,3	3,1	6,7	11,6	13,7	30,7	21,7	8,7	3,5	353
3	10,9	0,1	1,2	3,8	6,1	8,7	24,2	27,0	18,0	10,9	428
4	11,6	0,0	0,5	1,7	3,0	4,5	14,6	21,6	20,7	33,4	552
5	5,8	—	0,5	1,5	3,1	3,8	12,1	17,7	19,3	42,0	595
6											
und mehr	3,9	0,1	0,6	2,1	3,9	5,2	12,5	16,0	17,2	42,4	599
Monatliche bereinigte Ein- nahmen in DM ²⁾											
bis 500	8,6	11,0	20,9	21,8	16,9	12,4	12,9	3,2	0,6	0,3	205
500 — 750	18,5	1,9	12,0	19,8	20,9	17,8	19,7	6,3	1,3	0,3	248
750 — 1 000	21,6	0,2	6,3	11,4	16,6	18,5	30,3	12,2	3,4	1,1	298
1 000 — 1 500	26,4	0,1	1,6	6,7	12,3	15,6	30,4	20,1	8,9	4,3	356
1 500 — 2 000	8,8	0,0	0,4	2,1	5,5	8,0	23,7	25,3	18,8	16,2	456
2 000 — 3 000	9,6	—	0,3	0,7	1,6	2,8	13,7	24,6	22,6	33,7	562
3 000 — 4 000	5,6	0,0	—	0,2	0,4	0,7	5,1	13,5	21,1	59,0	705
4 000 — 5 000	0,8	—	0,2	—	0,4	0,9	3,9	9,1	15,2	70,3	790
5 000 und mehr	0,1	—	—	—	—	2,4	1,2	14,6	15,9	65,9	784
Insgesamt	100,0	1,4	5,9	10,0	12,8	13,5	23,1	14,8	8,5	10,0	363

1) Einschl. rückwirkender Bewilligungen aus dem 1. Quartal 1986. — 2) Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder (einschl. der Beträge nach § 12 a und §§ 14–17 WoGG), jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 WoGG) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 WoGG).

Die Bezugsfertigkeit einer Wohnung ist ein weiteres Kriterium, das für die Mietfestsetzung entscheidend ist. Generell ist festzustellen, daß mit zunehmendem Alter der Gebäudesubstanz die Quadratmetermiete sinkt. Wohnungen, die 1978 und später bezogen wurden, brachten es auf 6,58 DM je Quadratmeter, diejenigen, die bis 1948 fertiggestellt wurden, auf 4,67 DM. Jeder achte Wohngeldempfänger, der eine solche Wohnung besitzt, mußte eine Miete von 7 DM und mehr bezahlen. Hier dürfte es sich in den meisten Fällen um renovierte Wohnungen handeln, die von der Ausstattung her den Neubauwohnungen vergleichbar sind.

Die verhältnismäßig hohen Quadratmetermieten öffentlich geförderter Wohnungen zeigen sich auch in der Wohngeldstatistik. Mit 5,94 DM je Quadratmeter liegen sie um 0,64 DM je Quadratmeter über den freifinanzierten Einheiten. In jeweils 20 % der Fälle erreichen die Quadratmetermieten eine Größenordnung von 7 DM und mehr.

Jeder zehnte Wohngeldempfänger mußte 600 DM und mehr für die Wohnung zahlen

Mit zunehmender Haushaltsgröße erhöht sich die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung. Während Einpersonenhaushalte Aufwendungen von 261 DM hatten, waren es bei solchen mit drei Personen 428 DM. Größere Familien mit fünf bzw. sechs und mehr Mitgliedern mußten nahezu 600 DM aufbringen (595 bzw. 599 DM). Jeder zehnte wohngeldbeziehende Haushalt war gezwungen, ebenfalls diesen Betrag und mehr für das Wohnen in seinem Budget zu berücksichtigen. Am häufigsten lagen Mieten bzw. Belastungen zwischen 300 und 400 DM (23 %). Nahezu gleichmäßig besetzt waren die Gruppen 200 bis 250 (13 %), 250 bis 300 (14 %) sowie 400 bis 500 DM (15 %).

Wohngeld senkt Wohnkosten um ein Drittel

Die durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung stellte sich 1985 auf 363 DM. Nach Zahlung des Wohngeldes waren es nur noch 250 DM. Die Entlastungswirkung dieses staatlichen Zuschusses macht 31 % der Wohnkosten aus. Dieser Wert variiert nach der Haushaltsgröße. Am stärksten profitierten Haushalte mit sechs und mehr Familienmitgliedern, am wenigsten die mit vier Personen. Die Wohnkostenbelastung reduzierte sich hier um 35 bzw. 25 %.

Die von den Familien für das Wohnen aufzubringen- den Mittel nach der Wohngeldgewährung streuen relativ breit. So hatten 26 % der Empfänger eine Belastung von weniger als 14 % der bereinigten Einnahmen, 39 % eine solche von 14 bis 22 % und die übrigen 35 % eine Quote von über 22 %. Sie ist im allgemeinen stärker, je kleiner das Einkommen und die Anzahl der Familienmitglieder ist. Danach lag der Anteil der selbst zu tragenden Wohnkosten an den bereinigten Einnahmen der Haushalte mit ein bis drei Personen durchschnittlich bei 21 bis 22 %, bei Haushalten mit vier und mehr Personen dagegen bei 12 bis 19 %.

Die meisten Wohngeldempfänger in der Stadt Koblenz

In den einwohnerstärksten Städten des Landes leben erwartungsgemäß auch die meisten Bezieher von Wohngeld. In den Städten Koblenz (4 646), Mainz (4 469) und Ludwigshafen (4 358) wurden jeweils mehr als 4 000 Empfänger ermittelt. Gleiches trifft für den Landkreis Mayen-Koblenz zu (4 331). Nur unwesentlich niedriger lag die Zahl im Kreis Neuwied (3 953). Die wenigsten Wohngeldbezieher wurden in den Landkreisen Pirmasens (507) und Kusel (657) ermittelt.

Wohngeld nach Miete bzw. Belastung je Quadratmeter Wohnfläche in den Verwaltungsbezirken 1985

Verwaltungsbezirk	Zahl der Empfänger im Dezember			Einwohner ¹⁾	Wohngeldempfänger je 1000 Einwohner	Durchschnittliche Miete/ Belastung je m ² Wohnfläche		
	insgesamt	Miet-zuschuß	Lasten-zuschuß			insgesamt	Miet-zuschuß	Lasten-zuschuß
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 646	4 563	83	111 099	42	5,95	5,95	5,72
Landkreise								
Ahrweiler	2 330	2 101	229	110 726	21	5,76	5,72	5,98
Altenkirchen (Ww.)	1 984	1 621	363	120 972	16	5,39	5,10	6,11
Bad Kreuznach	3 586	3 143	443	144 600	25	5,56	5,56	5,57
Birkenfeld	1 801	1 507	294	86 183	21	4,89	4,90	4,83
Cochem-Zell	772	523	249	59 657	13	4,60	4,49	4,76
Mayen-Koblenz	4 331	3 913	418	185 440	23	5,29	5,21	5,75
Neuwied	3 953	3 603	350	155 038	25	5,51	5,57	5,11
Rhein-Hunsrück-Kreis	880	723	157	90 289	10	4,80	4,63	5,24
Rhein-Lahn-Kreis	2 535	2 362	173	117 135	22	5,34	5,28	5,67
Westerwaldkreis	2 743	2 222	521	170 038	16	5,13	5,02	5,41
RB Koblenz	29 561	26 281	3 280	1 351 177	22	5,41	5,40	5,48
Kreisfreie Stadt Trier	4 042	3 955	87	93 680	43	5,92	5,90	6,45
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	1 801	1 223	578	106 659	17	4,96	4,78	5,19
Bitburg-Prüm	1 439	978	461	88 006	16	4,72	4,43	5,10
Daun	1 086	748	338	56 126	19	4,96	4,76	5,26
Trier-Saarburg	1 913	1 355	558	124 934	15	5,27	4,91	5,81
RB Trier	10 281	8 259	2 022	469 405	22	5,30	5,24	5,41
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	1 144	1 125	19	43 875	26	6,14	6,09	8,05
Kaiserslautern	2 915	2 881	34	97 664	30	5,71	5,70	6,24
Landau i. d. Pfalz	1 178	1 097	81	35 581	33	5,58	5,56	5,78
Ludwigshafen a. Rhein	4 358	4 325	33	154 474	28	5,66	5,66	6,35
Mainz	4 469	4 433	36	188 188	24	7,08	7,12	4,61
Neustadt a. d. Weinstr.	1 327	1 306	21	48 541	27	5,52	5,49	6,69
Pirmasens	1 492	1 472	20	46 817	32	5,03	5,00	5,95
Speyer	1 131	1 112	19	43 557	26	5,93	5,88	7,84
Worms	1 972	1 912	60	72 126	27	5,64	5,67	5,10
Zweibrücken	973	936	37	33 085	29	5,13	5,13	5,12
Landkreise								
Alzey-Worms	986	850	136	97 394	10	5,59	5,47	6,04
Bad Dürkheim	1 454	1 347	107	117 819	12	5,62	5,51	6,39
Donnersbergkreis	788	695	93	67 236	12	5,43	5,28	6,03
Germersheim	831	758	73	101 690	8	5,57	5,46	6,24
Kaiserslautern	929	805	124	94 693	10	5,74	5,59	6,30
Kusel	657	485	172	73 838	9	5,01	4,90	5,17
Südliche Weinstraße	945	826	119	95 160	10	5,30	5,08	6,17
Ludwigshafen	969	920	49	128 277	8	5,72	5,68	6,12
Mainz-Bingen	1 828	1 663	165	160 961	11	5,90	5,77	6,69
Pirmasens	507	435	72	97 638	5	4,51	4,30	5,24
RB Rheinhessen-Pfalz	30 853	29 383	1 470	1 798 614	17	5,76	5,74	6,00
Rheinland-Pfalz	70 695	63 923	6 772	3 619 196	20	5,53	5,53	5,57
Kreisfreie Städte	29 647	29 117	530	968 687	31	.	.	.
Landkreise	41 048	34 806	6 242	2 650 509	15	.	.	.

1) Stand: 30. 6. 1985.

Auf den einwohnerstärksten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz – hier lebt jeder zweite Rheinland-Pfälzer – entfielen 44 % aller Wohngeldempfänger. Die Anteile für die Bezirke Koblenz und Trier stellten sich jeweils knapp auf 42 bzw. 15 %. Bei der Relation kreisfreie Städte zu Landkreisen ergeben sich Quoten von 42 zu 58, bezogen auf die Einwohnerzahl lauten die Werte 27 zu 73 %.

Beachtliche regionale Unterschiede der Mieten

Die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche reichte 1985 von 4,30 DM im Landkreis Pirmasens bis zu 7,12 DM in der Stadt Mainz. Allgemein ist festzustellen, daß in den Bezirken Trier und Koblenz mit 5,24 bzw. 5,40 DM je Quadratmeter die niedrigsten Mietbelastungen auftreten, in Rheinhessen-Pfalz liegen sie mit 5,74 DM am höchsten. Im Landesmittel errechnete sich ein Betrag von 5,53 DM. In sieben der zehn Landkreise des Regierungsbezirks Koblenz wird dieser Wert unterschritten, am deutlichsten im Kreis Cochem-Zell mit 4,49 DM. Die vier Kreise des Bezirks Trier erreichen nicht die 5-DM-Schwelle. In Bitburg-Prüm zahlen die Mieter die niedrigsten Wohnkosten (4,43 DM), in Trier-Saarburg die höchsten (4,91 DM).

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 627	3 619	3 620	3 619	3 619	3 613
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 918	1 914	1 634	1 494	3 439	958 ^p	1 258 ^p	1 537 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	5,3	5,0	11,2	3,5 ^p	4,1 ^p	5,2 ^p	...
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 959	2 908	2 979	2 908	3 004	2 750 ^p	2 693 ^p	3 259 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,8	9,6	9,7	9,8	9,8	9,9 ^p	8,8 ^p	11,0 ^p	...
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 574	3 549	4 014	3 497	3 538	3 788 ^p	4 305 ^p	3 889 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	11,8	13,1	11,8	11,5	13,7 ^p	14,0 ^p	13,1 ^p	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	31	29	36	32	28	24 ^p	17 ^p	41 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	10,3	9,9	11,9	11,3	9,4	9,4 ^p	6,0 ^p	13,7 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	— 616	— 641	— 1 035	— 589	— 534	— 1 038 ^p	— 1 612 ^p	— 630 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 2,0	— 2,1	— 3,4	— 2,0	— 1,7	— 3,7 ^p	— 5,3 ^p	— 2,1 ^p	...
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 424	6 317	5 354	5 529	5 162	4 971
* Fortgezogene	Anzahl	6 601	6 421	5 646	5 746	5 078	5 302
* Wanderungssaldo	Anzahl	— 176	— 104	— 292	— 217	84	— 331
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 192	10 457	9 268	10 210	9 424	8 615
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	120 162	124 496	135 532	123 390	115 045	146 588	131 943	118 076	111 377
* Männer	Anzahl	67 230	69 679	81 104	70 328	63 882	87 722	75 579	62 929	57 543
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 121	10 771	15 411	.	.	.	13 864	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	43 300	42 937	49 081	.	.	.	46 501	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,6	9,5	8,6	8,0	10,2	9,2	8,2	7,7
Offene Stellen	Anzahl	4 172	4 919	5 083	5 052	5 117	6 299	7 927	7 489	8 039
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	320	.	.	.	724	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	1 675	.	.	.	2 400	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	17 571	13 751	24 532	19 292	13 522	19 098	20 038	15 408	11 214
Männer	Anzahl	13 717	11 179	21 021	15 780	10 935	16 216	16 234	11 791	8 028
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 366	14 279	14 429	14 454	14 756	12 767	14 118	16 020	14 681
* Rinder	t	4 999	4 753	4 831	4 683	4 979	4 206	4 663	5 162	4 756
* Kälber	t	33	31	45	39	37	21	40	31	31
* Schweine	t	9 210	9 384	9 434	9 609	9 629	8 458	9 287	10 718	9 785
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	79	81	82	90	69	80	84	91
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,2	93,6	94,6	95,3	94,1	94,0	94,9	95,5
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 684	2 655	2 673	2 659	2 654	2 626	2 615	2 614	2 612
* Beschäftigte	1 000	361	364	360	361	361	364	364	364	365
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	250	252	249	249	249	251	251	251	252
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 470	35 338	36 298	36 001	35 794	34 199	33 937	38 112	34 654
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 182	1 243	1 112	1 170	1 173	1 136	1 165	1 211	1 278
* Löhne	Mill. DM	693	727	642	676	700	658	673	700	755
* Gehälter	Mill. DM	489	516	470	494	473	478	492	511	523
* Stromverbrauch	Mill. kWh	991	1 018	1 060	1 017	1 013	994	1 023	1 016	1 021
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 658	6 876	7 174	7 153	6 936	6 371	6 599	7 288	6 571
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 366	2 519	2 693	2 691	2 566	2 427	2 433	2 716	2 371

1) Nach dem Ereignisort. — 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. — 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. — 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. — 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe										
insgesamt	1980 = 100	98	99	97	103	102	97	101	101 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	101	101	105	102	104	105	102 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	98	100	99	104	102	101	104	102	109 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	101	103	104	111	107	105	105	110	113 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	84	82	67	87	94	50	68	90	105 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	111	112	117	122	115	120	116	119	120 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	100	97	100	100	100	106	97	104 ^P
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	94	97	90	97	95	108	113	98	100 ^P
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	95	99	109	101	105	97	102	95	108 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	93	95	97	95	98	102	98	107 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	95	90	104	90	91	98	99	79	83 ^P
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	99	103	96	104	104	98	99	94	113 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	91	82	67	91	99	43	68	89	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	239	229	259	218	205	301	297	275	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 366	2 383	2 017	2 356	2 632	2 691	2 485	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	758	776	711	630	821	908	996	867	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 763	1 819	1 930	1 606	1 740	2 024	1 992	1 893	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	338	358	446	325	269	470	348	281	222
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	100	.	94
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	139	.	109
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	67 995	63 358	61 292	62 896	64 538	59 937 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	34 902	32 545	31 116	32 043	33 357	30 862 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 815	14 627	13 520	14 275	14 866	13 782 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 980	6 897	5 899	7 482	8 067	7 783 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 184	4 252	3 734	4 665	4 944	4 694 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 295	2 613	2 349	2 954	3 186	2 892 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	59	47	35	73	53	45 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 830	1 593	1 350	1 638	1 705	1 757 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 796	1 182	2 165	2 817	3 123	3 089 ^P	...
Hochbau	1 000	636	410	543	684	757	682 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 160	2 645	1 622	2 133	2 366	2 407 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 172	645	840	1 141	1 289	1 310 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	166	131	165	183	171 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	156	137	105	138	155	143 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	29	29	26	27	28	28 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	547	500	332	413	496	426 ^P	...

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	819	710	795	797	901	584	813	966	841
* mit 1 Wohnung	Anzahl	530	483	541	560	594	404	611	692	564
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	211	171	181	188	217	141	168	228	231
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	78	56	73	49	90	39	34	46	46
* Umbauter Raum	1 000 m ³	885	751	926	834	977	590	751	905	800
* Wohnfläche	1 000 m ²	148	124	157	134	160	99	122	149	132
Wohnräume	Anzahl	7 017	5 878	7 497	6 431	7 562	4 660	5 756	6 812	6 187
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	278	239	294	257	312	187	239	293	254
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	–	1	3	–	2	2	3
Unternehmen	Anzahl	122	107	114	83	134	108	113	68	107
Private Haushalte	Anzahl	695	601	681	713	764	476	698	896	731
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	152	139	135	177	118	139	157	174
* Umbauter Raum	1 000 m ³	568	662	394	667	2 059	547	723	658	483
* Nutzfläche	1 000 m ²	97	102	72	104	224	95	107	119	91
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	110	112	75	105	195	97	180	164	101
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	26	17	25	23	19	31	28	22
Unternehmen	Anzahl	131	123	121	107	151	96	103	123	148
Private Haushalte	Anzahl	3	3	1	3	3	3	5	6	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 740	1 419	1 814	1 519	1 817	1 154	1 301	1 577	1 426
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 338	2 558	2 761	2 668	2 774	2 396	2 423	2 780	2 300
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 144	1 269	1 381	1 343	1 368	1 300	1 313	1 484	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	194	200	214	230	214	184	201	229	...
Dänemark	Mill. DM	40	48	57	50	54	54	55	62	...
Frankreich	Mill. DM	297	314	345	317	321	332	318	361	...
Griechenland	Mill. DM	23	21	20	22	24	18	18	25	...
Großbritannien	Mill. DM	195	226	230	220	241	227	236	238	...
Irland	Mill. DM	7	9	10	15	11	8	11	11	...
Italien	Mill. DM	179	215	239	237	242	239	220	269	...
Niederlande	Mill. DM	159	178	208	191	197	169	175	196	...
Spanien	Mill. DM	40	47	46	48	50	56	66	77	...
Portugal	Mill. DM	10	12	11	13	14	14	13	17	...
USA und Kanada	Mill. DM	172	193	239	220	210	199	193	192	...
Japan	Mill. DM	48	53	56	52	55	44	50	52	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	435	417	426	404	475	303	303	382	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	108	134	136	131	143	112	120	126	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 607	1 673	1 812	1 873	1 725	1 539	1 516	1 652	1 462
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	854	900	952	882	955	899	900	1 074	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	174	178	176	174	168	155	209	...
Dänemark	Mill. DM	18	19	26	17	19	24	16	17	...
Frankreich	Mill. DM	191	198	224	216	202	213	215	259	...
Griechenland	Mill. DM	10	8	10	7	16	5	4	8	...
Großbritannien	Mill. DM	59	66	73	69	70	66	91	82	...
Irland	Mill. DM	3	6	5	8	7	6	2	6	...
Italien	Mill. DM	140	150	181	160	146	149	145	171	...
Niederlande	Mill. DM	193	239	211	191	281	229	224	270	...
Spanien	Mill. DM	32	34	35	31	34	33	40	44	...
Portugal	Mill. DM	5	6	7	7	5	7	7	8	...
USA und Kanada	Mill. DM	114	106	136	140	112	99	96	92	...
Japan	Mill. DM	57	59	75	65	61	61	71	52	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	324	345	388	357	357	208	194	174	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	52	56	45	100	59	45	57	53	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	95	95	95	93 ^r	93	93	93
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	106	109	108	103	110	94 ^r	109	114	112
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	97	97	96	96	95 ^r	96	96	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113	121	127	120	122	104 ^r	117	125	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	101	95	98	102	97 ^r	99	105	110
Teilbeschäftigte	1980 = 100	106	109	101	104	109	106 ^r	107	113	123
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	104	109	101	104	119	86 ^r	95	108	122
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	115	125	107	114	145	85 ^r	100	123	144
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	98	96	98	103	87 ^r	92	98	107
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	438	441	272	376	575	210	288	367	...
* Ausländer	1 000	105	113	50	89	142	41	55	78	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 532	1 558	916	1 333	1 894	748	1 031	1 220	...
* Ausländer	1 000	316	349	128	263	396	131	147	221	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 495	1 429	1 431	1 590	1 556	1 363	1 501	1 800	1 593
* Güterversand	1 000 t	1 139	955	1 124	1 199	1 181	553	802	1 115	1 032
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 281	13 015	16 892	17 894	14 863	13 035	18 278	20 436	16 849
Krafträder	Anzahl	1 026	685	1 470	1 849	1 062	269	1 170	1 260	1 019
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 441	11 526	14 366	15 001	12 772	12 104	16 113	18 022	14 926
* Lastkraftwagen	Anzahl	506	477	571	570	567	366	541	699	564
Zugmaschinen	Anzahl	230	237	360	332	317	198	274	334	226
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 808	10 048	9 302	9 019	10 115	8 075	9 369	9 685	11 188
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 813	1 630	1 334	1 531	2 053	904	1 393	1 474	2 116
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 995	8 418	7 968	7 488	8 062	7 171	7 976	8 211	9 072
Verunglückte Personen	Anzahl	2 456	2 193	1 813	2 048	2 735	1 245	1 912	1 948	2 813
* Getötete	Anzahl	53	44	37	35	59	27	41	50	51
Pkw-Insassen	Anzahl	24	25	24	20	28	17	32	33	28
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	11	8	5	4	14	2	3	7	14
Radfahrer	Anzahl	4	2	1	2	1	2	1	2	5
Fußgänger	Anzahl	12	8	4	8	13	5	5	7	3
Schwerverletzte	Anzahl	738	659	515	667	886	365	569	573	892
Pkw-Insassen	Anzahl	362	324	293	307	362	237	357	277	406
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	201	173	100	204	310	32	90	166	277
Radfahrer	Anzahl	60	57	25	67	97	15	25	37	106
Fußgänger	Anzahl	93	85	75	74	96	68	78	77	83
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	76	86	74	58	83	62	72	82
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	143 676	47 284	188 577	25 847	16 298	41 510	34 128	43 344	37 522
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	2	2	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	906	929	986	1 461	958	737	796	737	805
* Wechselsumme	1 000 DM	8 401	8 009	7 985	10 507	7 784	4 692	6 602	7 840	6 672

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	76 876	81 737	77 647	77 442	77 729	81 433	81 922	80 843	81 039
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	75 111	79 858	75 786	75 563	75 859	79 551	80 032	78 974	79 157
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 246	15 996	16 468	15 977	15 880	15 512	15 864	15 285	15 187
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 357	15 448	15 644	15 198	15 162	14 972	15 282	14 837	14 776
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	889	548	824	779	718	540	582	448	411
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 309	9 174	9 154	9 085	8 997	8 755	8 759	8 194	8 128
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 591	7 666	7 502	7 430	7 339	7 288	7 311	6 844	6 820
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 718	1 508	1 652	1 654	1 658	1 468	1 447	1 340	1 308
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 556	54 688	50 164	50 502	50 982	55 284	55 410	55 495	55 843
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	40 005	44 088	40 549	40 778	41 078	44 614	44 782	44 771	45 025
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 551	10 599	9 615	9 724	9 904	10 670	10 627	10 724	10 818
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	63 350	70 018	62 539	62 766	63 751	70 443	69 956	70 295	70 819
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 110	9 611	7 942	8 218	8 400	9 253	8 874	9 234	9 469
* Termingelder	Mill. DM	22 330	24 610	22 457	22 507	23 342	25 342	25 168	25 086	25 357
* Spareinlagen	Mill. DM	31 910	35 796	32 140	32 042	32 010	35 848	35 915	35 974	35 993
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 636	1 678	1 539	1 417	1 328	1 709	1 653	1 838	1 370
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 526	1 519	1 560	1 515	1 360	1 600	1 586	1 779	1 352
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 269 938	1 332 451	1 442 667	773 640	1 305 916	1 451 390	1 451 544	730 081	1 361 836
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	869 232	938 494	1 151 266	415 582	872 953	974 992	1 095 253	391 081	922 310
* Lohnsteuer	1 000 DM	614 530	660 620	423 928	442 167	799 340	917 170	419 332	461 481	813 140
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	114 308	122 623	—	—	340 313	439 541	—	—	353 147
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	99 625	105 020	388 621	— 61 272	— 57 796	— 22 359	357 901	— 83 307	— 49 575
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 737	20 547	6 486	10 534	7 046	8 201	4 152	10 034	8 575
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	134 341	152 307	332 231	24 153	124 363	71 980	313 868	2 873	150 170
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	22 578	24 652	—	—	98 389	98 639	—	—	155 844
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	400 706	393 958	291 401	358 058	432 963	476 398	356 291	339 000	439 526
* Umsatzsteuer	1 000 DM	238 076	226 154	125 642	182 135	216 421	299 036	203 883	182 352	266 127
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	162 630	167 804	165 759	175 923	216 542	177 362	152 408	156 648	173 399
* Bundessteuern	1 000 DM	149 793	128 294	132 284	125 972	119 537	170 879	145 851	111 028	107 113
* Zölle	1 000 DM	11 822	11 328	12 222	11 161	14 593	12 338	9 121	9 340	10 049
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	134 430	113 075	116 933	111 293	102 127	152 089	133 933	98 905	93 970
* Landessteuern	1 000 DM	73 523	75 092	66 656	77 727	104 072	102 976	74 659	92 978	108 253
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 337	14 378	2 450	3 364	38 126	38 441	2 020	— 1 811	38 907
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 025	38 639	43 552	51 992	42 689	41 112	51 530	70 285	49 672
* Biersteuer	1 000 DM	6 043	6 037	4 959	4 942	6 173	4 973	4 721	4 928	6 133

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassensämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	515 557	549 219	484 973	.	.	477 172	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 212	8 133	6 241	.	.	6 318	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	85 346	88 740	75 231	.	.	76 346	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	376 176	403 353	353 793	.	.	346 245	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	33 871	36 382	39 546	.	.	37 158	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften									
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	802 134	807 774	839 281	565 974	784 046	909 746	866 803	524 128
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	381 054	411 824	514 692	179 224	380 862	420 385	489 334	167 178
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	262 471	258 048	190 874	234 535	283 596	309 664	231 594	220 357
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	649 308	681 810	738 527	450 530	687 369	722 386	729 247	443 425
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	378 715	408 979	512 153	176 427	378 645	418 957	486 886	165 497
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 254	188 132	158 287	170 133	204 601	191 635	167 678	159 385
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	780 404	832 834	769 418	.	.	767 960	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	319 713	342 503	301 206	.	.	294 887	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	321 309	344 465	337 032	.	.	342 146	.	.
Preise									
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	118,4	121,0	120,9	121,1	121,2	121,3	121,0	120,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,0	116,9	117,4	118,0	118,1	117,7	117,7	118,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,0	114,5	.	.	114,2	115,2	.	-
Löhne und Gehälter									
Arbeiter									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttostundenverdienste	DM	15,49	16,07	.	16,00	.	.	16,49	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,32	16,95	.	16,86	.	.	17,33	.
* Facharbeiter	DM	17,18	17,80	.	17,72	.	.	18,24	.
Angelernte Arbeiter	DM	15,49	16,21	.	16,13	.	.	16,59	.
Hilfsarbeiter	DM	13,60	14,35	.	14,34	.	.	14,66	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,52	11,99	.	11,95	.	.	12,32	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,06	11,72	.	11,72	.	.	12,05	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,0	40,7	.	40,9	.	.	41,0	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,4	41,1	.	41,2	.	.	41,4	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,3	.	39,3	.	.	39,3	.
Angestellte									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttomonatsverdienste	DM	3 881	4 040	.	4 009	.	.	4 158	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 504	3 620	.	3 599	.	.	3 726	.
* männlich	DM	4 176	4 309	.	4 280	.	.	4 434	.
* weiblich	DM	2 710	2 822	.	2 800	.	.	2 900	.
Technische Angestellte	DM	4 232	4 419	.	4 379	.	.	4 536	.
* männlich	DM	4 319	4 516	.	4 475	.	.	4 637	.
* weiblich	DM	3 018	3 127	.	3 094	.	.	3 212	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 642	2 739	.	2 744	.	.	2 875	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 626	2 727	.	2 730	.	.	2 867	.
* männlich	DM	3 208	3 301	.	3 301	.	.	3 462	.
* weiblich	DM	2 172	2 270	.	2 273	.	.	2 382	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 175	61 024	61 022	61 010	61 010
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 345	30 390 ^P	15 306 ^P	25 169 ^P	23 664 ^P	14 038 ^P	15 846 ^P	21 388 ^P	25 194 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 680	48 846 ^P	45 152 ^P	47 794 ^P	49 189 ^P	50 328 ^P	46 909 ^P	48 244 ^P	54 969 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 010	58 691 ^P	61 565 ^P	63 016 ^P	58 311 ^P	61 333 ^P	61 382 ^P	70 639 ^P	61 442 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	−9 330	−9 845 ^P	−16 413 ^P	−15 222 ^P	−9 122	−11 005 ^P	−14 473 ^P	−22 395 ^P	−6 473 ^P
Arbeitslose	1 000	2 266	2 304	2 611	2 474	2 305	2 590	2 593	2 448	2 230
Männer	1 000	1 277	1 289	1 583	1 470	1 312	1 503	1 520	1 405	1 204
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,3	10,5	10,0	9,3	10,4	10,4	9,8	9,0
Offene Stellen	1 000	88	110	101	114	111	122	137	158	157
Kurzarbeiter	1 000	384	235	432	397	375	263	294	295	216
Männer	1 000	325	197	380	347	328	231	258	257	176
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	103	101	105	105	96	104	103	113
ohne Baugewerbe	1980 = 100	100	105	107	108	106	100	111	107	114
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	105	105	107	106	99	109	106	115
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	98	99	100	103	103	94	101	98	105
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	102	113	113	114	112	103	120	116	128
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	94	95	97	101	98	93	101	98	103
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	101	104	102	101	103	101	105	95	106
Baugewerbe	1980 = 100	89	84	40	71	95	47	38	65	100
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 854	6 940 ^P	6 857	6 877	6 873	6 977	6 992	7 014	7 017
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659 ^P	647	686	672	670	650	645	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	116 538	124 699 ^P	118 418	128 471	124 345	119 029	118 008	120 872	132 279
Auslandsumsatz	Mill. DM	33 544	37 006 ^P	35 136	39 158	37 381	35 290	35 846	36 751	40 278
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 599	28 873 ^P	30 736	31 896	28 028	34 048	32 276 ^P
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 922	2 843 ^P	3 238	3 080	2 772	3 364	3 074	3 093	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 106	1 026	937	981	1 003	938	...	923 ^P	984 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	122	106	53	95	112 ^r	65	...	78 ^P	172 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 079	8 331	4 426	6 124	6 858	5 311
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 327	9 655	8 198	10 022	11 957	6 750	7 918	9 564	12 139
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 892	8 766	7 263	9 136	10 939	6 146	7 280	8 947	11 401
Wohnfläche	1 000 m ²	2 230	1 720	1 588	1 791	2 103	1 184	1 387	1 582	2 000
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 509	2 501	1 819	2 182	2 675	1 774	1 961	2 239	2 757
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	28 020	21 029	19 944	21 428	25 215	14 460	16 678	18 090	22 515
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	111,2	113,8	95,0	113,9	115,1	107,8 ^r	99,9 ^r	115,4 ^r	121,9 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	108,9	111,1	93,2	103,3	107,4	94,1 ^r	94,5 ^r	105,6 ^r	109,2 ^P

1) Nach dem Ereignisort. — 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. — 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	40 684	44 758	42 860	42 351	45 001	43 801	42 755	43 726	...
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	20 338	22 272	22 349	24 431	22 895	22 293	22 134	22 885	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 838	3 081	3 070	3 183	3 272	3 169	2 950	3 414	...
Frankreich	Mill. DM	5 112	5 333	5 768	5 338	5 480	5 421	5 238	5 278	...
Großbritannien	Mill. DM	3 382	3 831	3 630	3 405	3 924	3 666	3 767	3 870	...
Italien	Mill. DM	3 140	3 481	3 637	3 413	3 569	3 579	3 526	3 564	...
Niederlande	Mill. DM	3 510	3 855	3 714	3 697	3 974	3 796	3 887	3 969	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 185	38 651	38 152	37 816	39 504	36 840	35 920	35 285	...
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	18 121	19 637	19 317	22 183	19 583	18 506	19 192	18 879	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 403	2 424	2 283	2 845	2 426	2 412	2 498	2 475	...
Frankreich	Mill. DM	3 825	4 107	4 380	4 289	4 565	3 762	4 424	4 150	...
Großbritannien	Mill. DM	2 774	3 097	3 071	2 567	2 786	3 011	2 665	2 691	...
Italien	Mill. DM	2 843	3 096	3 033	3 242	3 077	2 803	3 150	3 154	...
Niederlande	Mill. DM	4 419	4 858	4 538	4 976	4 750	4 559	4 551	4 525	...
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 872	1 992	1 879	1 892	1 899	1 989	1 987	1 995	1 998 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 418	1 522	1 419	1 430	1 436	1 515	1 519	1 527	1 530 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	453	471	460	462	462	474	469	468	467 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 225	1 375	1 245	1 239	1 253	1 358	1 365	1 363	1 367 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	569	624	573	572	570	623	626	628	631 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	25 770	27 380	21 013	31 967	19 857	24 296	22 691	33 481	20 051
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	16 218	17 853	10 036	24 215	10 375	15 047	11 321	25 429	11 336
Lohnsteuer	Mill. DM	11 362	12 303	10 376	9 955	10 404	13 387	10 412	9 881	11 086
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 197	2 381	- 342	7 558	- 1 048	231	879	7 403	- 1 152
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 207	9 152	10 921	7 743	8 667	9 251	11 293	8 044	7 916
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 625	4 286	5 923	2 857	3 329	5 011	6 541	3 569	3 307
Bundessteuern	Mill. DM	4 505	4 586	4 308	4 613	4 198	1 118	4 692	4 377	4 558
Zölle	Mill. DM	444	451	475	456	506	401	457	406	450
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 778	3 813	3 078	3 831	3 418	445	3 383	3 617	3 785
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	116,1	115,2	116,1	116,9	116,7	113,4	112,4 ^P	111,5 ^P	110,8
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	106,9	103,1	104,1	104,3	103,5	101,5	101,5	100,6 ^P	98,3 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	119,2	121,8	121,6	121,8	122,0	121,2	120,6	120,1	119,4
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	114,3	115,1	114,8	.	.	.	115,8	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,0	114,5	114,2	.	.	.	115,2	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	100,8	102,6	101,6	.	.	.	104,2	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	118,4	121,0	120,5	120,9	121,1	121,6	121,3	121,0	120,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,0	116,9	117,0	117,4	118,0	117,1	117,7	117,7	118,2
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	115,7	118,4	117,4	117,8	118,0	119,8	120,1	120,2	120,3
Wohnungsmieten	1980 = 100	120,0	123,9	122,8	123,2	123,4	125,3	125,6	125,8	126,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	128,8	133,4	135,1	136,7	133,9	129,2	125,7	124,4	122,3
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	115,9	117,7	116,9	117,2	117,4	118,5	118,8	118,9	119,0
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	118,0	119,7	119,1	119,4	119,5	120,9	121,1	121,2	121,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	120,1	123,2	121,9	122,0	123,2	122,5	120,2	118,1	117,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	114,2	116,2	116,5	116,6	116,2	117,9	118,1	118,1	118,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	120,8	125,7	124,5	124,7	124,9	129,3	129,5	129,7	129,7

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 3) Ohne Baunebenleistungen. 4) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Niedrigere Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge

Die Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge (Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, dem Soldatenversorgungsgesetz und sonstigen Hilfegesetzen) beliefen sich in Rheinland-Pfalz 1985 auf 60 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr ist damit ein Rückgang um 6% zu verzeichnen. Laufende Leistungen erhielten 6591 Personen, einmalige Leistungen wurden in 9230 Fällen gewährt.

Die Leistungen wurden zumeist als Beihilfen (98,4%) erbracht. Die Darlehen umfaßten 96 000 DM (1,6%).

Rund 43 Mill. DM wurden an Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt (-6%). Für ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt betrug der Aufwand 7,1 Mill. DM, für Erziehungsbeihilfen rund 4,8 Mill. DM. Nach der Ausgabenhöhe folgten Leistungen für Erholungshilfen in Höhe von 4,7 Mill. DM, die berufsfördernden Leistungen mit rund 740 000 DM und die Wohnungshilfe mit 83 000 DM.

Bei den Einnahmen von rund 14 Mill. DM war ein Rückgang um 12% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die Ausgaben konnten zu 23% durch Einnahmen abgedeckt werden. kr

Kommunale Körperschaften geben 514 Mill. DM für den Umweltschutz aus

Der mit der Beseitigung von Abwasser und Abfall verwirklichte Umweltschutz hat einen hohen Stellenwert. Im Jahre 1984 verwandten die kommunalen Körperschaften für diesen Zweck 514 Mill. DM. Dies entspricht dem Betrag, der für Gesundheit, Sport und Erholung aufgewandt wurde.

Fast 60% der gesamten Umweltschutzausgaben von Gemeinden (Gv.) und Zweckverbänden entfielen 1984 auf die Abwasserbeseitigung (304 Mill. DM). Die Ausgaben wurden überwiegend finanziert durch Gebühren und sonstige Entgelte, die sich 1984 auf 219 Mill. DM beliefen. Viele Kommunen haben die Abwasserbeseitigung aus ihren Haushalten ausgegliedert und auf Eigenbetriebe verlagert. Dies hat dazu geführt, daß die Ausgaben seit 1980 um ein Viertel gesunken sind. Besonders stark wurden die Investitionen gekürzt (-36%). Diese Lücke konnten die Eigenbetriebe nicht vollständig füllen.

Während die Bedeutung der Abwasserbeseitigung für die Kommunalhaushalte sinkt, ist bei der Abfallbeseitigung ein steigender Anteil festzustellen. Seit 1980

kurz + aktuell

haben sich die Gesamtausgaben um 36 % auf 210 Mill. DM erhöht. Zur Finanzierung standen 1984 Einnahmen in Höhe von 226 Mill. DM zur Verfügung, die überwiegend aus Gebühren und sonstigen Entgelten (220 Mill. DM) stammten. Die Struktur der Ausgaben für Abfallbeseitigung weicht erheblich von derjenigen für Abwasserbeseitigung ab. Bei der anlagenintensiven Abwasserbeseitigung hatten die Investitionsausgaben den größten Anteil, wogegen bei der Abfallbeseitigung die im laufenden Sachaufwand enthaltenen Erstattungen an andere Bereiche dominieren. Hierunter sind die Beiträge subsumiert, die die kommunalen Körperschaften an die mit der Beseitigung des Abfalls beauftragten privaten Unternehmen überweisen. 1984 waren dies 123 Mill. DM bzw. 69 % mehr als 1980. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 145

Fast eine Viertel Million Beschäftigte im Handel und Gastgewerbe

– Erste Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1985 –

In Rheinland-Pfalz waren im Frühjahr 1985 im Handel und Gastgewerbe 46 300 Unternehmen mit 242 300 Beschäftigten tätig. Der Umsatz dieser Unternehmen belief sich im Jahre 1984 auf 54 Mrd. DM.

Auf den Handel entfielen 30 700 Unternehmen mit 181 900 Beschäftigten und 50,6 Mrd. DM Umsatz, auf das Gastgewerbe 15 600 Unternehmen mit 60 400 Beschäftigten und 3,1 Mrd. DM Umsatz.

Weitere Ergebnisse dieser umfassenden Struktur-erhebung, die nur in mehrjährigen Abständen durchgeführt wird, liegen in Kürze vor. sr

Saisonale Belebung im Gastgewerbe

Im Mai 1986 lagen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes um 13 % höher als im April. Allerdings fielen sie um 3,4 % niedriger aus als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Gegenüber April 1986 verzeichneten die Gasthöfe mit +35 % die stärkste Steigerung. Es folgen Hotels (+16 %), Schankwirtschaften (+12 %) und Speisewirtschaften (+9,2 %).

Von Januar bis Mai 1986 gingen die Umsätze des Gastgewerbes gegenüber den ersten fünf Monaten 1985 um 1,9 % zurück. Die Umsätze des Beherbergungsgewerbes nahmen um 1,1 %, die der Gaststätten um 3 % ab. pe

Studienneigung der Mädchen nimmt wieder zu

Die Studienneigung der Schüler in den Abschlußklassen der rheinland-pfälzischen Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen hat gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen. Von den 14 500 Schülern, die Anfang 1986 befragt wurden, hatten 68 % die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Ein Jahr zuvor waren 66 % der Befragten an einem Studium interessiert. Der leichte Anstieg der Studienneigung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß zahlen- und anteilmäßig wieder mehr Mädchen studieren wollen als vor einem Jahr. Hatten 1985 noch 56 % der befragten Schülerinnen die Absicht geäußert, studieren zu wollen, waren es 1986 rund 59 % der Schülerinnen. Bei den Jungen lag der Anteil der Studienwilligen in beiden Jahren bei 75 %. Von den Studienwilligen wollen nur noch 2,5 % (249) ein Lehramtsstudium aufnehmen (Vorjahr 3,2 %).

Ohne jede Studienabsicht waren zum Jahresbeginn 1986 rund 12 % aller männlichen Schüler in den Abschlußklassen und 26 % der weiblichen Schüler (Vorjahr: 10 % bzw. 26 %).

Gegenüber 1985 ging die Unentschlossenheit der Abiturienten und Fachoberschüler zurück. 1986 gab nur noch ein Siebtel der Befragten an, hinsichtlich der beruflichen Zukunft noch unentschlossen zu sein. 1985 war es noch ein Sechstel der Befragten. ke

Stundenverdienst der Industriearbeiter 16,49 DM

Im April 1986 betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz 16,49 DM. Das sind 3,1 % mehr als im April 1985. Männliche Arbeiter erhielten 17,33 DM (+ 2,8 %), weibliche 12,32 DM (+ 3,1 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern um 3,3 % auf 718 DM, Arbeiterinnen kamen auf 485 DM (+ 3,4 %). Die wöchentliche Arbeitszeit stieg binnen Jahresfrist bei den Männern um 0,5 Stunden auf 41,4 Stunden und blieb bei den Frauen mit 39,3 Stunden unverändert.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) verdienten durchschnittlich 3 726 DM im Monat (+ 3,5 %), technische Angestellte 4 536 DM (+ 3,6 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 462 DM (+ 4,9 %), ihre Kolleginnen 2 382 DM (+ 4,8 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen unberücksichtigt. ze

Zunahme des Fremdenverkehrs vor allem in den kleinen Gemeinden

Die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe beherbergten im März 1986 rund 288 000 Gäste. Es wurden 1 031 000 Übernachtungen gezählt. Im Vergleich zum März 1985 nahm die Zahl der angekommenen Gäste um 5,8 %, die der Übernachtungen um 12,7 % zu.

Kräftig erhöhten sich die Übernachtungszahlen (+ 34 %) gegenüber März 1985 in den Fremdenverkehrsgemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Lediglich in den Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern (- 3 %) und in den Großstädten (- 4,8 %) war die Entwicklung rückläufig.

Überdurchschnittlich (+ 14,6 %) veränderten sich die Übernachtungszahlen der Ausländer. Von den rund 147 000 Ausländerübernachtungen entfielen fast 36 % auf Niederländer. Es folgen die US-Amerikaner (18,8 %) und Briten (14,1 %).

Bevorzugtes Reiseziel der ausländischen Gäste war mit einem Übernachtungsanteil von 26 % die Region Eifel/Ahr. Auf die übrigen Fremdenverkehrsgebiete entfielen Übernachtungsquoten von rund 15 %. Niedrigere Anteile verzeichneten Hunsrück/Nahe/Glan (11 %) und Westerwald/Lahn/Taunus (3,3 %). el

Im Bank- und Versicherungsgewerbe kommen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit zusätzlich 92,70 DM Personalnebenkosten

Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Einzel- und Großhandel betrugen 1984 insgesamt 40 410 DM. Davon entfielen 25 000 DM oder 62 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 15 410 DM (38 %) auf Personalnebenkosten. Für je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit waren von den Unternehmen des Handels zusätzlich 61,68 DM an Personalnebenkosten aufzuwenden. Von den Personalnebenkosten entfiel jeweils die Hälfte auf die gesetzlichen sowie auf die tariflichen und zusätzlichen Nebenkosten.

Im Bank- und Versicherungsgewerbe betrugen die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer 55 840 DM. Davon kamen 28 980 DM oder 52 % auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 26 860 DM (48 %) auf Personalnebenkosten. Für je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit hatten die Unternehmen des Bank- und Versicherungsgewerbes zusätzlich 92,70 DM an Personalnebenkosten aufzuwenden. Hiervon betrafen 36 % die gesetzlichen und 64 % die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 155

Produktion von Januar bis Mai über Vorjahresniveau

Die Produktion von Industrie und Handwerk lag in den ersten fünf Monaten 1986 um 2,4 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe verzeichnete mit +4,9 % die höchste Zunahme, obwohl es in der Schuhindustrie saisonbedingt zu einem Rückgang um 9 % kam. Mit Ausnahme des Nahrungs- und Genußmittelsektors, der nur eine geringe Veränderung aufwies (-0,1 %), kam es in den beiden übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes zu einer Erhöhung der Ausstoßziffern von 1,7 bzw. 2,2 %. Im Investitionsgüterbereich dominierte wiederum der Maschinenbau einschließlich ADV mit einer Produktionsausweitung von +10,3 %. fu

Überhöhte Geschwindigkeit häufigste Unfallursache bei Personenschadensunfällen

Im April 1986 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 9685 Verkehrsunfälle. Das sind 7,4 % mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zahl der Personenschadensunfälle ging um 3,7 % auf 1474 zurück. Die Unfälle mit nur Sachschaden nahmen um 9,7 % zu.

Von insgesamt 1948 verunglückten Verkehrsteilnehmern (-4,9 %) kamen 50 ums Leben (+43 %). Zwei Drittel der Getöteten waren Insassen von Personenwagen. Die Zahl der verunglückten Radfahrer sank um 20 % auf 147, die der verunglückten Motorradfahrer um 24 % auf 417. Unter den Getöteten und Verletzten befanden sich 393 Kinder und Jugendliche (-26 %).

Von Januar bis April 1986 registrierte die Polizei in Rheinland-Pfalz 36858 Straßenverkehrsunfälle, 3,4 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 5002 Unfällen mit Personenschaden (+6,6 %) wurden 155 Menschen getötet (+29 %), 2011 schwer (+7,9 %) und 4609 leicht verletzt (+7,1 %). Als häufigste Unfallursache wurde das Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit festgestellt (28 %). Das Nichteinhalten eines genügenden Sicherheitsabstandes verursachte wesentlich mehr Personenschadensunfälle als in den ersten vier Monaten des Vorjahres (+23 %). wo

Umsätze im Mai rückläufig

Die Umsätze von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im Mai 1986 um 5 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Inlandsumsätze nahmen um 4,1 %, die aus dem Export um 6,6 % ab. Lediglich für den Verbrauchsgüter produzierenden

Bereich (+2,5 %) und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+0,3 %) errechnen sich Zunahmen des Gesamtumsatzes. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ging der Umsatz um 2,4 % zurück, die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien verzeichneten eine Abnahme um 10,7 %.

Auch im Vergleich zu April 1986 waren die Umsätze rückläufig (-9,6 %), und zwar die Inlandsumsätze um 8,3 %, die mit dem Ausland um 11,8 %. hel

Im Juli 1983 konjunkturelle Talsohle durchschritten

In den rheinland-pfälzischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) mit 20 und mehr Beschäftigten gingen im Jahre 1985 Bestellungen in Höhe von 65 Mrd. DM ein. Diesen stand ein Umsatz von 64 Mrd. DM gegenüber. Damit lagen die Auftragseingänge um 1,1 % über den in diesem Zeitraum erzielten Erlösen. Das günstige Ergebnis ist insbesondere auf die chemische Industrie zurückzuführen, die um 5,9 % höhere Auftragseingänge als Umsätze verzeichnete. Unter den bedeutenderen Wirtschaftszweigen wies auch der Maschinenbau mit 3,7 % einen positiven Saldo zwischen Auftragseingang und Umsatz auf.

Die Entwicklung der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe der letzten fünf Jahre spiegelt die allgemeine Konjunkturlage wider. Nach einem deutlichen Anstieg im Jahre 1981 gingen die Bestellungen in den beiden folgenden Jahren leicht zurück. Der Tiefpunkt wurde im Juli 1983 erreicht. Danach stiegen die Auftragseingänge bis heute ständig an. Diese Entwicklung wurde weitgehend vom Auslandsmarkt bestimmt, der in Rheinland-Pfalz 1985 einen Anteil am gesamten Auftragseingang von 39 % hatte. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 150

Jeder sechste Wohngeldempfänger ist arbeitslos

Ende 1985 bezogen rund 70 700 rheinland-pfälzische Haushalte Wohngeld. 11 800 Bezieher oder 17 % waren arbeitslos. Ein Jahr zuvor hatten sich diese Werte auf 10 600 bzw. 15 % gestellt. Noch Mitte der 70er Jahre hatten überwiegend Rentner und Pensionäre Wohngeld bezogen. Ihr Anteil lag damals bei 70 %. Diese Quote reduzierte sich stetig bis auf 56 % im Jahre 1983. In den Jahren 1984 und 1985 erreichte dieser Personenkreis Anteile von 47 bzw. 43 %. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 159

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.